Donnerstag, 12. Dezember 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 289 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Benzinpreise: In der Bundesrepublik sinken die Treibstoffpreise auf breiter Front. Nach Angaben der fünf großen Mineralölgesellschaften wird Normal- und Superbenzin um zwei Pfennig und Diesel um drei Pfennig billiger. Als Grund wurden sinkende Preise auf den Rotterdamer Spotmärkten angegeben. (S. 11)

BAföG: Das Bundeskabinett hat gestern eine Anhebung der Fördersätze und Elternfreibeträge für Herbst 1986 beschlossen. Die 10. BAföG-Novelle sieht eine Erhöhung der Bedarfssätze um vier Prozent vor. Die Elternfreibeträge sollen 1986 und 1987 um jeweils zwei Prozent angehoben werden.

Terrorismus: Der als Mitglied der Roten Armee Fraktion mit internationalem Haftbefehl gesuchte Martin Thiel hat sich den Ermittlungsbehörden in Saarbrücken gestellt. In Karlsruhe warnte Generalbundesanwalt Rebmann auf seiner Halbjahrespressekonferenz vor einer „mehr und mehr erkennbaren Internationalisierung des Terrorismus". (S. 4)

Sicherheit: Zu einem Informationsaustausch über Sicherheitsfragen hält sich Verteidigungs-Staatssekretär Lothar Rühl in Jordanien auf. Rühl wurde auch von König Hussein empfangen.

Lob: Die Ostpolitik der SPD ist von der tschechoslowakischen Führung gelobt worden. Das Parteiorgan „Rude Pravo" schrieb, mit der Ausweitung ihrer Kontakte zu den Parteien der sozialistischen Staaten zeige die SPD der Regierung in Bonn den Weg zu einer richtigen Politik auf.

Tarife: Lohn- und Gehaltserhöhungen von 4,5 bis 6,5 Prozent, je nach Leistungsvermögen der einzelnen Wirtschaftszweige, will die DAG in den Tarifverhandlungen 1986 fordern. (S. 4)

Philippinen: Der Oppositionspolitiker Salvador Laurel hat überraschend auf seine angekündigte Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen am 7. Februar verzichtet. Damit ermöglichte er eine geschlossene Front der Opposition hinter der Witwe des ermordeten Senators Aquino.

Abgelöst: Nach 27 Jahren als Oberkommandierender der sowjetischen Kriegsmarine ist Admiral Gorschkow (75) abgelöst worden. Nachfolger ist Admiral Tschernawin.

Angola: Die Reagan-Administration hat beim Kongreß Militärhilfe von 15 Millionen Dollar für die prowestliche angolanische Widerstandsbewegung Unita beantragt.



Bescheidenheit ist nicht die Art des Präsidenten Saddam Hussein: Fast an jeder Kreuzung und in allen Amtsstuben stehen und hängen Bilder von ihm. Auch der Krieg ist nach ihm benannt. Nach offizieller Lesart steht das ganze Volk hinter ihm – wozu braucht er also den strengen Geheimdienst, den die „DDR" aufbaute? Die Bürokratie macht den deutschen Geschäftsleuten das Leben schwer. Was hat der Krieg sonst noch verändert? Der Irak bot einen Einblick. Seite 7

WIRTSCHAFT

Flick: Der amerikanische Mischkonzern Grace kauft die von der Flick-Gruppe gehaltenen 14,6 Millionen Grace-Aktien (26 Prozent des Aktienkapitals) für 596 Millionen Dollar zurück. Die Transaktion soll im Januar erfolgen, wenn die Deutsche Bank den Flick-Konzern übernommen hat. (S. 12)

Konjunktur: Die Nettobezüge der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik werden nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung 1986 die Preissteigerungsrate „erstmals seit Jahren deutlich übertreffen". Das Institut geht von einem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme von etwa 4,5 Prozent nach vier Prozent in diesem Jahr aus.

Großbritannien: Premierministerin Thatcher schließt die von der Wirtschaft dringend geforderte Zinssenkung bis auf weiteres aus.

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich eine freundliche bis feste Tendenz durch. Auch am Rentenmarkt stiegen die Kurse. WELT-Aktienindex 249,43 (248,00). BHF-Rentenindex 104,708 (104,458). BHF-Performance Index 108,708 (108,659). Dollarmittelkurs 2,5466 (2,5418) Mark. Goldpreis pro Feinunze 315,50 (317,00) Dollar.

KULTUR

„Der Unbestechliche": Eine glückliche Hand hatte Otto Schenk bei der Inszenierung der Hoffmansthal-Komödie in Berlin. Das – hervorragend besetzte – Stück ist eine sprachliche und intellektuelle Wonne. (S. 20)

Ausstellung: Die 400jährige Theatergeschichte Düsseldorfs stellt das Dumont-Lindemann-Archiv in einer reichhaltigen Ausstellung von Stichen und Modellen, Dokumenten und Zeichnungen, Büsten und Kostümen vor. (S. 21)

SPORT

Reiten: Ein großer Name verpflichtet: Im Weltcup der Dressurreiter führt Ann-Kathrin Linsenhoff (25), die Tochter der Olympiasiegerin Lieselott Linsenhoff aus Kronberg im Taunus. (S. 8)

Tennis: Nach Angaben von Verteidigungsminister Wörner wird der in Monte Carlo ansässige Wimbledonsieger Boris Becker (18) seiner Wehrpflicht nachkommen. Das habe Becker zugesagt.

AUS ALLER WELT

Plattform: Es war eine Zitterpartie, doch sie ging ohne Schrammen ab. Gestern im Morgengrauen zogen fünf Schlepper die gigantische Versorgungsinsel „Polycastle", die im norwegischen Ölfeld Dienst tut, zur Überholung in das Großdock der Howaldtwerke-Deutsche Werft in Kiel. (S. 22)

Bomben: Auf zwei Kirchen in Assisi, darunter die Franziskus-Basilika, haben Unbekannte in der Nacht zum Mittwoch Anschläge verübt. Eine der Rohrbomben explodierte und verursachte geringen Schaden. (S. 22)

Wetter: Trüb, durchweg niederschlagsfrei. 1 bis 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Walesa: Die „Solidarität" steht in Wartestellung

Der Arbeiterführer definiert seine Politik des Dialogs / Interview für die WELT

PETER PHILIPPS, Bonn

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat trotz allen staatlichen Drucks nicht resigniert, er setzt auf Reformen in seinem Land und hält seine Bereitschaft zu Gesprächen mit der Führung in Warschau aufrecht. Die Gewerkschaft „Solidarität" sieht er derzeit in einer Wartestellung, in der „die gesunden Kerne bleiben und die Spreu abfällt".

In einem Interview, das die WELT und der „Vorwärts" mit Walesa führten, unterstrich er, daß es in Polen nur vorangehen könne, „wenn ein zweiseitiger Dialog zustande kommt", „wenn die Regierung Gespräche mit dem Volk aufnimmt – mit dem ganzen Volk und nicht nur mit einer ausgewählten Gruppe". Denn „ein Haus muß ein gutes Fundament haben". Er, Walesa, sei „bereit und offen" für diesen Dialog. Er habe „einen Vorschlag, ein Programm" für einen solchen neuen Anfang in Polen ausgearbeitet „und möchte sehr gerne darüber mit der Regierung sprechen". Denn „wir haben nur ein Polen. Wir sollten alle polnisch denken".

Es ist auffällig, wie Walesa in dem Gespräch jeden direkten Angriff auf die Sowjets vermied und seine Gesprächsbereitschaft auch dadurch verdeutlichte, daß er General Jaruzelski ausdrücklich als „Patrioten" bezeichnete. Gleichzeitig distanzierte er sich von den „Solidarität"-Anhängern, „die emigriert sind, sich dem Druck gebeugt haben" oder „ihr Gesicht verloren haben". Selbst wenn die Gewerkschaft „in verschiedene Splittergruppen auseinanderfallen sollte, bedeutet das dennoch, daß die Dinge den richtigen Kurs genommen haben".

Walesa war sich der Tatsache bewußt, daß „auch dieses Gespräch abgehört wird" und schwieg deshalb unter anderem auf die Frage, was westeuropäische Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland oder Frankreich zur Beschleunigung von Reformen in Polen beitragen können: Dazu wolle er sich erst äußern, wenn er einen Paß bekommen sollte, um eine Einladung des französischen Präsidenten Mitterrand anzunehmen. Er ließ aber keinen Zweifel daran, daß eine „zweite Phase der Entspannungspolitik" für die innerpolnischen Verhältnisse zweitrangig sei, „die Möglichkeit zu Reformen" sei nur durch einen „zweiseitigen Dialog" zu schaffen.

SEITE 3:
Interview-Wortlaut und Reportage

Schweigsam blieb der Pole auch, als es um die Frage der polnischen Westgrenze und der darüber in Deutschland wieder stärker gewordenen Diskussion ging: Er sei „Pole, und das bleibe ich immer" – er sei aber eben auch „Gewerkschafter und kein Politiker. Deshalb will ich dazu nichts sagen".

Die Gespräche des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Warschau hat er mit „gemischten Gefühlen" verfolgt. Zwar dementierte er ausdrücklich, das Nicht-Zustandekommen eines Treffens mit Brandt kritisiert zu haben und sprach von seinen, von der Staatsmacht zu verantwortenden „technischen Problemen", die dies verhindert hätten. Aber er habe „sowohl hier von der polnischen, amtlichen Seite als auch vom Westen" so viel Unterschiedliches über Inhalt und Gehalt der Brandt-Gespräche gehört, daß er nun erst einmal auf den angekündigten Brief des Sozialdemokraten warte, um sich ein besseres Urteil bilden zu können.

DER KOMMENTAR

Sichere Renten

PETER JENTSCH

Allen Unkenrufen zum Trotz herrscht Ruhe an der Rentenfront: Die Renten werden im kommenden Jahr real um 2,34 Prozent steigen und damit dem Anstieg des verfügbaren Einkommens der aktiv Beschäftigten entsprechen. Zugleich ist ihre Finanzierung bis 1989 gesichert.

Die Gefahr hektischer Eingriffe in das System ist gebannt. Die Rentner können gelassen in die Zukunft blicken, weil ihre Einkommen nicht nur mittelfristig sicher sind, sondern weil die jetzt beschlossene Rentenanpassung auch deutlich über der zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen wird – was die Kaufkraft der Rentnerhaushalte erhöht. Widerlegt wird die Unterstellung, die Ruheständler-Einkommen fielen gegenüber denen der aktiven Arbeitnehmer zurück. Die Regierung hat nun eine Atempause, um in Ruhe die wegen der demographischen Entwicklung notwendig werdende große Reform der Alterssicherung auf den Weg zu bringen.

Dieser positiven Entwicklung liegt die erfolgreiche Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik zugrunde. Sie hat dazu geführt, daß die Zahl der Beschäftigten wächst und die Konjunktur an Auftrieb gewinnt. Je mehr Menschen Arbeit haben, je stärker ihre Löhne steigen, um so besser ist das für die Rentenfinanzen.

Die jetzt erreichte Konsolidierung ist freilich mit einem Bündel von Eingriffen in das Leistungssystem erkauft worden, mit dem das Rentendefizit in Höhe von 3,5 Milliarden Mark 1985 ausgeglichen worden ist: die Rentner zahlen Jahr für Jahr einen höheren Beitrag zur Krankenversicherung, die Versicherten wurden mit einer bis Ende 1986 befristeten Beitragsanhebung belastet (bei entsprechender Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung) und der Bundeszuschuß wurde auf maximal 1,5 Milliarden Mark erhöht.

Die jetzt gewonnene Zeit muß dazu genutzt werden, eine Reform einzuleiten, die die Rentenformel erhält und systemkonform die Renten langfristig sichert.

Rasche Entscheidung zu Paragraph 116

Blüm soll Entwurf binnen einer Woche vorlegen / Kohl: nicht dem Gewerkschaftsdruck fügen

gba/DW. Bonn

Das Bundeskabinett wird in seiner Sitzung am 18. Dezember über die Änderung des umstrittenen Neutralitätsparagraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) entscheiden. Mit der Formulierung des Gesetzentwurfs beauftragte das Kabinett unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl gestern Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Damit zog die Regierung die Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Gespräche mit den Tarifparteien.

Arbeitsminister Blüm stellte vor der Presse klar, daß eine Neuformulierung des umstrittenen Paragraphen „weder das Streikrecht noch die Streikfähigkeit" der Gewerkschaften beeinträchtigen solle. Es gehe einzig und allein darum, streitig gewordene Auslegungen der bisherigen Bestimmungen zu klären und den politischen Willen des Gesetzgebers wieder durchzusetzen, der den Paragraphen 116 im Jahre 1969 – „in der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kiesinger und Vizekanzler Brandt" – geschaffen hatte. Blüm: „Wir betreten kein Neuland."

Vor der Kabinettsentscheidung seien noch fünf konkrete Punkte zu überprüfen, sagte der Bundesarbeitsminister. Dabei gehe es unter anderem darum, inwieweit zur Rechtssicherheit eigentlich selbstverständlich erscheinende Fragen festzuschreiben sein werden, etwa der generelle Anspruch auf Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld außerhalb des fachlichen Geltungsbereichs der streikenden Gewerkschaft. Unterdessen dringen Mitglieder des CDU-Arbeitnehmerflügels auf Änderungen: Der Bundestagsabgeordnete Adolf Müller (Remscheid) sagte der „Bild"-Zeitung, etwa 50 Abgeordnete könnten den Regierungsvorschlag in der jetzigen Form nicht akzeptieren.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

Der Arbeitsminister hatte gestern die CDU/CSU-Fraktion informiert. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, er sei „nicht bereit, mich dem Druck der Gewerkschaften zu fügen", der im Zuge einer „Diffamierungskampagne" mit Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen derzeit erzeugt werden solle. Hier werde mit „gezinkten Karten gespielt". Es geht nicht um Abschaffung des Streikrechts oder Einschränkung der Tarifautonomie. Auch die Forderung der Gewerkschaften, doch einfach das Ergebnis anhängiger Gerichtsverfahren abzuwarten – bisher gibt es nur Entscheidungen im Eilverfahren –, lehnte der Kanzler ab. Dies sei nichts weiter als der Versuch, die Dinge zu verschleppen. Er sei jedoch entschlossen, sein Versprechen einzulösen, die Regelung der Neutralität des Staates im Arbeitskampf noch vor Weihnachten zu entscheiden. Dies werde in der Kabinettsitzung am kommenden Mittwoch geschehen.

Vermögenssteuer für Werke lebender Künstler entfällt

DW. Bonn

Künftig brauchen Werke von lebenden Künstlern nicht mehr versteuert zu werden. Der Bundestag verabschiedet heute in zweiter und dritter Lesung die Regierungsvorlage des „Steuerbereinigungsgesetzes 1986". Die sozial-liberale Koalition hatte 1973 die bis dahin geltende Vermögenssteuer-Befreiung für Werke lebender deutscher Künstler aufgehoben. Nach der neuen Regelung, die aus kunst- und kulturpolitischen Gründen angestrebt wird, entfällt die Beschränkung der Steuerbefreiung auf deutsche Künstler, um einheitliche Regelungen in der EG zu erhalten. Dafür erlischt die Steuerbefreiung mit dem Tod des Künstlers. Bei der alten Regelung galt dies erst 15 Jahre nach dessen Tod. Unklarheit herrscht allerdings noch über die steuerlichen Bewertungsgrundsätze für den Kunstbesitz.

Seite 21: Das Bild an der Wand

Warschau vermißt bei Höffner „Eindeutigkeit"

DW. Warschau

Warschau hat gestern Kritik am Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, geübt. Unter Hinweis auf den gemeinsamen Gottesdienst mit Kardinal Glemp in Rom heißt es in offiziellen Kommentaren, Höffner habe noch immer kein endgültiges Wort der katholischen Kirche in der Bundesrepublik „zur Grenze an Oder und Neiße" gesprochen. Während sich Glemp klar über den Vertrag von 1970 und die Beschlüsse des Vatikans von 1972 über die Anpassung der Diözesangrenzen an die Staatsgrenze Polens geäußert habe, sei Höffner der katholischen Bevölkerung Polens nur halb entgegengekommen. Er habe zwar das moralische Recht der Polen anerkannt, in gesicherten Grenzen zu leben, sich jedoch nicht zu einer „eindeutigen Erklärung" entschließen können. Eine klare Antwort stehe noch aus.

Renten steigen um 2,3 Prozent

Anpassung an den Lohnanstieg / Finanzierung der Mehraufwendungen gesichert

PETER JENTSCH, Bonn

Die gut 14 Millionen Renten der gesetzlichen Alterssicherung und die knapp eine Million Renten aus der Unfallversicherung sollen zum 1. Juli 1986 um voraussichtlich 2,34 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig sollen die 595 000 Altersgelder für Landwirte um etwa 3,1 Prozent steigen. Das geht aus dem Rentenanpassungsgesetz hervor, das gestern neben dem Rentenanpassungsbericht im Bundeskabinett beschlossen wurde, und in dem die Rentenerhöhung nach dem durchschnittlichen Lohnanstieg dieses Jahres festgelegt ist.

Der durchschnittliche Lohnanstieg, der endgültig erst Mitte Februar nächsten Jahres festliegen wird, wird zur Zeit auf etwa 3,1 Prozent geschätzt. Da aber zum 1. Juli auch der Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung steigen wird, und zwar um 0,7 Prozentpunkte von 4,5 auf 5,2 Prozent, ergibt sich nach dem jetzigen Stand eine Erhöhung der verfügbaren Renten um rund 2,34 Prozent. Dies entspricht in etwa dem durchschnittlichen Anstieg der verfügbaren Arbeitnehmereinkommen in diesem Jahr. Zugleich wird die effektive Rentenerhöhung auch deutlich über der zu erwartenden Preissteigerungsrate liegen.

Die Altersgelder der Landwirte sollen um 3,1 Prozent erhöht werden, weil diese Gruppe bereits seit 1983 einen Krankenversicherungsbeitrag von rund sechs Prozent bezahlt. Im übrigen sollen auch die Kriegsopferrenten entsprechend erhöht werden; über das notwendige Gesetz wird zur Zeit beraten.

Nach Darstellung des Rentenanpassungsberichts ist die Finanzierung der Mehraufwendungen für die Erhöhung der Sozialrenten (5,2 Milliarden Mark), der Unfallrenten (146 Millionen Mark) sowie der Altershilfe für Landwirte (90 Millionen Mark) mittel- und langfristig gesichert. Bei vorsichtiger Einschätzung der Entgelt- und Beschäftigtenentwicklung werde die Schwankungsreserve der Rentenversicherung von 11,2 Milliarden Mark Ende dieses Jahres kontinuierlich bis auf 19,4 Milliarden Mark 1989 aufgebaut, heißt es im Bericht. Diese Einschätzung geht von einer Entgeltsteigerung von jeweils 3,5 Prozent und von einer Zunahme der Beschäftigten von jährlich 0,5 Prozent bis 1989 aus. Demgegenüber hat der Sachverständigenrat in seinem November-Gutachten für 1986 einen Beschäftigungsanstieg von 1,2 Prozent prognostiziert.

Diese günstige finanzielle Entwicklung gibt dem Gesetzgeber nach dem Gutachten des Sozialbeirats zur Rentenanpassung eine Atempause, um die aufgrund der demographischen Entwicklung notwendige große Strukturreform ohne Zeitdruck auf den Weg zu bringen. Der Beirat, dem Wissenschaftler und Vertreter der Tarifpartner angehören, hält es für möglich, auch ohne totalen Umbau des Rentensystems eine ausreichende Altersversorgung über die Jahrtausendwende hinweg zu sichern.

Lager Gießen ist überfüllt

W. K. Bonn

Der Zustrom von Übersiedlern aus der „DDR" hat sich in jüngster Zeit weiter erhöht. Das Aufnahmelager Gießen, das 300 Menschen aufnehmen kann, ist seit Anfang dieser Woche mit 500 Flüchtlingen und Übersiedlern überfüllt. Allein in den ersten zehn Dezembertagen sind 1433 Menschen aus Mitteldeutschland in die Bundesrepublik gekommen. Nach jüngsten Hinweisen wird der Zustrom über Weihnachten bis in den Anfang des nächsten Jahres anhalten. Dies wird als Zeichen dafür gewertet, daß die „DDR" ihre Zusage einhalten will, rund 4000 Bewohnern zusätzlich die Genehmigung zur Ausreise zu erteilen. Allerdings gebe es keine neue Ausreisewelle.

Seite 4: Übersiedler

Messen: Masse gegen Klasse

DW. Bonn

Größer als das Angebot an Themen droht an vielen deutschen Messeplätzen das Angebot an Fläche zu werden. Ehrgeiz dominiert über Sachverstand. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des „Messeplatzes Deutschland" ist gefährdet. Nicht nur die fünf Großen – Hannover, Köln, Frankfurt, Düsseldorf und München – haben sich selbst unter Erfolgdruck gesetzt, der heftige Positionskämpfe auslöst. Sie machen fast 90 Prozent des Umsatzes aller Messen und Ausstellungen und praktizieren mit ihren insgesamt mehr als 1,2 Millionen Quadratmetern einen harten Wettbewerb – insbesondere, seit sie ihre Gemeinschaft Deutscher Großmessen (GDG) 1978 aufkündigten. Zu diesem Thema heute ein 32seitiger WELT-Report.

Ein Wiedersehen der Sieger von 1936

DIETER DOSE, Berlin

Zum ersten Mal nach 50 Jahren gibt es im kommenden Jahr ein Wiedersehen aller noch lebenden deutschen Medaillengewinner der Olympischen Spiele von 1936. Zum 50. Jahrestag der Spiele werden sie im August 1986 vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) der Bundesrepublik an die Stätte ihres großen sportlichen Erfolges nach Berlin eingeladen. 113 werden erwartet, gleich, wo sie jetzt ansässig sind.

Im Berliner Reichstag wurde gestern der Sportausschuß des Bundestages über das Vorhaben unterrichtet. „Es handelt sich im Zusammenhang mit den Umständen, unter denen die Olympischen Spiele 1936 stattfanden, um eine sehr sensible Veranstaltung", betont der Ausschußvorsitzende Ferdinand Tillman (CDU). Zum Ausdruck soll kommen, daß die Spiele schon 1931, also vor der Machtübernahme durch die Nazis, an Deutschland und Berlin vergeben worden waren. Um das zu unterstreichen, plant das NOK, eine vom Landessportbund Nordrhein-Westfalen zusammengestellte Ausstellung „Die Spiele und ihre Gefährdung" in Berlin zu zeigen. Sie dokumentiert zum Beispiel, in welcher Form die Nationalsozialisten das Ereignis mißbraucht haben.

Zu den Höhepunkten im dreitägigen Programmablauf wird ein Besuch beim großen Internationalen Leichtathletik-Sportfest (ISTAF) am 15. August sein. Beim ISTAF wird zum ersten Mal der „Jesse-Owens-Gedächtnispreis" vergeben – zum Gedenken an den farbigen Amerikaner, der 1936 im Berliner Olympiastadion vier Goldmedaillen (100 m, 200 m, 4 mal 100 m und Weitsprung) gewann.

Außerdem werden die Teilnehmer die Sportstätten besuchen, in denen sie ihre Medaillen errangen. Zum damaligen olympischen Dorf in Döberitz vor den Toren Berlins führt allerdings kein Weg – es gehört heute zu einem militärischen Sperrgebiet der Roten Armee.

Rund 20 der Medaillengewinner leben in der „DDR". Weil sie sich alle im Rentenalter befinden, werden für ihre Anreise keine Probleme erwartet; zumal bereits jetzt am Vorabend des Treffens eine Begegnung – mit Zustimmung des Ruderverbandes der „DDR" – im Ostteil der Stadt vorgesehen ist. An der olympischen Regattastrecke von Grünau (Ost-Berlin) kommen die Olympia-Ruderer aus Ost und West zusammen.

Auch heute noch bekannte Namen stehen auf der Einladungsliste des NOK: Die Leichtathletinnen Tilly Fleischer und Gisela Mauermayer, die Goldmedaillen im Speerwerfen und im Diskuswerfen gewannen, Gold-Turner Karl Schwarzmann, der Gewichtheber Rudi Ismayr. Auch ausländische Olympiasieger von 1936, zum Beispiel der amerikanische Zehnkämpfer Glen Morris, sollen eingeladen werden. Bereits am 10. Januar treffen sich in Garmisch-Partenkirchen die noch sechs lebenden deutschen Medaillengewinner der Winterspiele von 1936.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sozialisten-Lob für Kohl

Von Carl Gustaf Ströhm

Während ganz Österreich die möglichen Folgen des Finanzdebakels der verstaatlichten Industrie (vor allem VÖEST-Alpine) diskutiert, hat der Finanzminister der Regierung Sinowatz, Franz Vranitzky (SPÖ), bemerkenswerte Vorschläge zur wirtschaftlichen Sanierung veröffentlicht. Der Sozialist Vranitzky rät der rot-blauen Wiener Koalition – dem Beispiel der Bundesrepublik in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik zu folgen.

„Die Deutschen," so Vranitzky in einem Zeitungsinterview, „das sei in aller Klarheit einmal gesagt, haben sich schon vor zwei, drei Jahren entschlossen, unter Preisgabe bestimmter sozialer Besitzstände das Staatsdefizit auf zwei Prozent herunterzudrücken." Vor zwei oder drei Jahren – das war allerdings zu einer Zeit, als Vranitzkys deutsche Parteifreunde von der SPD gerade in die Opposition gegangen waren, nachdem deren Finanz- und Haushaltspolitik Schiffbruch erlitten hatte.

Und Vranitzky macht sich nichts daraus, wenn er gefragt wird, ob er sich mit seiner Haltung nicht Helmut Kohl, Frau Thatcher oder womöglich Ronald Reagan zum Vorbild nehme (deren Finanz- und Wirtschaftspolitik von prominenten deutschen und österreichischen Sozialdemokraten oftmals als „soziale Demontage", wenn nicht gar als „Herrschaft der Reichen über die Armen" bezeichnet wird). Seine Antwort: „Wir haben als Staat Österreich eine erstklassige Kreditwürdigkeit auf der ganzen Welt. Die müssen wir uns in jedem Fall erhalten; ob das jetzt Thatcherismus oder Reaganismus oder Kohl-Politik heißt, ist mir wirklich nicht so wichtig."

Die Realität hat also auch die sozialistischen Regierungen Europas eingeholt. Jetzt muß der Preis für das leichte Geldausgeben und die Experimente vergangener Jahre bezahlt werden. In Frankreich ist Präsident Mitterrand zu ganz ähnlichen Resultaten gelangt: Er, der einst unter dem Kampfruf „Sozialisierung" angetreten war, versicherte seinen Landsleuten zu Beginn des Wahlkampfs, es werde sicher keine weiteren Sozialisierungen mehr geben. Nun fragt es sich nur noch, wann diese Einsichten auch bei den Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland durchschlagen.

Keine Veränderungen

Von Ulrich Reitz

Oskar Lafontaine muß sparen. Der Haushalt für das kommende Jahr, den der Landtag gestern verabschiedete, hat ein Volumen von knapp viereinhalb Milliarden Mark, die Neuverschuldung hält sich mit nur 2,7 Prozent über der des Vorjahresetats im gängigen Rahmen. „Jetzt Oskar" als Stabilitätspolitiker – das müssen seine Kritiker wohl erst einmal rühmen; die ausgabenfreudigen Genossen aber müssen es mannhaft verdauen.

Überholt sind etwa die Verheißungen der jetzigen bildungspolitischen SPD-Sprecherin vor der Organisation arbeitsloser Lehrer. Wenn die Sozialdemokraten erst an der Macht sind, hatte Marianne Granz versprochen, dann würden wieder mehr Pädagogen eingestellt. Im kommenden Jahr werden zweihundert Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen – was zweifellos veranlaßt ist –, davon entfallen hundert allein im Kultusbereich.

Auch die Kürzung der Landeszuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs um stattliche elf Millionen Mark entspricht nicht den Verheißungen: Im SPD-Wahlprogramm hieß es noch, eine SPD-Regierung werde die entsprechenden Mittel sogar aufstocken. Hinter dem 25 Millionen schweren „Programm" Arbeit und Umwelt wiederum verbirgt sich nur eine Addition von Haushaltstiteln, wie sie auch im letzten Etat zu finden waren, aber eben nicht zum schönen Wort „Programm" hochstilisiert.

Die Streichung von Geburtendarlehen an weniger betuchte Eltern könnte auf manche den Eindruck machen, daß sie nicht nur von fiskalischer Solidität motiviert ist. Sie fügt sich ziemlich auffällig in das als Gegengewicht zur Bonner Politik proklamierte demonstrative Festhalten am Paragraphen 218 und an der Finanzierung von Abtreibungen durch die Krankenkassen.

Und wo versteckt sich die ökologische Erneuerung, deren Vision und Verkörperung durch Jo Leinen die Jungwähler im März in Scharen von den Grünen weglockte und den Sozialdemokraten in die Arme trieb? „Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr", heißt es hierzu im Haushalt lapidar.

Spanische Manöver

Von Rolf Görtz

„NATO-Parallelvertrag" nannte schon der damalige US-Außenminister Kissinger jenes spanisch-amerikanische Stützpunktabkommen, das die Spanier seit 1953 auf ihrem politischen Schachbrett immer wieder hin- und herschieben, mal aus außenpolitischem, mal aus innenpolitischem Interesse. Aus atlantischer Sicht – das gilt sowohl für die USA als auch für Europa – dienten die vier Luft- und Seestützpunkte auf spanischem Boden von Anfang an der gemeinsamen Verteidigung. Der Name Parallelvertrag sagt nichts anderes, als daß das Abkommen nach dem vollen Beitritt Spaniens in die Gemeinschaft entsprechend geändert wird.

Soeben wurden Gespräche beendet, die sich mit der spanischen Bitte um eine Reduzierung der US-Militärpräsenz in Spanien befaßten. Ergebnis: Wenn Spanien in der NATO bleibt, wird es eine Reduzierung geben; wenn nicht, bleibt es beim alten Zustand.

Der Hintergrund: Ministerpräsident Felipe Gonzalez müht sich bei seiner Regierungspartei verzweifelt um eine Mehrheit für den Verbleib in der Atlantischen Gemeinschaft, seit er ihren Wert auch für Spanien erkannte. Er forderte die Nation auf, in einer Volksabstimmung im März kommenden Jahres sich für den Verbleib in der NATO zu entscheiden.

Da das Parlament aber schon 1982, noch mit einer bürgerlichen Mehrheit, gegen die schon damals von Gonzalez – allerdings aus der Opposition – geforderte Volksabstimmung den Beitritt zur NATO beschloß, hört man dazu jetzt aus dem bürgerlichen Lager, das heute in der Opposition steht: Wenn die Sozialisten neuerdings für das Verbleiben in der NATO plädieren, dann sollen sie doch das überflüssige Referendum streichen. Halten sie aber daran fest, sollen sie diese Suppe selbst auslöffeln.

Offensichtlich wollen dies die Sozialisten. Um nun seinen Genossen diese Mahlzeit schmackhaft zu machen, bemüht sich Gonzalez um die Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz in seinem Lande. Nach dem Motto: Stimmt für die NATO, dann habt ihr als Belohnung weniger Fremde im Land. So verschlungen können Wege aus unnötiger Verstrickung sein.



Hand in Sicht KLAUS BÖHLE

Wem gehört die Staatskasse?

Von Peter Gillies

Der Druck der Straße auf ein Verfassungsorgan nimmt zu. Biedermännisch behaupten die Gewerkschaftler, die die Streiks anzetteln, dies seien keine Streiks, sondern Protestaktionen, die mit Arbeitsniederlegungen verbunden sind. Das unter Druck genommene Regierungslager reagiert insofern, als seine Parteien enger zusammenrücken; seine Entschlossenheit steigt, einem schwammig gewordenen Paragraphen die nötige Klarheit zurückzugeben. Erinnerungen an die Nachrüstungskampagne drängen sich auf, denn hier wie dort war der Druck der Straße spürbar, und heute spricht wie damals einiges dafür, daß Regierung und Parlament davon unbeeindruckt bleiben und das Nötige tun.

Wer die kriegerischen Vokabeln der Gewerkschaftspropaganda hört – „Bonn will das Recht brechen" ist noch eine der mildesten –, blickt sich unwillkürlich um, einen neuen Hitler erwartend, zumindest aber einen Staatsstreich oder einen gigantischen Rechtsbruch befürchtend. Die Kulisse wird mit entstellenden Versatzstücken verziert, damit die Kampagne für eine andere Regierung Wirkung zeige. Zu den falschen Behauptungen gehören die Aussagen: das Streikrecht solle geändert und die Autonomie der Gewerkschaften ausgehebelt werden, man wolle ihre Kassen plündern und ihre Macht ausbluten lassen, die Kapitalisten planten einen Anschlag auf Gesetz, Verfassung, Demokratie und sozialen Frieden.

Nichts davon stimmt. Streik und Aussperrung bleiben erhalten, die Tarifautonomie bleibt unangetastet, und der Demokratie schaden nur jene, die ihre Organe erpressen wollen. Insofern ist die Bezeichnung „Streikparagraph" für den 116 schon ein (offenbar beabsichtigter) Etikettenschwindel. Die Bundesregierung kommt nach den gescheiterten Gesprächen mit den Tarifparteien lediglich ihrer Pflicht nach, eine Vorschrift zu präzisieren, die von Gerichten und staatlicher Verwaltung unterschiedlich ausgelegt wird. Helmut Kohl sagte in dem Gespräch zutreffend: „Es geht einzig und allein um die Klarstellung dessen, was der Gesetzgeber immer gewollt hat und immer wollen muß: Die Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Tarifkonflikt." Wer darin einen Verfassungsverstoß ausmacht, verdreht die Wirklichkeit. Umgekehrt: Die Regierung bricht kein Recht, wenn sie den Paragraphen präzisiert; sie verletzte das Recht, wenn sie dies unterließe.

Sie befindet sich in der Kontinuität aller Bundesregierungen seit 1969, denn schon damals hatte die Große Koalition festgehalten: „Wenn der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen des Arbeitnehmers abzielt, muß dieser sowohl nach einer natürlichen Betrachtungsweise als auch in wirtschaftlichem Sinne als beteiligt angesehen werden. Die Gewährung von Arbeitslosengeld in solchen Fällen würde Schwerpunktstreiks fördern und wäre daher nicht streikneutral."

Die damalige Aussage des federführenden Bundestagsausschusses war hellsichtig. Genau diese Wirkungen sind eingetreten: Die Zahlungen der Bundesanstalt an Drittbetroffene fördern Schwerpunktstreiks, die man heute „Mini-Max-Taktik" oder „neue Beweglichkeit" nennt. Es geht also um die Suche nach einer Formel, daß bei einem Streik in Baden ein Drittbetroffener der gleichen Branche in Hessen keine Zahlungen aus Nürnberg erhält, wenn er selbst davon begünstigt wird. Der Stellvertreterstreik soll nicht subventioniert werden.

Ob dies mit der Formel gelingt, gezahlt werde nicht, wenn die Hauptforderungen in beiden Tarifgebieten „annähernd gleich" sind, ist fraglich. Damit verringerte man die Rechtsunsicherheit keineswegs, sondern der Gesetzgeber bürdete den Gerichten lediglich die Folgen seiner Feigheit auf. Die Gewerkschaften wichen dann in trickreich variierte Forderungen aus, die auch nicht annähernd gleich sind: Drei Urlaubstage mehr in Hessen, sechs Prozent Lohn in Bayern, 200 Mark für alle in Nordwürttemberg-Nordbaden, wobei das Spektrum bis zur Leerforderung reichte. Folge: Die Bundesanstalt würde in jedem Fall zur Streikkasse der Gewerkschaften.



Es geht nur um eine Klarstellung: Blüm FOTO: AP

Dies zu verhindern ist kein Verfassungsbruch, sondern ein Verfassungsgebot, auch wenn der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts die Nähe eines Grundgesetzverstoßes insinuiert. Benda wie Vogel (SPD) konstruieren: Die gesamte Kasse der Bundesanstalt, also die Zwangsbeiträge von Arbeitnehmern wie Betrieben, seien Eigentum einzig der Arbeitnehmer. Hierbei wird nicht nur übersehen, daß in den Nürnberger Trichter manchmal auch Steuern einfließen und daß Arbeitnehmer-Eigentum keineswegs mit gewerkschaftlicher Verfügungsmacht indentisch sein kann, sondern vor allem, daß eine Staatskasse niemals „Eigentum" einer privaten Hand ist, gleichviel, wer sich als deren Zugriffsberechtigter ausgibt. Hier wird ein unhaltbares Staatsverständnis proklamiert.

Die Diskussion leidet nicht nur an demokratieverachtender Lautstärke, sondern an einem eingeengten Blickwinkel. Der Paragraph 116 ist nur ein Teilproblem des Arbeitskampfrechts. Hier ist einiges aus dem Lot geraten. Die rechtliche Beurteilung spiegelt – vereinfacht – die Anschauung wider, Streiks seien stets nobel und begünstigenswert; dagegen sei alles, was sie beeinträchtigt, von der Aussperrung bis zur Neutralität der Staatskasse, zu verabscheuen und abzuschaffen. Auf dieser Basis wurde der „Warn"streik als neue Beweglichkeit zu einer Form des Erzwingungsstreiks, dem die Arbeitgeber keine gleichscharfe Gegenwaffe entgegenzusetzen vermögen. Das Ultima-ratio-Prinzip, also der Streik als letztes Mittel, wurde durchlöchert. Ermöglichte der Gesetzgeber jetzt einer Tarifpartei den Zugriff in die Milliardenkasse von Nürnberg, versetzte er der Machtbalance einen schweren Schlag – und damit dem sozialen Frieden.

IM GESPRÄCH Vinicio Cerezo

Präsident mit Revolver

Von Werner Thomas

Vor wenigen Jahren war er noch ein Todeskandidat. Er versteckte sich in verschiedenen Wohnungen. Das Haus seiner Eltern glich einer Festung. Er ließ sich in einem kugelsicheren Geländewagen mit dunklen Fenstern durch die Hauptstadt fahren, gefolgt von einem Leibwächter-Konvoi. Zwei Attentatsversuche wurden auf ihn verübt, die telefonischen Drohungen konnte er nicht mehr zählen. Seine Frau und seine vier Kinder lebten lange Zeit in Washington – aus Sicherheitsgründen.



Vom Todeskandidaten zum Wahlsieger: Cerezo, Ehefrau FOTO: DPA

„Die Zeiten ändern sich", staunte Vinicio Cerezo Arevalo. Am Sonntag wählten ihn seine guatemaltekischen Landsleute zum Präsidenten. Am 14. Januar 1986 ist die Amtseinführung.

Cerezo (42) zählt zu jener Generation junger lateinamerikanischer Politiker, die überall an die Macht drängen. Er vertritt eine christdemokratische Partei, deren Kürzel DCG bisher ein Symbol für Opposition zu sein schienen. Eine blutige Spur zieht sich durch die dreißigjährige Geschichte dieser Bewegung: Mehr als zweihundert Funktionäre wurden ermordet. Eine Plakette in der Parteizentrale würdigt „unsere Gefallenen".

Vinicio Cerezo war in jenen Zeiten der bitteren Polarisierung einer der schärfsten Kritiker der Streitkräfte, die fast alle Wahlen seit Anfang der fünfziger Jahre manipulierten. 1974 hatte schon einmal ein christdemokratischer Bewerber gewonnen, der General Efrain Rios Montt. Das Militär erklärte General Kjell Laugerud Garcia zum Sieger. Rios Montt führte 1982 und 1983 eine Putschregierung.

Das Verhältnis zwischen Cerezo und den Uniformträgern ist nach wie vor gespannt. Er fürchtet immer noch einen Putsch. Immerhin hat sich der studierte Jurist, der die Politik zu seinem Beruf machte, in den letzten Jahren gewandelt. Er spielt nicht mehr die Rolle des Rebellen, der keine Konfrontation scheut. Er entdeckte die Konziliranz und Kompromißbereitschaft. Er trägt konservative Kleidung, Anzüge, Krawatte, dezente Farben. Er will eine „Regierung der nationalen Einheit" bilden und plant keine radikalen Reformen. Kritiker wie sein unterlegener Rivale Jorge Carpio Nicolle behaupten, die milden Worte und das moderate Image seien nur Taktik. Sie warnen besonders vor Cerezos ehrgeiziger Frau Raquel, die sozialistische Ideen verbreite.

Der Christdemokrat mit dem Schauspieler-Look hat zwar einen überwältigenden Wahlsieg errungen und viele Hoffnungen auf eine bessere Zukunft geweckt. „Jawohl, es gibt einen Weg", lautete sein Werbeslogan. Aber die Wirtschaft liegt am Boden. Der Krieg gegen die marxistischen Partisanen verschärft sich wieder. Wohl verkündet Cerezo: „Die Wähler haben sich für tiefe soziale und wirtschaftliche Veränderungen entschieden." Andererseits will er keine radikalen Reformen.

Ein Beobachter verglich den neuen Präsidenten dieser Tage mit José Napoleon Duarte, dem christdemokratischen Staatschef von El Salvador. „Duarte scheint mir reifer und realistischer zu sein", sagte er. „Ich hoffe, daß Cerezo nicht überfordert ist." Aber: „Cerezo hat öfters bewiesen, daß er schnell lernen kann."

Vinicio Cerezo lebt nicht mehr in Todesangst. Aber nach wie vor schnallt er jeden Morgen einen Browning-Revolver um, den er Gesprächspartnern gelegentlich zeigt. „Diese Waffe werde ich auch als Präsident tragen", verkündet er.

DIE MEINUNG DER ANDEREN



Die Zeitung meint zur Opec:

Nun jammern die Herren der Opec; nun bitten sie um einen „fairen Anteil" am Welt-Ölmarkt. Jetzt, da die Marktwirtschaft zugunsten der Verbraucher funktioniert. In den 70er Jahren trieben die Ölscheichs die Preise gnadenlos hoch. Motto: zahlt oder friert. Erpressung lohnt sich nicht.

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt geht auf den Streikparagraphen ein:

Unabhängig davon, mit welchem Gruß die Tarifkontrahenten das Bundeskanzleramt verlassen haben, steht doch fest, daß die politisch Verantwortlichen nicht darum herumkommen, staatlichen Handlungsbedarf in Lösungen umzumünzen. Der Gedanke ist unerträglich, daß es nur des Aufrufs zu Protesten und lautstarker Drohgebärden bedarf, um Regierung und Parlamentsmehrheit einzuschüchtern.

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zu den Arbeitsniederlegungen der letzten Tage:

Es gab Arbeitsniederlegungen wegen der letzten Vorgespräche über die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit ... Streik ist die Arbeitsniederlegung zum Zwecke der Beeinflussung des Arbeitsentgelts und der Arbeitsbedingungen – nichts sonst. Dann gibt es, dahin führt ein weiter Sprung, den „politischen Streik" als Teil des verfassungsmäßigen Widerstandsrechts, wenn die verfassungsmäßige Ordnung akut bedroht ist und andere Abhilfe nicht möglich ist. Kein ernst zu nehmender Gewerkschafter hat behauptet, Unterhaltungen der Bundesregierung mit den Tarifparteien darüber, wie Leistungspflichten der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitslosigkeit als Streikfolge differenziert behandelt werden könnten, könnten irgend etwas mit dem Widerstandsrecht zu tun haben.

Salzburger Nachrichten

Sie erwarten keine Auswirkungen einer UNO-Resolution:

Gewiß, es ist „historisch", daß sich die UN-Vollversammlung erstmals in ihrer 40jährigen Geschichte dazu aufraffte, terroristische Akte als „kriminell" zu verurteilen. Trotzdem griff Präsident Pinies etwas zu forte in die Saiten. Resolutionen der UN-Vollversammlung sind im Dutzend billiger. Ihr tonnenweises Papiergewicht ändert nichts an ihrem politischen Leichtgewicht. Die Serie von Nahost-Resolutionen beweist das hinlänglich. Mehr als eine Resolution zum Thema Terrorismus durften allenfalls Idealisten erwarten. Die Realität ist indessen ernüchternd. So entschlief beispielsweise eine UN-Unterkommission nach jahrelangem ergebnislosen Bemühen, wenigstens eine Definition des Terrorismus zu erarbeiten. Auch kein Wunder, wenn man in Betracht zieht, wie viele gegensätzliche Begründungen es für legitime Gewaltanwendung gibt.

In das Öl mischt sich ein Drittwelt-Wermutstropfen

Des einen Freud, des anderen Leid auf dem Weltmarkt / Von Karen Söhler

Der Ölmarkt bricht zusammen. In London fielen die Preise für Nordseeöl seit Montag um etwa drei Dollar; in New York und Singapur rutschten die Preise ebenfalls ab. In die Begeisterung der Kunden mischen sich alarmierende Warnungen: Die Dritte Welt verliere Öleinnahmen; das bedeute, daß Länder wie Ägypten oder Mexiko ihre hohen Auslandsschulden nun nicht einmal mehr im Wege der Minimal-Umschuldung zurückzahlen können. Wie sieht es damit wirklich aus?

Bislang hatte das sogenannte Kartell Opec noch an einem Richtpreis von 28 Dollar pro Barrel (159 Liter) festgehalten (für Arabian Light; die Preise für alle anderen Qualitäten orientierten sich daran). Doch schon seit langem suchten Länder Umwege um diese Vorschriften. Iran, eines der dreizehn Mitglieder, schloß „Netback-Verträge" ab. Das sah so aus: Das Land lieferte Rohöl an eine westliche Ölgesellschaft, ohne vorher den Preis festzusetzen. Der ergab sich erst nach dem Verkauf des verarbeiteten Öls nach der Formel: Entgelt für das Produkt abzüglich der Verarbeitungskosten und einer Gewinnmarge.

Heute schließen fast alle Opec-Mitglieder solche Verträge ab. Die Preise schwanken zwischen 22 und 25 Dollar pro Barrel. Auf diesem Niveau könnte sich der durchschnittliche Preis einpendeln.

Für Industrieländer ist dies zunächst Anlaß zur Freude; in der Bundesrepublik, die jährlich eine Ölrechnung über mehrere Milliarden Dollar begleichen muß, bedeutete ein Rückgang der Preise für Staat, Unternehmen und Haushalte eine Ersparnis, die eine Milliarde Dollar jährlich überschreiten kann. Die Entwicklungsländer aber?

Die haben großenteils auch Grund zur Freude. Vor allem die völlig verarmte „Vierte Welt", die am schwersten unter der Opec-Preistreiberei gelitten hat. Aber auch diejenigen Drittweltländer, die wenig oder kein Öl produzieren. Die Philippinen, die rund 24 Milliarden Dollar aus dem Ausland geliehen haben und achtzig Prozent ihres Ölverbrauchs einführen müssen (23 Prozent der Importe), werden von sinkenden Preisen profitieren. Ähnliches gilt für Brasilien, das mit mehr als hundert Milliarden Dollar das höchstverschuldete Land der Welt ist. Obwohl es 58 Prozent aus eigenen Quellen dekken kann, betrug der Ölimport 1984 noch 49 Prozent des Einfuhrwerts.

Die Ölpreisexplosion der siebziger Jahre war einer der Gründe, weshalb vor allem lateinamerikanische Länder in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Mit einem Anstieg des Opec-Richtpreises auf 34 Dollar pro Barrel – an den Spotmärkten bis zu 40 Dollar – hatten die Entwicklungsländer nicht gerechnet. Je weiter sie auf dem Weg in die Industrialisierung fortgeschritten waren (und mehr Energie verbrauchten), desto stärker waren sie von den Ölpreisen betroffen. Sie hatten auch kaum eine Möglichkeit, sich wie die Industrieländer vom Öl abzukoppeln.

Andererseits gibt es – und da ist der Jammer groß – erdölproduzierende Länder, die unter der Last ihrer Auslandskredite zusammenzubrechen drohen. Manche davon konnten bislang mit ihrer Verschuldung leben, weil ihr Öl ihnen genug Devisen verschaffte. Mexiko, das dem Ausland nahezu 100 Milliarden Dollar schuldet, bezieht 69 Prozent der Exporterlöse aus den Ölverkäufen. In den ersten vier Monaten diesen Jahres brachte das schwarze Gold 4,7 Milliarden Dollar in die Kasse. Doch das waren schon 8,5 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Dieser Trend setzt sich fort. Geschätzt werden sich für Mexiko in diesem Jahr Einbußen von ein bis anderthalb Milliarden Dollar ergeben, bei jährlichem Zinsaufwand von 11,5 Milliarden Dollar.

Venezuela, mit etwa 36 Milliarden Dollar Schulden, wird eher noch stärker unter fallenden Ölpreisen leiden. Dieses Land, das zwar schon umschulden mußte, das dank seiner Ölquellen und der Gold- und Devisenreserven bislang jedoch keine Unsicherheiten bei den Banken erzeugt hat, führt zu 94 Prozent Öl aus. Für Venezuela bedeuten die sinkenden Preise schon in diesem Jahr rund 15 Prozent weniger Exporterlöse. Auch Ägypten ist ein Land, das seine beträchtlichen Schulden hauptsächlich durch Einnahmen aus dem Ölsektor bedient. Weiter sinkende Ölpreise können es in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten stürzen und eine für die labile Nahost-Situation besonders unerfreuliche Entwicklung auslösen. Und wie wird es mit Großbritannien, das einen großen Teil seiner Ausgaben durch die Ölfunde in der Nordsee begleicht?

Jede Medaille hat zwei Seiten; insgesamt besitzt diese, die jetzt zum Vorschein kommt, für die Weltwirtschaft mehr Vor- als Nachteile. Ein Nachteil allerdings muß besonders eindringlich festgehalten werden: die Gefahr, daß etwa die Bundesrepublik vor lauter Begeisterung über die sinkenden Preise in ihrer Weg-vom-Öl-Politik nachlässig werden könnte. Spätestens nämlich, wenn die Quellen in Lateinamerika und in der Nordsee zu versiegen beginnen, wird die Opec sich wieder melden.

Die Staatsmacht belagert ein nationales Symbol

Ein Besuch bei Lech Walesa – das ist kein alltäglicher Vorgang. Die Bewegungen des polnischen Arbeiterführers sind eingeschränkt, und manche Begleiterscheinung einer Begegnung mit ihm wirkt wie aus dem Drehbuch eines Kriminalfilms.

Von PETER PHILIPPS

Mitternacht ist längst vorbei, die Temperatur liegt knapp über Null, dichte Nebelschleier wabern über die masurischen Weiten: In einem ungeheizten, zugigen und klapprigen Auto geht die Fahrt von Warschau nach Danzig, zu dem polnischen Arbeiterführer Lech Walesa und seinem Beichtvater Henryk Jankowski.

Unser Fahrer weiß nichts von dem eigentlichen Ziel, aber er weiß um unser Problem, daß wir gegen Mittag wieder in der Hauptstadt zurück sein müssen. Das einzige Linien-Flugzeug nach Deutschland geht um 13 Uhr, und das Visum läuft an selben Abend ab.

Immer wieder geht der Blick nach hinten aus dem Rückfenster. Aber kein staatliches „Begleitkommando" folgt dem Kollegen Gerhard Hirschfeld vom sozialdemokratischen „Vorwärts" und mir. Die Einfädelung dieser Fahrt mit zuverlässigen Gesprächspartnern in Warschau ist offensichtlich unbemerkt geblieben. Doch vielleicht liegt es auch an der polnischen Mentalität, die den Spielraum im Lande auch nicht annähernd so einschränkt wie etwa die Herrschenden in Ost-Berlin und Moskau.

Nach mehr als vierstündiger Fahrt, bei der unser Chauffeur immer wieder einzunicken droht, taucht aus dem Nebel die Silhouette Danzigs auf, Kirchtürme und Fabrikschlote. Die Hansestadt an der Ostsee ist in dieser frühen Morgenstunde bereits hellwach. Im diesigen Licht hasten die Menschenmengen durch die Straßen, in Busse und Straßenbahnen hinein, auf dem Weg zur Arbeit und zum Einkaufen.

An jeder Straßenecke nutzen wir unser Schlüsselwort „Brygyda", den polnischen Namen der Sankt Brigitten-Kirche, an der Pfarrer Jankowski als Seelsorger wirkt. Im Zuge der Aufstände von 1970 war der Regierung die Erlaubnis abgerungen worden, das im Krieg zerstörte Gotteshaus aus eigener Kraft wieder zu errichten. Ihre Glocken, die ein Geschenk der deutschen Katholiken zum Wiederaufbau sind, waren in der Nacht zum 13. Dezember 1981 die ersten gewesen, die stürmisch den Protest in die Welt läuteten Enttäuschung über das Ende der Hoffnungen auf mehr Bürgerfreiheiten, über die Festnahme des „Landeskoordinationsausschusses der Solidarnosc". Den Weg zur „Brygyda" scheint jeder in Danzig zu kennen.

Steifgefroren und mit klappernden Zähnen stehen wir endlich auf dem Parkplatz am Fuße der Kirche in der Gasse Professorska, Nummer 17. Licht und Wärme strömen uns entgegen, als sich uns die gut gesicherte Tür der Pfarrei öffnet. Doch die Stunde ist noch zu früh für einen Besuch bei Henryk Jankowski: Zurück in die feuchte Kälte, die sich schnell wieder durch die unzulängliche Kleidung frißt.

Unser Auto fährt wieder los – bis zum nächsten Taxistand. „Lech Walesa?" So, wie die Droschkenkutscher in allen anderen Städten dieser Welt die üblicherweise aus der Vergangenheit kommenden steinernen Sehenswürdigkeiten seiner Umgebung kennen, so kennt man hier den Volkshelden, weiß, wo er wohnt. Als Lotse fährt das Taxi voran, über eine Eisenbahnbrücke, durch heruntergekommene Neubaugebiete hindurch.

Plötzlich hält es an: Daß Walesa unter dem „Schutz" der Polizei steht, ist genauso Allgemeingut wie das Wissen um die Adresse. Mit uns will dort niemand gesehen werden, sich unnötigen Fragen aussetzen. Also wird ein paar Straßenzüge vorher gestoppt, gewendet. In dem Nebel, der sich den ganzen Tag nicht mehr lichten will, verschwindet der Lotse schemenhaft und unerkannt.

Betontürme stapeln sich neben uns in den Himmel, schmuddelig, bröckelnd – wir könnten in einem deutschen Sanierungsgebiet sein, wo die betongegossene Baurwut des sozialen Nachkriegs-Wohnungsbaus in ähnlichem Zustand ist. Die Hausnummer wissen wir, doch weder an den Briefkästen noch an den Türen kleben Namensschilder. Auf gut Glück klingeln wir an einer Tür, eine junge Mutter gibt uns mit abweisendem Gesicht Auskunft und schlägt schnell die Tür wieder zu. Niemand will sich hier unnötige Schwierigkeiten bereiten.

Ein breitschultriger Koloß öffnet nach dem Klingeln im ersten Stock. Gestenreich bringen wir unseren Wunsch vor, die Tür wird angelehnt, der Mann in der Lederjacke verschwindet nach hinten. „Nein", Lech Walesa wolle jetzt keinen Besuch empfangen.

Das Wort von der „Delegazi Willy Brandt" ist es dann, das wie ein Sesam-öffne-Dich wirkt. Wir werden in das überfüllte Wohnzimmer der kleinen Wohnung gebeten, setzen uns auf buntgemusterte, schwere Sessel vor einen großen Tisch. Viele Papiere liegen hier durcheinander, auch auf dem Fußboden. Und überall hängen Bilder des polnischen Papstes Johannes Paul II an den Wänden.

Walesa tritt im roten Pulli durch die Tür. Still ist es in der Wohnung, obwohl doch hier auf kleinstem Raum auch sieben Kinder mitleben – das achte wird Ehefrau Danuta im Januar zur Welt bringen. Lech Walesa erklärt, warum er abweisend war: In etwa einer halben Stunde muß er wieder einmal im Gericht erscheinen. Er steht diesmal unter Anklage, weil er die staatlichen Angaben über die letzte Wahlbeteiligung öffentlich angezweifelt und andere Zahlen genannt hatte.

Nur für den Anfang unseres Interviews reicht die Zeit. Die Symbolfigur für den Freiheitswillen der Polen steht, während er spricht, die Hände breit auf den Eichentisch aufgestützt. Es ist eine herrische Pose. Die Härte dieses Mannes ist spürbar, die ihm die Kraft gibt, durchzuhalten. Kein Lächeln lockert während dieser Zeit die ernsten Gesichtszüge auf. Wir verabreden uns für später bei Pfarrer Jankowski, gehen wieder hinaus.

Von einem kleinen Parkplatz gegenüber dem Hauseingang rollt langsam und ohne Motor ein Polski-Fiat herunter. Die Szene erinnert an einschlägige Filme und ist doch Realität: Wir gehen zu Fuß, hinter uns fährt im Schritt-Tempo ein ziviler Polizeiwagen. Es nützt auch nichts, an der nächsten Ecke von der falschen Seite in eine Einbahnstraße hineinzugehen – die Staatsmacht folgt, beschleunigt und stoppt uns dann: „Papiere, bitte", kommt es aus der Türöffnung.

Auf der Rückbank liegen Wolldekken, Taschen und Thermoskannen – sichtbarer Beweis für Walesas Auskunft, daß er rund um die Uhr bewacht wird. Die Beamten bleiben höflich, niemand hält uns fest. Nachdem die Daten in einem Notizbuch festgehalten sind, erhalten wir die Pässe zurück, werden auch später, auf der Rückfahrt nach Warschau, offensichtlich nicht „begleitet". Ein westdeutscher Kenner des Landes brachte dieses und andere Erlebnisse im Lande auf die Formel, daß vieles in Polen eben nach „Operetten-Art" ablaufe. Polen sind keine Preußen, man habe dies unter dem Kriegsrechts gemerkt, als weniger Uniformierte zu sehen gewesen seien als in jedem anderen Land des Warschauer Paktes schon während der „normalen" Zeiten.

Zurück zur „Brygyda", wo uns Pater Jankowski nun empfängt. Der Balance-Akt, den das ganze Land nicht erst jetzt auf dem politischen Hochseil auszuführen scheint, findet im Pfarrhaus sichtbaren Ausdruck: In Henryk Jankowskis Privatgemächern steht auf einem Tisch ein kleiner Weihnachtsbaum, dessen Kugeln und übriger Schmuck den Schriftzug „Solidarnosc" tragen. In dem „offiziellen" Zimmer, in dem er uns an einen mit guter Wurst reichgedeckten Frühstückstisch bittet, steht ein gänzlich anderer Baum: Nichts deutet an ihm auf die Existenz einer Bewegung hin, für die das Herz des Beichtvaters und engen Vetrauten Lech Walesas schlägt.

Er erzählt uns von dem Traum des Arbeiterführers, gemeinsam, als zwei Friedens-Nobelpreisträger, mit dem Deutschen Willy Brandt auf der Westerplatte zu stehen, auf der von den Deutschen 1939 das Feuer für den folgenden Weltbrand gelegt wurde. Gemeinsam sollte ein Kranz niedergelegt werden – Symbol wie de Gaulles und Adenauers Versöhnungsgeste in der Kathedrale von Reims dafür, daß nie wieder zwischen den Polen und den Deutschen die Waffen sprechen dürfen.

Viel Verbitterung ist bei dem Gottesmann – in dessen Kirche eine Gedentafel an Marschall Pilsudski hängt, den Vater des „Wunders an der Weichsel" im Kampf gegen die Russen 1920 – zu spüren, über die derzeitige Lage im Lande, darüber daß „die Russen im Nebenzimmer" der polnischen Staatsführung säßen und von dort den notwendigen Druck ausübten. Aber der tiefe christliche Glauben läßt ihn die Hoffnung nicht verlieren. Und er erzählt uns aus der Zeit, als Walesa interniert war, als er ihm – neben Danuta die einzige Verbindung zur Außenwelt – regelmäßig in einer Tasche Bücher vorbei brachte, als eine Art Volkshochschule ganz besonderer Art.

Zum Essen sind wir nicht gekommen, zu stark fasziniert der unbeugsame und doch charmante Priester.


Lech Walesa in seiner Danziger Wohnung: „Jedes Gespräch wird natürlich abgehört – auch unseres jetzt."
FOTO: LOCHON/STUDIO X


Die Stützen: Frau Danuta mit Töchterchen Anna (eines von – bald – acht Kindern) und Pater Henryk Jankowski
FOTO: DPA

„Ich kann nicht bestreiten, daß Jaruzelski ein Patriot ist"

Das Interview mit Lech Walesa, seit mehr als drei Jahren das erste einer deutschen Zeitung, hat folgenden Wortlaut:

WELT: Sie haben, wie es heißt, den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt kritisiert, weil es während seines Polen-Besuchs nicht zu einem Treffen mit Ihnen gekommen ist. Brandt hatte darauf gesagt, in der Frage Solidarność sei klar, für wen sein Herz schlage, aber zu den Vorwürfen wollte er sich nicht äußern.

Walesa: Ich habe Herrn Brandt nicht kritisiert. Ich jedenfalls habe das nicht getan.

WELT: Sie haben das nicht getan?

Walesa: Nein. Aber ich möchte sehr gerne mit Willy Brandt sprechen. Es gab ein Problem, meine technische Situation. Ich weiß, daß es deshalb leider nicht zu einem Gespräch kommen konnte. Ich habe einen guten Eindruck von Herrn Brandt.

WELT: In einem Gespräch mit ehemaligen Führern von Solidarność am letzten Sonntag im Rahmen des Klubs der katholischen Intelligenz hat Tadeusz Mazowiecki zu Brandt gesagt, Polen brauche eine Öffnung zwischen den Herrschenden und der Gesellschaft, also zwischen Macht und Volk. Wie könnte sich das vollziehen?

Walesa: Ich bin derselben Meinung wie Mazowiecki. Und Mazowiecki ist auch mein erster Berater. Ich füge hinzu: Grenzen gelten nicht zwischen den Menschen, und die Menschen müssen sich viel mehr lieben und aufeinander zukommen, wenn sie mehr voneinander verstehen und zwischen sich keine Grenzen haben wollen.

WELT: Heißt das, Sie sind offen für Gespräche mit der Regierung?

Walesa: Ja. Ich sage: Ja. Ich bin bereit und offen. Und ich warte jedenfalls auf ein Gespräch. Polen ist immer auf einen Dialog eingestellt.

WELT: Gibt es von Ihnen ein Angebot an die Regierung?

Walesa: Ja. Ich habe einen Vorschlag, ich habe ein Programm und möchte sehr gerne darüber mit der Regierung sprechen.

WELT: Manche sagen in Polen, aber auch in Deutschland, es habe bei Ihnen zu Beginn des Kriegsrechtes nicht etwa eine Wahl gegeben zwischen Walesa beziehungsweise Solidarność und General Jaruzelski, sondern nur eine Wahl zwischen Jaruzelski und den Sowjets. Was sagen Sie dazu?

Walesa: Eine sehr kurze Antwort: Wir haben nur ein Polen.

WELT: Der Patriotismus der Polen ist sprichwörtlich. Sie sind Patriot und fühlen sich so. Würden Sie jemandem widersprechen, der sagt, Jaruzelski sei ein Patriot?

Walesa: Ich antworte: Wir haben nur ein Polen. Wir sollten alle polnisch denken. Ich kann nicht bestreiten, daß Jaruzelski ein Patriot ist.

WELT: Willy Brandt will Sie in einem Brief in den nächsten Tagen über seine Gespräche in Warschau unterrichten. Und er will Ihnen dabei auch auf Ihren letzten Brief antworten. Was ist Ihr Eindruck über Brandts Gespräche in Warschau?

Walesa: Ich warte auf diesen Brief. Sollte dieser Brief irgendwelche Fragen beinhalten, werde ich sie schriftlich beantworten. Wenn es um meine Eindrücke zum Besuch Willy Brandts geht, möchte ich sagen, daß ich gemischte Gefühle habe. Ich höre sehr viele Kommentare dazu. Sowohl hier von der polnischen, amtlichen Seite als auch vom Westen. Deswegen warte ich erst einmal auf den Brief von Willy Brandt.

WELT: Der französische Präsident Mitterrand hat Sie nach Paris eingeladen. Werden Sie fahren, wenn Sie fahren dürfen?

Walesa: Sollte ich so eine Einladung erhalten, werde ich sie selbstverständlich annehmen und sofort einen Paß beantragen. Es hängt natürlich davon ab, ob ich einen Paß auch ausgehändigt bekomme.

WELT: Was erwarten Sie konkret von den mittleren Mächten im Westen – wie der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich? Was können diese Ihrer Meinung nach tun, um einen inneren Reformprozeß in Polen zu beschleunigen?

Walesa: Ich würde gerne dazu Stellung nehmen, nachdem ich die Reisegenehmigung nach Frankreich erhalten habe.

WELT: Halten Sie Gespräche, wie sie Brandt jetzt in Warschau mit den Führungen von Staat und Kirche geführt hat, für hilfreich für einen Fortgang der inneren Reformen in Ihrem Land?

Walesa: Jedes Gespräch kann Gutes bewirken. Gleichzeitig aber – je nachdem, wie das Gespräch geführt wird – kann so ein Gespräch auch mit nichts enden. An einem, an jedem, Gespräch müssen zwei Partner teilnehmen. Ein ernsthaftes Gespräch kann nicht nur von einem Partner geführt werden. Ob das Gespräch von Willy Brandt mit den Vertretern des Klubs der katholischen Intelligenz in Warschau Früchte bringen wird, muß sich zeigen. Jetzt ist es noch zu früh, darüber zu sprechen. Die Früchte kommen erst nach der Saat.

WELT: In kirchlichen Kreisen Polens wird gesagt, Solidarność müsse auch zahlenmäßig um das Überleben kämpfen und würde ohne Hilfe von außen gar nicht mehr existieren.

Walesa: Jetzt ist die Zeit des Wartens. Was aber Solidarność als Gewerkschaft angeht, da muß ich sagen, daß – genau wie bei der Ernte – die gesunden Kerne bleiben, und die Spreu fällt ab. Jede Säuberung, die von innen kommt und selbständig, also nicht von außen herbeigeführt, ist, bleibt eine gesunde Erscheinung. Es bleiben gesunde Kerne erhalten. Es gibt welche, die emigriert sind. Es gibt andere, die sich dem Druck gebeugt haben. Und es gibt solche, die ihr Gesicht verloren haben – leider, so ist die Zeit.

Ich wiederhole: Wir sind in einer Zeit des Wartens, und in dieser Zeit muß sich beweisen, was wird. Auch wenn Solidarność auseinanderfallen sollte in verschiedene Splittergruppen, dann bedeutet das dennoch, daß die Dinge den richtigen Kurs genommen haben.

WELT: Wie frei können Sie sich zur Zeit bewegen?

Walesa: Meine Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt. Ununterbrochen werde ich von einem Streifenwagen der Miliz begleitet – egal, ob ich zur Arbeit fahre oder ins Gericht. Eine Streife steht auch ständig vor meinem Haus. Jedes Gespräch wird natürlich abgehört – auch unseres jetzt.

WELT: Was denken Sie über die in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder aufflammende Diskussion über die Oder-Neiße-Linie?

Walesa: Ich bin Pole, und das bleibe ich immer. Und ich bin Gewerkschafter und kein Politiker. Deshalb will ich dazu nichts sagen.

WELT: Die deutschen Sozialdemokraten sprechen von einer zweiten Phase der Entspannungspolitik. Und sie setzen darauf, daß diese auch die Basis für innere Reformen in Ihrem Land bieten würde. Wie beurteilen Sie diesen Weg? Führt er nach Ihrer Meinung weiter als das, was Sie einmal „Weizen auf Steinen anbauen" genannt haben?

Walesa: Die Möglichkeit, in Polen Reformen durchzuführen, ist nur dann gegeben, wenn ein zweiseitiger Dialog zustande kommt. Das ist das wichtigste.

Eine Entspannung ohne Dialog wäre tatsächlich Weizen auf Steinen. Ein Haus muß ein gutes Fundament haben. Gut wird es nur dann, wenn die Regierung Gespräche mit dem Volk aufnimmt – Gespräche mit dem ganzen Volk und nicht nur mit einer ausgewählten Gruppe.

Entspannungspolitik alleine kann hier nichts bewirken. Das polnische Volk ist gewillt, jederzeit Gespräche zu führen, einen Dialog zu beginnen. Aber gerecht, aufrichtig – und, wie es sich gehört, zweiseitig.

Der Mann mit dem Schwarzen Peter

Von GÜNTHER BADING

Nach drei Stunden herrschte Sprachlosigkeit. Weder die Arbeitgeberseite noch die Funktionäre von DGB und DAG, die Helmut Kohl ins Kanzleramt geladen hatte, waren bereit, den entscheidenden Schritt zu tun und die Verantwortung für die Sicherung der Neutralität des Staates im Tarifkonflikt selber zu übernehmen. Arbeitsminister Blüm wollte eine einvernehmliche Lösung in der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit. Dort aber sind neben den Regierungsvertretern Arbeitgeber und Gewerkschaften gleichermaßen stimmberechtigt. Jede Entscheidung wäre der Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt. So blieb der Schwarze Peter bei der Regierung. Am Konferenztisch richteten sich die Blicke von Kanzler und Kabinettskollegen, von Arbeitgeber-Präsident Esser und DGB-Chef Breit – wieder einmal – auf den Bundesarbeitsminister.

Vergeblich hatte der Kanzler in diesem „Dreier-Gespräch" zum Neutralitäts-Paragraphen fast beschwörend die Notwendigkeit einer Konsenslösung vor Augen geführt. Nichts, aber auch gar nichts sei vorweg entschieden, sagte Helmut Kohl und schob damit die Siegesmeldung seines freidemokratischen Wirtschaftsministers Bangemann vom vergangenen Freitag zur Seite, daß sich der kleinere Koalitionspartner wieder einmal voll durchgesetzt habe. Auf Kosten der Gewerkschaften, versteht sich. Kohl: „Die Bundesregierung wird sich ihre Meinung – so wie ich dies zugesichert habe – erst nach diesem Gespräch bilden."

Da nutzte keine Klarstellung, daß es im Gegensatz zu den öffentlichen Kampagnen der Gewerkschaften, voran der IG Metall, nicht um Angriffe auf Streikrecht oder Streikfähigkeit gehe, sondern um Klärung einer erst im Zuge des Metallerstreiks von 1984 in Frage gestellten Neutralitätsregelung für staatliche Organe im Tarifkonflikt. Weder die Arbeitgeber – die sich in den ausführlichen Gesprächen der vergangenen Woche von Norbert Blüm wenigstens hatten bewegen lassen, den Streit auf den fachlichen Bereich einer kämpfenden Gewerkschaft einzugrenzen – noch die Gewerkschafter waren bereit, über den Vorschlag der Ministerrunde vom vergangenen Freitag im Detail zu sprechen. Man ging auseinander; klaglos, aber unzufrieden auf allen Seiten.

Der Arbeitsminister, bekannt für seine bildhaften Vergleiche, beschrieb gestern morgen zu früher Stunde vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Situation nüchterner, als man es von ihm gewohnt ist. Die Regierung, so Blüm, stehe mit ihrer Position „zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, bei Lichte betrachtet sogar etwas näher auf der Arbeitnehmerseite". Der Minister hätte auch sagen können, die Regierung habe sich mit ihrem Versuch, eine Konsenslösung zu finden, zwischen die Stühle gesetzt. Den Gedanken allerdings sprach niemand aus.

Im Gegenteil. Die Fraktionssitzung wurde zum persönlichen Erfolg für den Minister. Der Kanzler dankte ihm unter dem Beifall der Abgeordneten, die sich in der Sachfrage zuvor durchaus bekämpft hatten. Lag es an der klaren Vorgabe des Kanzlers oder auch von Fraktionschef Alfred Dregger, daß man angesichts der „Diffamierungskampagne" (Kohl) des DGB sich hinter jene zu stellen habe, die „draußen den Kopf hinhalten"? Oder war es eine Reaktion der Abgeordneten auf den Druck, den die IG Metall mit wilden Streiks von 350 000 Arbeitnehmern am Vortag bundesweit auf die Entscheidungen der Politik auszuüben versucht hatten? Die Fraktion stand, ob Wirtschaftsflügel, Mittelständler oder Sozialausschüsse – jedenfalls gestern – geschlossen hinter Norbert Blüm.

Mit einem neuen Stil führt Kanther die hessische CDU in die Offensive

In Wiesbaden legten die Parteien ihre Strategie für die kommende Landtagswahl offen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Am Vorabend der Bildung der ersten rot-grünen Koalition in einem Bundesland haben die Parteien in Hessen in einer Haushaltsdebatte gestern und vorgestern ihre Strategie für die kommenden anderthalb Jahre bis zur Landtagswahl 1987 offengelegt. Die CDU bekundete neues Selbstbewußtsein und empfahl sich als „Regierung von morgen, die sofort weiterarbeiten kann, wenn die Wähler das wollen".

Die ebenfalls oppositionelle FDP sah mit der für heute nachmittag vorgesehenen Vereidigung des ersten grünen Ministers der Bundesrepublik, des früheren Bundestagsabgeordneten Josef (Joschka) Fischer zum Umweltminister, bereits den Zeitpunkt gekommen, „daß wir", also die Oppositionsparteien im hessischen Landtag, „die Mehrheit der Hessen hier im Plenarsaal vertreten".

„Bürde für Partei"

Demgegenüber charakterisierte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) die Oppositionsparteien als „alte Wachstumseuphoriker: sie wollen eine Politik der Unbarmherzigkeit, und wir eine Politik auch und gerade für die Schwachen". Die Grünen feierten den bevorstehenden Eintritt in die Regierung als „Anfang und Auftakt einer neuen Phase der Politik".

Besondere Beachtung fand der neue Stil des Generalsekretärs der CDU, Manfred Kanther, der zwei Stunden sprach und, anders als in früheren Debatten, pauschale Warnungen vor dem „rot-grünen Chaos" vermied, dafür aber an konkreten Sachpunkten aufzeigte, welche „eindeutig andere Politik" seine Partei einschlagen wolle, wenn sie 1987 die Regierung in Hessen übernehmen könne. Dabei werde sich die hessische CDU nicht scheuen, auch solche Positionen wieder aufzugreifen, die die SPD unter dem Druck der Grünen verlassen habe.

So werde die CDU über Projekte für neue Atomreaktoren und über Genehmigungsanträge der Nuklearfirmen sachgerecht und schnellstmöglich" entscheiden, ohne sich dabei zu einem „Kaspar" der Industrie machen zu lassen. Der rot-grünen „Grobheit" im Umgang mit der Industrie wolle seine Partei Partnerschaft entgegensetzen. Denn für die Wirtschaft sei Vertrauen „wichtiger als sämtliche Strukturförderungsprogramme".

In der Umweltpolitik wolle sich die hessische CDU an der Bundesregierung ein Beispiel nehmen, die „nirgends so tapfer ans Werk gegangen sei wie beim Umweltschutz". Börners Gegengewichtspolitik zu Bonn sei „leeres Geschwätz", seine Koalition mit den Grünen ein „trostloses Funktionärsbündnis" und ein „denkwürdiges Beispiel, wie ein Mann sein Wort bricht". Börner sei zu einer „Riesenbürde für seine Partei" geworden.

Auch der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt attackierte die Gegengewichtspolitik, die die „Grundlagen" bekämpfe, die zur konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik beigetragen hätten. Das rot-grüne Bündnis sei angewiesen auf die Prosperität der Industrie, „deren Existenz der eine Partner bekämpft".

Börner antwortete mit heftigen Angriffen auf die FDP, die sich anschicke, zur Arbeitgeberpartei zu werden und für die Sozialdemokraten nicht mehr koalitionsfähig sei. Die CDU müsse der „Erpressung" dieser „Partei der Kälte" in der Auseinandersetzung um das Streikrecht widerstehen, weil sonst ein „Stück sozialen Friedens um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zum Teufel gehen könnten".

Grüne Gegenstimme

Wasser in den Jubelwein der Grünen goß der grüne Landtagsabgeordnete Jan Kuhnert, der ankündigte, als einziger seiner Fraktion gegen den rot-grünen Haushalt für 1986 stimmen zu wollen und der neuen Koalitionsregierung Börner das Vertrauen zu verweigern. Die „rosa-grünliche Koalition", sagte Kuhnert unter dem einhelligen Lächeln Börners und der CDU-Fraktion, sei „verhängnisvoll und schädlich", sie führe zu einer Selbstaufgabe der Grünen gegenüber der SPD und bedeute eine Absage an eine konsequente Durchsetzung grüner Politik. Kuhnert: „Wenn die Grünen auf den aus Dachlatten gezimmerten Ministersessel" klettern, so würden sie gegen die Interessen der Bürger und der Bürgerinitiativen staatliche Interessen durchsetzen und ihre Identität zerstören.

Zahl der Übersiedler steigt ständig

WERNER KAHL, Karlsruhe

Die Zahl der Ausreisenden aus der „DDR" hat sich seit Anfang Dezember weiter erhöht: Allein in den ersten zehn Dezembertagen kamen 1433 Menschen aus Mitteldeutschland in die Bundesrepublik. Das Notaufnahmelager für Flüchtlinge und Übersiedler in Gießen war zu Beginn dieser Woche nach Auskunft zuständiger Stellen zum ersten Mal in diesem Jahr wieder überfüllt. Im Lager meldeten sich allein am Freitag vergangener Woche 145 Übersiedler, am Samstag und Sonntag trafen insgesamt weitere 240 frühere „DDR"-Bewohner ein; gleichzeitig erhielten in den letzten Tagen jeweils etwa 40 Personen aus Ost-Berlin und Mitteldeutschland die Genehmigung zum Verlassen der „DDR" nach West-Berlin.

Der Zustrom wird nach Angaben informierter Stellen in Bonn über Weihnachten bis Anfang nächsten Jahres anhalten. Bonn sieht dies als Zeichen dafür, daß die Ostberliner Führung eine Zusage einhalten wird, in diesem Jahr etwa 4000 „DDR"-Bewohnern zusätzlich zu den Familienzusammenführungen und anderen Ausreisen eine Genehmigung für die Übersiedlung in den Westen zu geben. Das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen nahm zu dem Anstieg der Ausreisen nicht Stellung, doch ist bekannt, daß Staatssekretär Ludwig Rehlinger bereits im Herbst auf eine entsprechende Zusage aus Ost-Berlin verwiesen hatte. Keineswegs könne jedoch mit einer neuen Ausreisewelle gerechnet werden, wurde in Regierungskreisen betont.

Die Bundesregierung sei zwar bemüht, den Menschen, die eine Übersiedlung wollen, weiterhin zu helfen, verfolge jedoch nicht das Ziel, Landsleute aus Mitteldeutschland abzuwerben oder den anderen Teil Deutschlands gar zu „entvölkern".

Wie es heißt, werden in diesem Jahr insgesamt etwa 18 000 bis 19 000 Übersiedler (1984: 34 000) erwartet. Nach einer inoffiziellen Hochrechnung kommen in „DDR"-Großstädten auf jeweils 100 000 Einwohner rund 2000 Antragsteller. Das entspricht Schätzungen, die von insgesamt etwa 200 000 bis 250 000 Ausreiseanträgen ausgehen, wobei in ländlichen Gegenden Mecklenburgs, Brandenburgs, Sachsen-Anhalts und Thüringens die Bereitschaft, die Existenz aufzugeben und im Westen neu anzufangen, geringer ist als in Industriegebieten und Großstädten. Die Ostberliner Behörden machten bisher keinerlei Angaben über die Zahl der Ausreiseanträge.

Bevormundet SPD die Menschen im Revier?

Heftige Kontroverse in Düsseldorf um das „Heimes-Papier"

WILM HERLYN, Düsseldorf

Kaum eine Beschimpfung ließen gestern die Abgeordneten von CDU und SPD im nordrhein-westfälischen Landtag aus. Ihr Ärger entzündete sich an einem Papier ihres Kollegen Wilfried Heimes aus Essen, der eine eigene Strukturanalyse von 1977 fortgeschrieben hatte und nach der Niederlage seiner CDU am 12. Mai das Fazit zog, die SPD bevormunde die Menschen im Revier, die CDU komme gegen die Verquickung von Sozialdemokratie und Verwaltung nicht an, insbesondere, weil die Presse die Union „häufig verzerrt" darstelle.

Unter anderem bemerkte Heimes aber auch: „Die Mentalität der ‚kleinen Leute' bedeutet, daß sie sich für ihr Schicksal nicht selbst verantwortlich fühlen. Ihre Grundeinstellung ist: Wir wollen haben, andere sollen abgeben. Andere haben für uns zu sorgen." Heimes machte sogar „Anfälligkeit für Neid und Mißgunst" aus.

„Klima vergiftet"

Sein Gegenkandidat im Essener Wahlkreis, Gerd-Peter Wolf, warf Heimes vor, er habe „ein Zerrbild des Ruhrgebiets" gemalt, das „Klima in unserem Land vergiftet", „haarsträubende und beleidigende Vorwürfe" gegen die Ruhrgebietsbevölkerung vorgebracht und einen Dünkel gezeigt, der „die Denkstrukturen der CDU bloßlegt".

Sein Kollege Georg Aigner stieß nach und nannte Heimes „ein Opfer seiner Führung", des Fraktionsvorsitzenden Bernhard Worms und des Chefs der westfälisch-lippischen Union, Professor Kurt Biedenkopf. Gerade dieser sei ein „Brandstifter". Auch Arbeitsminister Hermann Heinemann aus Dortmund haute in diese Kerbe. Die CDU habe sich als Partei des Großkapitals entlarvt und zitierte aus dem Russischen: „Der Fisch stinkt vom Kopf zuerst."

Worms hielt dem entgegen, die SPD verfechte weiter ihre politische Strategie des Klassenkampfes, und der CDU-Abgeordnete Hegemann stieß die SPD vom Sockel ihrer Argumentation, sie könne als Mehrheitspartei die Situation der Menschen im Revier besser beurteilen als er bemerkte: „Mein Großvater arbeitete auf dem Pütt, mein Vater arbeitete auf dem Pütt – und da haben sie das Großkapital gescheffelt" – um in Anspielung auf die Funktion von Heinemann als ehemaliger Chef der Westfalenhalle in Dortmund abzuheben, „und ich habe mir sagen lassen, die Westfalenhalle schmeißt auch was ab".

Fast ein Tribunal

Zu Tumulten kam es, als SPD-Abgeordnete CDU-Mitglieder zitierten, nach denen Heimes ein „Berufskatholik" sei, der „von seiner Kirche ausgehalten" werde. Heimes war Angestellter des Bistums Essen.

Sowohl der SPD-Fraktionschef Friedhelm Farthmann wie der CDU-Vizepräsident des Landtages, Hans-Ulrich Klose, suchten die Auseinandersetzung, „die zum Tribunal ausartet" (Klose), auf sachliche Bahnen zurückzuführen. Heimes bestand auf seinem Vorwurf, die SPD halte die Bürger des Reviers unwissend, damit sie als Wähler kalkulierbar seien. Die SPD verhindere das Aufbrechen der alten Strukturen und „ihr Geschrei macht deutlich, wie sehr sie sich getroffen fühlen".

Den einzigen konstruktiven Beitrag leistete Fritz Schaumann von der FDP aus Dortmund. Er sagte, das Leben im Revier sei auch ein Leben mit der Arroganz der Macht und dem Opportunismus, sich mit dieser Macht zu arrangieren. Das sei ein Problem überall dort, wo absolute Mehrheiten regieren. Schuldzuweisungen aber nützten nichts – es komme darauf an, gemeinsam auch die Sonnenseiten des Landes zwischen Ruhr und Lippe darzustellen.

Für Flick gab es keinen anderen Weg

DW. Bonn

„Mein Vater hätte genauso gehandelt. Er hat mich gelehrt, das Haus zu bestellen, solange Konjunktur und Bilanzen stimmen." Mit diesen Worten kommentierte Friedrich Karl Flick den umfangreichsten und folgenreichsten Firmenverkauf in der Geschichte der Bundesrepublik. In einem Gespräch mit der „Bunten" in Paris schilderte er Gedanken und Empfindungen, die ihn nach dem spektakulären Verkauf beschäftigten: „Es gab keinen anderen Weg, um das Vermögen über die nächste Generation hin zu erhalten."

Flick, der seine Töchter Alexandra und Elisabeth in handgeschriebenen Briefen von seinem Verkaufsentschluß unterrichtet hatte, erklärte jetzt in Paris: „Ich bin nicht etwa amtsmüde gewesen, ich bin doch eher ein Opfer." Die Position eines Konzernherrn aufzugeben, das sei ihm schwerer gefallen, als die nüchtern gehaltene offizielle Begründung vermuten lassen. „Ich habe lange mit mir gerungen." Flick sieht sich als ein Opfer der Steuergesetzgebung (Erbersatz-Steuer): „Bei der Verabschiedung dieses Gesetzes 1974 haben die Herren der Union in Bonn wohl nicht richtig aufgepaßt."

Aufmunternde Anrufe

Flicks anfängliche Bedenken, wie die Kollegen aus den Vorstandetagen der deutschen Industrie reagieren würden, seien, so die „Bunte", schon nach Stunden verflogen. Ein befreundeter Unternehmer habe ihn per Telefon ermuntert: „An Ihrer Stelle hätte ich genauso gehandelt." Dies sei nur der erste von vielen aufmunternden Anrufen gewesen. Wie die Illustrierte weiter berichtet, wirke Flick „locker wie schon lange nicht mehr". Bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung in Paris sei er als charmanter Plauderer und geistreicher Zuhörer aufgetreten. Der menschenscheue Zeuge vor dem Bonner Untersuchungsausschuß zur Aufklärung von Parteispenden sei nicht mehr wiederzuerkennen gewesen.

Flick schilderte auch, was ihm wenige Stunden nach dem Verkauf durch den Kopf gegangen sei. Während eines Spazierganges habe er daran gedacht, was nun passieren könnte, nachdem Millionen wüßten, daß er Milliarden besitzt. Und er stellte sich vor, was er unternehmen würde, wenn einer mit der Bitte einer Spende an ihn heranträte. Dann, so die „Bunte", würde er den Bittsteller mit einem Tritt ans Schienbein verabschieden.

DAG: Entwicklung der Wirtschaft „recht erfreulich"

GISELA REINERS, Hamburg

Mit einer nach dem Leistungsvermögen der verschiedenen Wirtschaftszweige differenzierten Forderung von 4,5 bis 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt will die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in die Tarifrunde 1986 gehen. Wie der DAG-Bundesvorsitzende Herrmann Brandt gestern in Hamburg sagte, sei die wirtschaftliche Entwicklung „recht erfreulich" und eröffne „gute Aussichten" für 1986.

Die Gewerkschaft will im kommenden Jahr den Schwerpunkt bei Tarifverhandlungen wieder auf eine Einkommensverbesserung legen, nachdem 1985 die Verkürzung der Arbeitszeit Hauptgegenstand der Tarifauseinandersetzung war. Das bedeute nicht, daß man nicht auch weiter nach kürzerer Arbeitszeit strebe, doch sei man sich bewußt, so Brandt, daß der „Produktivitätsfortschritt nur einmal verteilt werden kann". „Der Weg zur 35-Stunden-Woche wird deshalb ein etwas längerer sein." In der Metallindustrie werde er zehn bis zwölf Jahre dauern, denn man könne nicht jedes Jahr den Arbeitnehmern geringe oder keine Lohnsteigerungen zumuten.

Die Forderung nach mehr Lohn und Gehalt solle, so Brandt, auch zur Stützung der Binnenkonjunktur beitragen. Deshalb müsse auf jeden Fall das Realeinkommen erhalten werden. Man werde nach Branchen unterschiedene Anhebungen fordern, wobei eine Nivellierung abgelehnt werde. Es komme also nur eine prozentuale Einkommensverbesserung in Frage. Dabei sollten die Ausbildungsvergütungen im gleichen Maße angehoben werden wie Löhne und Gehälter. Um die Einstellungs- und Übernahmeaussichten der jungen Leute zu verbessern, werde sich die DAG nachdrücklich für eine tarifliche Begrenzung von Mehrarbeit und Überstunden einsetzen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibe die „zentrale gesellschaftliche Aufgabe". Für eine Arbeitszeitverkürzung werde man sich in den Branchen einsetzen, die sie noch nicht haben, sagte Brandt, so zum Beispiel im Großhandel.

Rebmann: Terroranschläge werden immer brutaler

Generalbundesanwalt spricht von verschärfter Sicherheitslage

WERNER KAHL, Karlsruhe

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat von einer wieder verschärften Situation für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gesprochen und auf „die mehr und mehr erkennbare Internationalisierung des Terrorismus" hingewiesen. Bei der neuen Offensive deutscher und ausländischer Terroristen werden Anschläge mit noch größerer Brutalität ausgeführt, sagte Rebmann gestern in Karlsruhe zur Situation des Terrorismus. In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurde mit 224 Brand- und 73 Sprengstoffanschlägen die Gesamtbilanz des Vorjahrs (251 Anschläge) um fast 20 Prozent übertroffen.

Im Aktionsmuster der linksextremistischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) haben sich nach Erkenntnissen der Generalbundesanwaltschaft Veränderungen ergeben. Die RAF werde vermutlich keine gezielten Morde an „kleinen Soldaten", die nicht in irgendeinen größeren Zusammenhang stehen, verüben. Allerdings sei damit zu rechnen, daß die Terroristen künftig Vorbereitungstaten, die mit dem Fall Pimental vergleichbar seien, begehen würden, um sich Dienstausweise, Waffen und andere Ausrüstungsgegenstände zu verschaffen.

Fall Pimental als Beispiel

Der US-Soldat Pimental war am 8. August dieses Jahres aus einem Wiesbadener Lokal gelockt und erschossen worden, weil die RAF seine Identitätskarte für einen Anschlag auf den militärischen Teil des Frankfurter Flughafens benötigte. Ähnliche Verbrechen könnten nach Ansicht Rebmanns „auch gegen Angehörige außerhalb der ‚Militärmaschine' liegender Zielbereiche gerichtet sein. Zumindest auf dem Gebiet des ‚Kampfes gegen die Militärmaschine' wird entgegen der bisherigen Praxis, Personen oder Institutionen von hohem Repräsentations- oder Symbolwert anzugreifen, nunmehr die nachhaltige effektive Störung der ‚Militärmaschine' im Vordergrund stehen".

Die Bundesanwaltschaft räumte ein, daß sich konkrete Anschläge zwar nicht voraussagen ließen. Doch aus der Analyse der Sicherheitsbehörden ergibt sich eine äußerste Gefährdung des militärisch-industriellen Bereichs. Nach dem mehr als 30 der insgesamt 38 inhaftierten Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland ihren Hungerstreik abgebrochen hätten, habe es vor allem zwei Zentren für die Anschläge gegeben. Diese hätten, so das Bundeskriminalamt, im Rhein-Main-Gebiet mit dem Großraum Frankfurt und in Süddeutschland gelegen.

Mit dem Blick auf die internationale Verflechtung des Terrorismus erklärte Rebmann ferner, er halte eine zentrale Ermittlungszuständigkeit der Staatsanwaltschaft des Bundes für unerläßlich.

Zuständigkeit regeln

Bisher verteilt sich die Zuständigkeit bei terroristischen Gewalttaten auf Bund und Länder, je nachdem, ob eine inländische oder ausländische Gruppierung tätig war. „Straftaten der RAF kann ich also verfolgen, solche der AD (die französische Action Directe – die Red.) auf deutschem Boden aber nicht". Die Zusammenarbeit zwischen RAF und AD bezeichnete Rebmann als die am weitesten fortgeschrittene Planung einer westeuropäischen Guerrilla. Einen „Euroterrorismus" im Sinne einer, wenn auch losen Organisation gebe es dagegen noch nicht.

Nachdem sich das mutmaßliche RAF-Mitglied Martin Thiel, ein wegen Bankrotts seines Video-Ladens in den Untergrund abgetauchter Völklinger Kaufmann, der Polizei gestellt hatte, richtete der Generalbundesanwalt an alle Betroffenen einen eindringlichen Appell: „Ich kann nur an alle Mitglieder oder Unterstützer der RAF appellieren, sich aus dieser Verstrickung zu lösen und sich den Sicherheitsbehörden zu stellen."

Thiel, der sich zeitweilig in Frankreich versteckt hielt, gehört zu der Zehnergruppe, die 1984/85 die Kommando-Ebene der RAF verstärkte. In seinem Fall wird nach der freiwilligen Rückkehr aus dem Terrorismus geprüft, ob nicht nur Strafmilderung, sondern möglicherweise Strafbefreiung gewährt werden kann.

Skepsis über Kulturabkommen

hrk. Berlin

Die FDP-Spitze in Bonn steht dem ausgehandelten Kulturabkommen mit großer Skepsis gegenüber. Dies betrifft vor allem die faktische Einbeziehung von West-Berlin. Der deutschlandpolitische Experte der Partei, Berlins FDP-Bundestagsabgeordneter Hans-Günter Hoppe, warnte jetzt in einem Beitrag für die „Berliner Morgenpost" vor unangemessener Euphorie. Er verwies vor allem auf die Aussage von SED-Politbüromitglied Werner Felfe in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D", wonach West-Berlin weiterhin als „selbständige Einheit" betrachtet werde, die „nicht in das Kulturabkommen einbezogen" sei.

Hoppe bestritt nicht die rechtliche Einbeziehung Berlins in das Abkommen. Sie ist in Artikel 13 nach der üblichen Frank-Falin-Formel geregelt. Dem FDP-Politiker fehlt es jedoch weiterhin an konkreten Beweisen für die „faktische Einbeziehung" der Stadt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Opposition wirft Lafontaine Wortbruch vor

4,5-Milliarden-Mark-Haushalt an der Saar verabschiedet

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Die saarländische Landesregierung hat bei der Generaldebatte zur Verabschiedung des Landeshaushaltes ihren Ansatz, der nur um 2,7 Prozent den Etat 1985 übersteigt, der noch von der CDU/FDP-Regierung verabschiedet worden war, als „im Interesse der Generalsanierung unserer Landesfinanzen zwar schmerzlich, aber notwendig" genannt. Demgegenüber hat die Opposition aus CDU und FDP der Landesregierung in einer teilweise erregt geführten Debatte eine Politik der „Wortbrüche und Worthülsen" vorgeworfen.

„Es gab noch nie eine Regierung, die sich so schnell von ihren eigenen Ankündigungen und Versprechungen verabschiedet hat, wie ihre Landesregierung", bilanzierte CDU-Fraktionschef Günther Schwarz. Der CDU-Politiker erinnerte daran, daß im SPD-Wahlprogramm noch angekündigt wurde, die Finanzen der Kommunen zu stärken. „Und jetzt nehmen sie den Gemeinden runde elf Millionen weg", sagte Schwarz. Damit werde die Fähigkeit der Kommunen zur Wirtschaftsförderung „stark eingeschränkt".

Einen wahltaktisch motivierten „Köder" nannte Schwarz die Verheißung der damaligen SPD-Opposition im Wahlkampf, den Stellenabbau bei den Lehrern zu stoppen. Dagegen sieht sich die Landesregierung heute gezwungen, wie Finanzminister Hans Kasper ausführte, 200 Stellen in der öffentlichen Hand einzusparen. Aus dem Verfügungsbereich des Kultusministers sollen allein 100 Arbeitsplätze wegfallen.

Gleichermaßen erregt zeigten sich die Redner der Opposition über die Streichung der Geburtendarlehen für sozial schwache Familien und die „Aufstockung der Mittel für den Abtreibungsbereich", wie Rehberger den Ausbau der finanziellen Unterstützung für Pro Familia nannte. Dazu Schwarz: „Die Fahrkarte für das Leben zu finanzieren, sollte für uns wichtiger sein, als die Fahrkarte für den Schwangerschaftsabbruch zu finanzieren." Ein Antrag der CDU-Fraktion, die Geburtendarlehen fortzuführen, wurde von der SPD-Mehrheit ebenso abgelehnt wie die Forderung, die Mittel der Bundesstiftung Mutter und Kind aus Landesmitteln um 600 000 Mark aufzustocken.

Zu einer tumultartigen Szene kam es im Plenarsaal, als Rehberger Ministerpräsident Oskar Lafontaine vorhielt, sich bei seinem Besuch in der „DDR" zum „Advokaten Honeckers" gemacht zu haben. Für den Zwischenruf an die Adresse des FDP-Chefs „der hat se doch nicht alle", erntete der SPD-Fraktionsvorsitzende Reinhard Klimmt eine Zurechtweisung. Andere SPD-Abgeordnete nannten Rehberger, der eine Abkehr der SPD von der gemeinsamen deutschlandpolitischen Entschließung des Landtages konstatierte, einen „Hetzer".

Wie ernst es um die Landesfinanzen im Saarland bestellt ist, machte Finanzminister Kasper deutlich: Die Schulden, die das Land 1986 haben wird, sind mit 8,7 Milliarden Mark beinahe doppelt so hoch wie der Haushalt '86 mit rund 4,5 Milliarden Mark. Die Neuverschuldung beläuft sich auf 841 Millionen: Beinahe jede fünfte Mark ist mithin geliehen. Die Zinsen und Zinseszinsen, die „unseren politischen Spielraum zu erdrosseln drohen" (Kasper), werden bis Ende kommenden Jahres auf stattliche 1,6 Milliarden Mark anschwellen.

SPD hält CDU Strauß und Späth als Beispiele vor

Nea. Mainz

Eine neue Oppositionsstrategie machte der rheinland-pfälzische SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping in der Generaldebatte über den Doppelhaushalt 1986/87 (14,4 bzw. 14,8 Milliarden Mark) deutlich.

In den meisten Grundsatz- und Sachfragen betonte Scharping die Gemeinsamkeiten im Interesse des Landes und stellte nach Art einer Regierungserklärung eigene Vorschläge zur Lösung der Probleme in den Mittelpunkt, ohne eine höhere Neuverschuldung zu fordern.

In scharfem Ton dagegen attackierte der SPD-Fraktionsvorsitzende die amtierende Landesregierung, der er auf dem Feld der Wirtschaftspolitik „völlige Ignoranz" vorwarf und sie für unfähig erklärte, ihre Pflicht zu erfüllen.

Dem Ministerpräsidenten Bernhard Vogel (CDU) hielt der SPD-Politiker sogar die von der Union regierten Nachbarländer Baden-Württemberg und Bayern und deren Regierungschefs Lothar Späth bzw. Franz Josef Strauß als leuchtende Beispiele vor, wie man im Interesse seines Landes Industrie- und Forschungspolitik betreibe.

Auf die bessere Zukunft muß das Volk noch warten

Von WERNER THOMAS

Ein Stichwort beherrschte die Diskussionen der Parlamentswahlen im südamerikanischen Staat Guyana: Wahlbetrug. Als die seit 21 Jahren regierende Partei Nationaler Volkskongreß (PNC) nun einen weiteren souveränen Sieg verbuchte, behandelte die Opposition noch einmal diese Thematik. „Die ganze Welt soll wissen, daß diese Ergebnisse manipuliert waren", schimpfte Ex-Premier Cheddi Jagan, der ewige Verlierer.

Dieser Urnengang stand im Zeichen eines neuen Mannes, Desmond Hoyte. Der 56jährige Anwalt hatte erst Anfang August nach dem Tod des legendären Präsidenten Forbes Burnham die Macht übernommen. Er verkündete das „Ende einer Epoche" und betonte, daß sich seine Regie-



GUYANA

rung mehr um die wirtschaftlichen Probleme kümmern werde.

Guyana, 800 000 Einwohner, 214 969 Quadratkilometer Fläche, ist während der langen Herrschaft des Marxisten Burnham eines der ärmsten Länder der westlichen Hemisphäre geworden.

Die Bevölkerung der 1970 zur „Genossenschaftsrepublik" (Cooperative Republic) erklärten Nation leidet unter einem fast so niedrigen Lebensstandard wie die Haitianer und Bolivianer. Das Realeinkommen sank in den letzten Jahren um fast 50 Prozent. Die Produktionsziffern für Bauxit, Zucker und Reis, die wichtigsten Erzeugnisse, verzeichneten einen ähnlichen Rückgang im gleichen Zeitraum.

Die Menschen klagen über Versorgungsengpässe; auch Grundnahrungsmittel wie Speiseöl und Milch sind manchmal rar. Es soll vorkommen, daß Kinder an Hunger sterben. Mit zwei Milliarden Dollar ist Guyana einer der höchstverschuldeten Staaten der Welt.

Als Forbes Burnham, ein exzentrischer und selbstherrlicher Politiker, einem Herzschlag erlag, hofften viele Leute auf eine bessere Zukunft. Der wortkarge Nachfolger, der eher scheu und introvertiert wirkt, schien pragmatisch zu sein. Im Gegensatz zu Burnham bezeichnet er sich nicht als Marxisten. Er ist jedoch „von einigen Prinzipien" des Marxismus beeinflußt. Bisher ließ Hoyte aber nicht die Absicht erkennen, Kurskorrekturen wie Reprivatisierungsschritte zu wagen. Der Staat kontrolliert 80 Prozent der Wirtschaft.

Nur die kommunistische Regierung Kubas übt auf dem amerikanischen Kontinent einen noch höheren staatlichen Einfluß aus. In der Bevölkerung herrscht Verdrossenheit; gegenüber der Regierung zeigt sie sich mißtrauisch. „Die Leute sind total frustriert", sagt der Anwalt David de Caires. Glück für Hoyte und seine Partei, daß viele Bürger keine Alternative sehen.

Cheddi Jagan (67), ein Zahnarzt, der die Progressive Volkspartei (PPP) kommandiert, will Hoyte links überholen. Er schwärmt noch immer vom Marxismus sowjetischer Prägung und hält seine Bewegung stramm auf Moskau-Linie. Die ehemalige britische Kolonie schwenkte Anfang der sechziger Jahre unter seiner Führung in das östliche Lager.

Deshalb manipulierten die Geheimdienste der USA und Großbritanniens bei den Wahlen 1964 Forbes Burnham an die Macht. Damals vermutete jedoch niemand, daß Burnham die Nation ebenfalls in linke Bahnen lenken würde.

Die Burnham-Ära brachte allerdings eine positive Entwicklung, die allgemeine Anerkennung findet: Der einst blutige Rassenkonflikt zwischen den Indern (50 Prozent der Bevölkerung) und den Schwarzen (35 Prozent) hat sich entschärft. Obgleich die PNC-Bewegung eine vorwiegend schwarze Partei blieb und die PPP eine indische, sind die Trennungslinien nicht mehr so strikt wie zuvor. Entwicklungsminister Robert Corbin, der Wahlkampfmanager der Regierungspartei, wies alle Vorwürfe des Stimmenbetrugs zurück.

„Jagan sucht lediglich eine Entschuldigung für die Niederlage." Trotz der Beschuldigungen wird der PPP-Chef nicht auf seinen Parlamentssitz verzichten und fünf weitere Jahre die Oppositionsrolle spielen. „Es ist besser, im Parlament vertreten zu sein", erläuterte er. „Da können wir uns Gehör verschaffen." (SAD)

Streit zwischen Washington und Madrid beigelegt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Noch in der ersten Hälfte des kommenden Jahres, voraussichtlich nach der Volksbefragung über den Verbleib oder Nichtverbleib Spaniens in der NATO, werden die Vereinigten Staaten und Spanien über die Erneuerung des „Abkommens über Freundschaft, Verteidigung und Zusammenarbeit" mit dem Ziel einer Reduzierung der amerikanischen Präsenz in Spanien verhandeln. Zu diesem Ergebnis kam nach mehrtägigen Gesprächen im Madrider Auswärtigen Amt eine spanisch-amerikanische Diplomatenrunde in einem gemeinsamen Kommuniqué, das die jüngsten Spannungen zwischen Madrid und Washington beilegte.

Sollte sich beim Referendum eine Mehrheit gegen den Verbleib in der NATO aussprechen, bleibt das bis 1988 gültige spanisch-amerikanische Abkommen in seiner derzeitigen Form erhalten. Diese Versicherung machte der spanische Ministerpräsident Felipe González vor Journalisten anläßlich seines Besuches in Brüssel am Dienstag. Mit seiner Bemerkung „Es sei immer besser, sich auf dem Verhandlungswege zu verständigen", rückte der spanische Regierungschef von seiner beunruhigenden Äußerung der vergangenen Woche ab, in der er die Verringerung der amerikanischen Streitkräfte in Spanien forderte: „Wenn nicht auf dem Verhandlungswege, dann eben auf Grund eines Beschlusses meiner Regierung." Dabei ging González davon aus, daß eine Reduzierung der amerikanischen Präsenz der von ihm angestrebten Pro-NATO-Stimmung dienlich sein könne.

Zur Zeit unterhalten die Vereinigten Staaten in ihren vier Luft- und Seestützpunkten sowie in mehreren Lagern und Radarstationen rund 10 000 Mann Militärpersonal. Ihre Reduzierung soll nach den Übereinkommen vom Dienstag „in dem Maße vorgenommen werden, wie sie als nötig erachtet" werden. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Stützpunkte als integrierte Bestandteile in die europäischen Selbstverteidigungssysteme mit eingeschlossen sind. An ihrer geostrategischen Aufgabe wird nicht gerüttelt. Wenn also amerikanische Kräfte abgezogen werden, müssen sie durch entsprechende spanische Einheiten ersetzt werden. (SAD)

Die feindliche Haltung der Albaner treibt Serben im Kosovo zur Flucht

Nationalistischer Geheimbund setzt sich „die Zerschlagung Jugoslawiens" zum Ziel

CARL G. STRÖHM, Pristina

In Pristina, der Hauptstadt der „autonomen Provinz" Kosovo – einer Stadt, die wie eine Mischung aus einer amerikanischen Skyline und einer orientalischen Siedlung im fernen Anatolien aussieht –, herrscht seit vielen Jahren gespannte Stimmung: Auf der einen Seite die Albaner, die über 77 Prozent der Bevölkerung im Kosovo ausmachen – auf der anderen die Slawen, nach denen der Staat Jugoslawien benannt ist: Serben und Montenegriner.

Ihr Anteil an der Bevölkerung von fast 1,8 Millionen Einwohnern betrug noch bei der letzten Volkszählung 15 Prozent, dürfte aber inzwischen weiter zurückgegangen sein. Vor allem die Serben verlassen seit vielen Jahren fluchtartig das Kosovo, weil sie dem Druck und der feindlichen Haltung ihrer albanischen Nachbarn und Mitbürgern nicht mehr standhalten können.

Erst vor wenigen Tagen kam es im stets unruhigen Pristina zu einer Schießerei, als sich zwei Mitglieder einer albanischen nationalistischen Geheimorganisation gegen die Verhaftung durch jugoslawische Sicherheitskräfte wehrten. Ein Polizist wurde leicht verletzt.

Insgesamt wurden im Kosovo sowie in den benachbarten Teilrepubliken Mazedonien und Montenegro jetzt 50 Personen albanischer Nationalität als Mitglieder dieses Geheimbundes verhaftet. Die Organisation, die sich die „Zerschlagung Jugoslawiens" zum Ziel gesetzt haben soll, verfügte über Waffen, gefälschte Pässe, beträchtliche Geldmittel und Propagandamaterial.

Der Gegensatz zwischen Serben und Albanern reicht weit in die Geschichte. Die Albaner sind keine Slawen. Sie sprechen eine ganz andere Sprache und haben eine andere Mentalität als die Südslawen. Die Familien der Albaner sind kinderreich – bei den Serben herrscht die Zwei-Kinder-Familie vor. Die Albaner sind – mit Ausnahme einer kleinen katholischen Minderheit – meist Moslems. Die Serben sind orthodoxe Christen.

In der Vergangenheit, besonders auch im Zweiten Weltkrieg – als die Masse der Kosovo-Albaner der deutschen Wehrmacht mit Sympathie gegenüberstand – hat sich zwischen Serben und Albanern viel Haß angesammelt. Seit dem Sturz des jugoslawischen Geheimpolizeichef Rankovic 1966, der die albanische Bevölkerung des Kosovo sehr kurz gehalten hatte, begann sich das Blatt zu wenden.



Die Albaner besetzten in der autonomen Provinz fast sämtliche politisch wichtigen Positionen – und zwar mit Billigung Titos.

Die jugoslawische kommunistische Führung machte im Kosovo eine ähnliche Erfahrung wie etwa die Franzosen in Algerien. Das Tito-Regime züchtete auf der überdimensionierten Universität Pristina eine albanische Intelligenzschicht heran, die sich aber im entscheidenden Moment nicht etwa den Jugoslawen zu Dank verpflichtet fühlte, sondern entweder von einem Anschluß an das benachbarte Albanien oder zumindest von einer „Republik Kosovo" träumte.

Die Tatsache, daß im „eigentlichen" Albanien ein sehr hartes, stalinistisches Regime unter Enver Hodscha an der Macht war, störte die Kosovo-Albaner nicht.

1981 kam es zu albanisch-nationalistischen Unruhen, vor allem unter Jugendlichen und Studenten. Polizei und später Armee mußten eingesetzt werden, um diese Bewegung niederzuschlagen. Heute herrscht äußerlich Ruhe im Kosovo und den anderen albanisch besiedelten Teilen Jugoslawiens – aber die Ruhe scheint trügerisch zu sein.

Im Kosovo, das den niedrigsten Lebensstandard Jugoslawiens aufweist (dreimal niedriger als der jugoslawische Durchschnitt, sechsmal niedriger als in Slowenien), gibt es allein 100 000 Arbeitslose, davon die Hälfte Jugendliche unter 28 Jahren. Diese jungen Leute sehen ihr Heil in einem albanischen Nationalismus, der von einem „Groß-Albanien" träumt. In ihm soll es dann alle jene nationalen und sozialen Rechte geben, die man jetzt nicht erreichen kann.

Das Problem zwischen Serben und Kosovo-Albanern scheint unlösbar. Beide Seiten führen ethnische oder historische Argumente ins Feld. Für die Serben ist Kosovo heiliger Boden, historische Siedlungsgebiete, in denen sich einige der schönsten christlichen Klöster Serbiens befinden.

Die Albaner wiederum pochen auf das Recht der Mehrheit – auf die „Selbstbestimmung". Warum, so fragen sie, soll einer fast zu achtzig Prozent albanischen Bevölkerung verwehrt werden, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden?

So beginnen die Albaner auf die Serben Druck auszuüben. Geheimnisvolle Leute tauchen abends vor den Türen serbischer Wohnhäuser auf und fragen provokant, ob dieses Anwesen nicht zu verkaufen sei. Serbischen Bauern werden nachts die Kühe auf der Weide abgestochen oder die Obstbäume abgesägt. Auf Hauswänden liest man die Inschrift: „Nieder mit Serbien", „Serben verschwindet nach Serbien" und – „Kosovo-Republik!–".

In 608 von 1445 Dörfern des Kosovo gibt es heute bereits keine Serben mehr: Sie haben alle die Flucht ergriffen, zumal es immer wieder zur Vergewaltigung serbischer Mädchen, zu Brandstiftungen und Prügeleien kommt. So ist mitten im Frieden in Jugoslawien ein massives Vertriebenen-Problem entstanden: 200 000 Serben haben in den letzten zwei Jahrzehnten das Kosovo verlassen müssen.

König Hussein jagt die Moslembrüder

PETER M. RANKE, Kairo

In Jordanien hat eine Jagd auf die islamisch-extremistischen Moslembrüder begonnen, die in der Vergangenheit sogar Terroristen für den Einsatz in Syrien ausbildeten. Über 200 „Ichwan" (Brüder) sind in den letzten Tagen festgenommen worden. Die Moscheen werden ebenso wie Freitagsgebete streng überwacht. Regierungschef Zaid El-Rifai hat ein Gesetz angekündigt, nach dem die Freitagspredigten von der Regierung kontrolliert werden dürfen. Damit macht König Hussein seine Drohung wahr, die er am 10. November in einem Brief an den Ministerpräsidenten ausgesprochen hatte: Religion dürfe nicht politisch ausgenutzt werden, und von Jordanien dürfe keine Bedrohung Syriens durch die Moslembrüder ausgehen.

Von den Aktivitäten der Moslembrüder gegen das syrische Baath-Regime hat der König nach eigenen Angaben nichts gewußt. Die Moslembrüder in Jordanien werden von dem Anwalt Mohammed Khalifa in Amman geführt und verfügen über gute Beziehungen nach Saudi-Arabien, Sudan und Ägypten. In Flugblättern verdammten sie seit Mai die diplomatischen Bemühungen des Königs, mit den USA eine Nahostlösung zu finden, die auch Israel Frieden bringt. „Die Palästina-Frage ist eine islamische Angelegenheit", hieß es. Wie in Ägypten ist der islamische Fundamentalismus auch in Jordanien stärker geworden. Die Moscheen sind am Freitag überfüllt, immer mehr Frauen und Mädchen kleiden sich streng islamisch. Seit 1980 ist die Zahl der Moscheen von 800 auf rund 1300 gewachsen. Mit der Überwachung und Ausschaltung der Moslem-Bruderschaft aus dem politischen Leben Jordaniens erfüllt König Hussein eine Vorbedingung des Syrers Assad, der die Moslembrüder in seinem Lande mit dem Tode bedroht.

Noch im Dezember will König Hussein zum Treffen mit Präsident Assad nach Damaskus fahren, es wäre die erste Zusammenkunft seit sieben Jahren. Hussein hat sich offenbar auch von Arafat abgewendet, der in Damaskus Persona non grata ist und dessen Schaukelpolitik für die Syrer ein rotes Tuch ist. In Jordanien wird schon offen die Absetzung Arafats als PLO-Chef gefordert. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Anerkennung

„Bischof Schönherr mahnt: Mit dem Wort Deutschland behutsam umgehen"; WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Psychoanalytikerin Mitscherlich-Nielsen behauptet, daß die Deutschen, statt ihre Vergangenheit zu verarbeiten, sich der „Beschäftigungstherapie Wiederaufbau" hingegeben hätten. Abgesehen davon, daß kein Rezept dafür existiert, wie man seine Vergangenheit „aufarbeiten" kann, ohne immer wieder von vorn beginnen zu müssen, haben die Deutschen nach dem Zusammenbruch angesichts der zerbombten Städte, der ruinierten Wirtschaft und der Flüchtlingsströme in ihrer Not ihre Gegenwart bewältigt. Sie verdienen dafür Anerkennung, nicht schiefmäulige Kritik. Man sollte auch mit den Deutschen selbst behutsamer umgehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Albert Riester,
Stuttgart 1

Wurfsendungen

„Direktwerbung"; WELT vom 3. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Artikel geht der Verfasser davon aus, daß Direktwerbung ausschließlich Werbung sei, die vom Briefträger ins Haus gebracht wird. Dies ist unrichtig.

Tatsache ist, daß allein die im BDWV zusammengeschlossenen 16 der bedeutendsten Verteilunternehmen in diesem Jahr über eine Milliarde Hauswurfsendungen direkt zugestellt haben. Beim ADV-Verband (jetzt DDV) sind über 20 Prozent der Mitglieder der Fachgruppe Haushaltswerbung angehörig.

Dieses in der Öffentlichkeit verkannteste Medium wird von Insidern immer mehr als preiswerte Alternative eingesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
Horst Friedewald,
Hamburg 60

Tierquälerei?

„Ausländer finden freundliches Klima"; WELT vom 7. Dezember

Ihr bei weitem ungünstigstes Abschneiden bei der „Einstiegsfrage zu gesellschaftlicher Toleranz" haben die Türken sich selbst zuzuschreiben. Es erklärt sich vor allem aus dem Festhalten an gewissen Sitten und Gebräuchen, an denen die deutsche Bevölkerung Anstoß nimmt.

Ein typisches Beispiel hierfür ist das angeblich religiös bedingte betäubungslose Schächten von jährlich mehreren hunderttausend Schlachttieren, vornehmlich Schafen. Daran wird festgehalten, obschon kenntnisreiche Angehörige der islamischen Religionsgemeinschaft wiederholt versichert haben, daß es den Lehren des Islams nicht widerspricht, wenn die Tiere vor dem Schächten betäubt werden.

In seinem Urteil vom 5. Oktober 1983 stellt das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen fest, „daß das betäubungslose Schächten von Tieren von der einheimischen deutschen Bevölkerung ganz überwiegend als tierquälerisch, inhuman und verabscheuungswürdig · strengstens abgelehnt wird."

Aus diesem Grunde wäre es klug von den Türken, wenn sie sich darauf besännen, daß auch sie von deutschen Gästen in der Türkei Rücksichtnahme auf ihre eigenen ethischen und moralischen Wertvorstellungen verlangen. Umgekehrt müssen sich auch die Türken ihren deutschen Gastgebern anpassen. Sie sollten damit beginnen, wo diese auf Grund ihrer Tierliebe ganz besonders empfindlich sind.

Lars K. Skriver,
Hamburg 61

Wort des Tages

„Wir kommen aus der Traurigkeit nicht heraus, wenn wir uns ständig den Puls fühlen."

Martin Luther (1483–1546)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, **Herbert Wehner**, ist gestern in Düsseldorf mit der höchsten Auszeichnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), dem Hans-Böckler-Preis, geehrt worden. Mit dem Preis, dotiert mit 20 000 Mark, wurde das Lebenswerk Wehners gewürdigt. Der Hans-Böckler-Preis ist nach dem ersten Vorsitzenden des DGB nach dem Zweiten Weltkrieg benannt.

*

An der Freien Universität Berlin erhielten sechs Wissenschaftler die zum erstenmal verliehenen Ernst-Reuter-Preise für hervorragende Dissertationen. Jeder Preisträger erhielt 10 000 Mark. FU-Präsident Dieter **Heckelmann** überreichte die Preise an: **Jutta Fries** (Altertumswissenschaften), **Christiane von Stutterheim** (Germanistik), **Clemens Laubschat** (Physik), **Werner Metssner** (Politische Wissenschaften), **Werner Luck** (Universitätsklinikum Westend) sowie **Tomas Pieler** (Chemie).

*

Im Fotowettbewerb für junge europäische Fotografen hat **Dörte Eißfeldt** (Hamburg) in Frankfurt den mit 10 000 Mark dotierten ersten Preis gewonnen. An dem Wettbewerb zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses hatten sich 714 Fotografen aus 22 Ländern mit insgesamt 3750 Fotoarbeiten beteiligt.

AUSWÄRTIGES AMT

Hans Hermann Haferkamp, zuletzt zweiter Mann an der deutschen Botschaft in Kopenhagen, geht als Botschafter nach Reykjavik. Haferkampf, Jahrgang 1926, stammt aus Duisburg. Der Philologe trat 1952 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war an der Botschaft in Brüssel und La Paz, am Konsulat in Lille und von 1967 bis 1970 Kulturreferent an der deutschen Botschaft in Paris. 1970 wurde er Botschafter in Port of Spain. 1974 ging er als Botschafter nach Togo. 1976 kam Hans Hermann Haferkamp nach Bonn zurück und arbeitete bis 1983 als Referatsleiter in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Sein Vorgänger in Island, Botschafter **Dr. Jörg Krier**, ging in den Ruhestand.

KIRCHE

Neuer Leiter der Dienststelle für die Vertriebenen und Spätaussiedlerarbeit in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers wird Pastor **Dr. Hans-Henning Ness** (48) aus Friedland. Ness wird seine Arbeit als Bundesvorsitzender des evangelischen Jugenddienstes für Ost-West-Begegnung fortführen und an der Christusgemeinde in Göttingen mitarbeiten. Sein Vorgänger, Pastor **Ernst-August Marburg**, hat die Dienststelle seit 1972 neben seinem Amt als Stadtmissionspastor in Hannover geleitet.

Der Naturschutz begibt sich auf neue Wege

Feuchtwiesengebiete in Deutschland sollen jetzt in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft gerettet werden

Von ALBERT SCHMIDT

Der durch eine verfehlte Agrarpolitik ausgelöste Zwang zur intensiven Bewirtschaftung von Äckern und Wiesen verändert die bäuerliche Kulturlandschaft immer mehr. Ausgeräumte und entwässerte Agrarlandschaften belegen das in vielen Teilen der Bundesrepublik. Die in jüngster Zeit von der EG beschlossene Milchkontingentierung verschlimmert die Situation noch, weil die notwendige Verkleinerung der Milchkuhbestände vielerorts zur Umwandlung von Grünland in Acker führt.

Das schmerzt den arg bedrängten Naturschutz sehr, denn die Feuchtwiesen haben eine besondere Bedeutung für den Artenschutz. Zu den hier anzutreffenden Wiesen- und Weidevögeln gehören Arten wie Uferschnepfe, Bekassine, Großer Brachvogel, Braunkehlchen oder Sumpfohreule. Von den 48 Vogelarten, die intakte Feuchtgebiete als Lebensraum benötigen, sind zehn vom Aussterben bedroht.

Der Rückgang der Feuchtgebiete gefährdet aber auch die vielen Watt- und Wasservögel, die bei ihrem Vogelzug von Nord- bzw. Nordosteuropa nach Süden Wiesen und Weiden als Rast- und Nahrungsplätze benötigen. Das bekannteste Beispiel ist der Niederrhein, der eine wichtige Funktion einnimmt als Rastplatz für überwinternde Wildgänse, die zum Teil aus Sibirien kommen. Hier haben sich in den letzten Jahren bis zu 100 000 Wildgänse in den Monaten Dezember bis Februar aufgehalten. Der mehr als 5000 ha große Rastplatz am Niederrhein gehört zu den drei nordrhein-westfälischen Feuchtgebieten, die nach der „Ramsar-Konvention" den Status eines Feuchtgebietes von internationaler Bedeutung bekommen haben.

Um für den Naturschutz großen Schaden zu verhindern, ist schnelles Handeln erforderlich. In Bayern trat bereits im September 1982 eine Gesetzesnovelle in Kraft, nach der sämt[illegible] in Feuchtgebiete der ([illegible] kaum zu erlangenden) Ge[illegible] der Unteren Naturschutzbehörde bedürfen. Damit wurden rund 80 000 ha bayerische Feuchtgebiete unter „Bestandsschutz" gestellt. Entschädigungszahlungen sind nicht vorgesehen. Ein „Erschwernisausgleich" soll nur dann gewährt werden, wenn der Landwirt nachweisen kann, daß ihm mit Rücksicht auf den Bestandsschutz eine erschwerte Nutzung zugemutet wird. In Nordrhein-Westfalen hat jetzt Umweltminister Matthiesen ein Programm aufgestellt, das ebenfalls die Feuchtwiesen vor der Umwandlung in Ackerland bewahren und gleichzeitig die bäuerlichen Existenzen sichern soll. Mehr als 15 000 ha, die sich auf etwa 130 Einzelgebiete erstrecken, hat die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) mit dem Ziel zusammengestellt, sie gemeinsam mit den betroffenen Grundeigentümern in Naturschutzgebiete zu überführen.

Die Dimension des Feuchtwiesenprogramms sprengt alle bisherigen Maßstäbe. In Nordrhein-Westfalen konnte der Naturschutz in den letzten 50 Jahren knapp 34 000 ha oder 1 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stellen. Das Feuchtwiesenschutzprogramm soll nun eine Fläche umfassen, die knapp halb so groß ist wie diese bisher eingerichteten Naturschutzgebiete. Es liegt auf der Hand, daß sich dieses Mammut-Unternehmen nicht mit dem bisherigen Instrumentarium der Naturschutzverwaltungen realisieren läßt. Bisher war es üblich, schutzwürdige Gebiete quasi „von heute auf morgen" für vier Jahre „einstweilig sicherzustellen", um zu verhindern, daß durch eine Nutzungsänderung wichtige Biotope zerstört werden. Mit einem solchen Verfahrensschritt haben sich die Naturschutzbehörden den nötigen Zeitraum verschafft, um endgültige Naturschutzverordnungen in Ruhe vorbereiten zu können. Damit soll es jetzt vorbei sein. Der neue Weg im Naturschutz sieht vor, daß die für die Umsetzung des Vorhabens notwendigen Schritte gemeinsam zwischen Naturschutz und Landwirtschaft abgesprochen werden.

Inzwischen ist das Programm voll angelaufen. Die angestrebte einvernehmliche Realisierung des Feuchtwiesenprogramms zwischen Naturschutz und Landwirtschaft wird allerdings dadurch erschwert, daß das Programm nicht nur für feuchtes Grünland gilt. Das „absolute Grünland", das sich für eine Umwandlung in Acker nicht eignet, macht am Feuchtwiesenprogramm nur einen Anteil von weniger als 50 Prozent aus. Viele der darüber hinaus erfaßten Wiesen und Weiden sind bereits vor Jahren im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren entwässert worden und haben dadurch an ökologischer Qualität verloren.

Es gehört deswegen zu den wichtigen Aufgaben des Naturschutzes, den betroffenen Landwirten und ihren Berufsverbänden klarzumachen, daß es bei dem Feuchtwiesenprogramm sowohl um die Erhaltung der letzten Reste der noch feuchten Wiesen und Weiden geht als auch um Bemühungen, bereits trockengefallene Grünlandflächen durch entsprechende Maßnahmen wieder feuchter zu machen. Schließlich beabsichtigt das Land, Ackerflächen, die früher einmal feuchte Wiesen waren, anzukaufen und im Rahmen von Renaturierungsmaßnahmen wieder in feuchtes Grünland rückzuverwandeln.

> „Der neue Weg im Naturschutz sieht vor, daß alle Schritte im Feuchtwiesenprogramm zwischen Naturschutz und Landwirtschaft abgesprochen werden"

Die unterschiedliche ökologische Wertigkeit der Wiesen und Weiden ließ es sinnvoll erscheinen, zur Erleichterung der für die künftige Bewirtschaftung festzulegenden einschränkenden Maßnahmen eine Unterteilung in „Kernzonen" und „Randzonen" vorzunehmen. Bei den „Kernzonen" handelt es sich in der Regel um absolutes oder um ökologisch besonders wertvolles Grünland mit hoher Bedeutung für Wiesen- und Weidevögel. In den Randzonen dagegen finden sich solche Flächen wieder, deren Umwandlung in Grünland durch Einsaat oder deren Wiedervernässung angestrebt werden soll.

Um den Naturschutz nicht „vom grünen Tisch aus" zu entscheiden, sollen alle Maßnahmen in Zusammenarbeit von Vertretern der Landwirtschaft und der Naturschutzbehörden erarbeitet werden. Alle notwendigen Auflagen sollen differenziert ausgearbeitet und mit den Betroffenen abgesprochen werden. Grundlage ist jeweils ein Gutachten der LÖLF. Es soll nicht nur eine Entschädigung gezahlt werden, sondern man will den Landwirten auch die Möglichkeit geben, sich quasi als „Nebenerwerb" an der Pflege und dem Schutz der Gebiete zu beteiligen.

Ganz entscheidend für die Realisierung des Feuchtwiesenschutzprogrammes ist jedoch das von der Landesregierung beschlossene Sofortprogramm. Es ermöglicht, den vom Feuchtwiesenprogramm betroffenen Landwirten eine Überbrückungshilfe für zwei Jahre zu gewähren. Jeder Landwirt, der mit mehr als 1 ha Betriebsfläche in das Feuchtwiesenprogramm fällt, erhält für 1985 und 1986 als eine einmalige Übergangshilfe pro Jahr und Hektar 500 DM. Er muß sich allerdings verpflichten, Grünland nicht umzubrechen und Entwässerungsmaßnahmen zu unterlassen. Auch hat er auf die Durchführung von Maßnahmen zur Veränderung des Landschaftsbildes zu verzichten und sich bereit zu erklären, Biotope und ihre Umgebung für den Arten- und Biotopschutz ebenso wie die vorgefundenen Weidevogelgelege zu erhalten.

Die Landwirte haben von diesem Angebot der Landesregierung unterschiedlich Gebrauch gemacht. Am Niederrhein haben die von der Ausweisung eines Gänserastplatzes betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe zu 90 Prozent die Überbrükkungshilfe beantragt. In den in noch stärkerem Maße vom Grünland abhängigen Kreisen Steinfurt und Borken dagegen ist das Interesse der vom Feuchtwiesenschutzprogramm betroffenen Landwirte, Anträge zu stellen, niedriger. Hier schwankt die Antragsquote zwischen 78 Prozent im Kreis Steinfurt und etwa 50 Prozent im Kreis Borken. Die der Überbrükkungshilfe ablehnend gegenüberstehenden Landwirte begründen dies mit dem Hinweis, sie wollten sich nicht durch staatliche Subventionen die Handlungsfreiheit für ihre Feuchtwiesen abkaufen lassen. Auch sind sie skeptisch, was nach den zwei Jahren wird, für die sie eine Übergangshilfe erhalten.

Alle Beteiligten stehen unter dem Zwang, die vereinbarte zweijährige Frist für die Erarbeitung von Naturschutzverordnungen zu nutzen. Um eine Übersicht über den Grad der Betroffenheit der landwirtschaftlichen Betriebe und die vom Naturschutz aufzubringenden Kosten zu erhalten, wird das etwa 700 ha große, bisher einstweilig als Naturschutzgebiet sichergestellte Gebiet der Heubachwiesen im Kreis Coesfeld von der LÖLF und von der Landwirtschaftskammer in Münster als Pilotprojekt intensiv untersucht.

Ein Plan für den Erfolg

Die LÖLF hat auf der Grundlage von Untersuchungen über Wasserhaushalt, Bodenstruktur usw. einen „Biotopmanagementplan" aufgestellt, der die schutzwürdigen Flächen aufzeigt, die Wertigkeit der einzelnen Biotope deutlich macht und zu erkennen gibt, wo Renaturierungsmaßnahmen Erfolg haben. Auf der Grundlage dieser Erhebungen hat die LÖLF Maßnahmen, wie etwa das Hinausschieben der Mahd oder des Viehauftriebs, ein Verbot des Herbizideinsatzes oder eine Einschränkung der Düngung vorgeschlagen. Aufgrund dieses Maßnahmenkatalogs ermittelt die Landwirtschaftskammer für jeden Betrieb die sich ergebenden betriebswirtschaftlichen Auswirkungen.

Schon jetzt wird deutlich, daß der neue Weg des Naturschutzes, wenn er Erfolg haben soll, von folgenden Voraussetzungen ausgehen muß:

1. Gewinn des Vertrauens der betroffenen Landwirte, um zu freiwilligen Vereinbarungen über den Verzicht intensiver Bewirtschaftungsformen zu kommen. Der Staat rückt mit seinen Gesetzen und Verordnungen in das zweite Glied.

2. Einsatz des Instrumentes der Bodenordnung, um durch Flächentausch eine an die Existenz des bäuerlichen Betriebes gehende betriebswirtschaftliche Betroffenheit ausgleichen zu können.

3. Deutliche Erhöhung der Naturschutzmittel im Haushalt des zuständigen Umweltministers, denn einen Naturschutz zum Nulltarif läßt dieser Weg nicht mehr zu.

Der Autor ist Präsident der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF).



Ein Paradies für Vögel, die auf Feuchtgebiete angewiesen sind: Der Niederrhein bei Xanten FOTO: L. KÜRTEN

Die Bürokratie wuchert. Entscheidungen werden immer höher angesiedelt.



Paraolen am Haus der Elektrizitätsverwaltung in Basra: „Tod dem habgierigen, aggressiven und neidischen Khameini-Regime!" „Qadissiya-Saddam ist der Beginn des neuen arabischen Aufschwungs." „Ein Volk, das Saddam Hussein führt, kann nicht in die Flucht geschlagen werden." „Saddam Hussein ist ein mächtiger Führer eines mächtigen Volkes." FOTO: DA

Aufklärung mit der Panzerfaust

Von DETLEV AHLERS

Fast überall gegenwärtig sind Bildnisse des Präsidenten Saddam Hussein. Kaum eine Kreuzung ohne ein Monumentalgemälde oder Foto: Saddam mit Tochter, winkend, in Uniform, strahlend, freundlich, streng, mit den Ruinen von Babylon im Hintergrund oder den Sümpfen des Südens. Im Vorzimmer des Gouverneurs von Basra hängen und stehen ein Dutzend Portraits, in anderen Amtsstuben kaum weniger.

Im Fernsehen werden ihm nach den Nachrichten Lobeshymnen gesungen, wobei das Publikum stets in „spontanen" Beifall ausbricht, wenn sein Name genannt wird. An Staatsfeiertagen, wie im November am dritten Jahrestag einer Volksbefragung, die Saddam Hussein als Präsident bestätigte, sind unüberschaubare Massen auf den Straßen, die ihn hochleben lassen. Für eine Kalligraphie-Ausstellung wird damit geworben, daß der Künstler „Zitate aus dem Koran und unseres Führers" dargestellt hat. Ein Beamter nennt ihn, sobald er glaubt, daß ein Umstehender zuhört, „Führer Kamerad".

Selbstbescheidenheit liegt ihm nicht. So heißt der Krieg offiziell vom ersten Tag an „Qadissiya Saddam", in Erinnerung an die Schlacht bei Qadissiya im Jahre 636, in der die damals noch ungläubigen Perser von den mohammedanischen Arabern besiegt wurden. In dieser Tradition steht auch, daß Irak seine Gefallenen und die zivilen Opfer des Krieges Märtyrer nennt, die nach ihrem Tode in den Himmel kommen, aber auch posthum Mitglieder der Baath-Partei werden, sollten sie es noch nicht gewesen sein.

Eine politische Alternative zu Saddam Hussein ist nicht erkennbar, meinen Diplomaten. Einige Geschäftsleute, die während des Krieges uneingeschränktes Vertrauen in die Stabilität ihres Gastlandes haben, sagen, daß sein plötzlicher Tod sie zur sofortigen Ausreise veranlassen würde. Ab und zu werden Attentatsversuche auf den Präsidenten von Radio Teheran gemeldet, zuletzt am 28. Oktober aus Ba'qubah.

Obwohl in offizieller Darstellung das Volk geschlossen hinter dem Herrscher steht, stützt er sich auf einen von der „DDR" organisierten wirkungsvollen Sicherheitsapparat, der den Kontakt der Ausländer zu der traditionell gastfreundlichen Bevölkerung erschwert. Wenn nach einem kurzen, zufälligen Gespräch mit Fremden der Blockwart erscheint und Einzelheiten wissen will, sind viele noch nicht einmal zu einem Plausch bereit.

Die Regierung will das Land mit harter Hand modernisieren, wobei ein Beamter die Richtung so charakterisiert: „Wir sind ein sozialistischer Staat, kein islamischer." Der Glauben ist frei, aber sein Einfluß wird zurückgedrängt. Ein Diplomat spricht von einer „Aufklärung mit der Panzerfaust". Der ganze Staat strahlt Disziplin aus; Irak wird „das arabische Preußen" genannt, wobei sich – wenn schon ein deutscher Vergleich sein soll – eher die „DDR" aufdrängt. Das Fernsehen ist zum Beispiel Teil des Informationsministeriums.

WELT SERIE
Irak im sechsten Kriegsjahr

Die deutschen Kaufleute bedauern vor allem die Zunahme der Bürokratie während des Krieges. Eine Geldbewilligung brauche in jedem Monat mehr und andere Unterschriften, und die letzte Entscheidung werde immer höher angesiedelt. Sie haben dafür in einem Staat, der einen Krieg finanzieren muß, Verständnis, befürchten aber, die Eigengesetzlichkeit der Bürokratie werde verhindern, daß diese Entwicklung im Frieden zurückgedreht wird.

Die Verwaltung ist effizient, wenn eine Anordnung des Präsidenten dahintersteht. So sagte Saddam Hussein im Sommer, die Region Basra habe viel gelitten und bedürfe einer besonderen Förderung. Seit drei Monaten ist ein neuer Gouverneur da, und er weist den Besucher auf den Fernsehschirm, der das Treiben in der Halle überträgt: „Schauen Sie auf diese Menschen. Sie alle sind hier, weil sie Aufträge für den Aufbau haben wollen."

Geschäftsleute, die Basra gut kennen, reiben sich die Augen, so hat sich die Stadt in den Wochen nach dem Präsidenten-Wort gewandelt. Der Schutt ist weggeräumt, Abfall wird beseitigt, alte Viertel werden planiert und Straßen gezogen.

Immens ist auch in Bagdad die Bautätigkeit. Von elf Brücken der Hauptstadt sind fünf in den letzten fünf Jahren gebaut worden, großzügige Stadtautobahnen wurden in dieser Zeit fertiggestellt. Wohin man blickt: neue Hochhäuser und Wohnkomplexe, die in der Architektur allerdings ein wenig einfallslos sind.

Ausländische Geschäftleute bemerkten während des Krieges eine Veränderung ihrer staatlichen Vertragspartner. Die Kriegsausgaben haben die Iraker das Rechnen und die genaue Auslegung von Verträgen gelehrt.

Dabei gibt es Extremfälle: Eine Firma klagt, sie habe vor sechs Jahren die Lieferung von fünf Anlagen vereinbart. Vier seien seit Jahren im Betrieb, für die fünfte nenne Irak den Standort nicht, und weil sie noch nicht geliefert sei, zahle er alle noch nicht. Aber es wird erwähnt, daß Irak auch viele schlechte Erfahrungen mit westeuropäischen Firmen gemacht habe, die schnelles Geld verdienen wollten und sein Vertrauen enttäuscht hätten.

Wo ist Irak am schönsten? Von Babylon aus, das eher eine Enttäuschung ist und wo die Ruinen eine junge Schicht aus Kronkorken und Getränkebüchsen bedeckt, von dort aus zu den Palmenhainen am Euphrat gehen, meint ein Gastarbeiter. Auf den 25 Kilometern von Nasirijah nach Suq ash Shuyukh stehen die herrlichsten Palmenhaine, sagt ein deutscher Ingenieur.

Samarra, fällt einer Diplomatin sofort ein. Von der Spitze des Spiral-Minaretts aus sieht man die Goldkuppel der Moschee in der Sonne glänzen. Am eindrucksvollsten ist der kurdische Norden, meint ein Kollege. Erstaunlich ist die Antwort einer Libanesin, die für eine deutsche Firma arbeitet: Am schönsten in Irak seien die Kinder. Sie könnten sich über Kleinigkeiten freuen und haben Respekt vor Erwachsenen.

Eine halbe Stunde entfernt von der Straße nach Mosul liegt Hatra, die Ruine einer einst mächtigen Stadt. Am Rande des Weges dorthin weiden Schafe in der kargen Ebene, es ist staubig. Der durch den Krieg fast beschäftigungslose Wächter erlaubt es, auf die Ruine zu steigen. Von oben ist der Blick frei auf die Weite der Landschaft, und unten flößt der Thronsaal noch im Verfall Respekt ein – bis das Knattern eines Hubschraubers den Betrachter in die Gegenwart zurückbringt.

ENDE

HANDBALL

Fünf Tore in nur vier Minuten: Dagmar Stelberg

sid/dpa, Hannover

Nur einer einzigen Spielerin ist es zu verdanken, daß die Frauen-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland bei der B-Weltmeisterschaft im eigenen Lande weiter darauf hoffen kann, zu den acht Teams zu gehören, die in die A-Gruppe aufsteigen. Dagmar Stelberg, 27 Jahre alt und mit 144 Länderspielen und 494 Toren erfolgreichste deutsche Handballspielerin aller Zeiten, riß das verloren geglaubte Spiel gegen Dänemark noch aus dem Feuer (Endstand 19:13).

Sieben Minuten vor Spielende, beim Stand von 11:12, übernahm Dagmar Stelberg vom VfL Engelskirchen entschlossen die alleinige Verantwortung im schwachen, nervösen und hektischen Spiel der deutschen Mannschaft. Innerhalb von vier Minuten erzielte sie fünf Treffer hintereinander. Ihr Kommentar: „Irgend etwas mußte schließlich passieren."

Ein Beispiel für die Nervosität, die das gesamte Umfeld des Teams erfaßt hatte: In der dritten Minute wurde Außenstürmerin Claudia Sturm des Feldes verwiesen. Sie war den Schiedsrichtern auf dem offiziellen, von Bundestrainer Ekke Hoffmann unterzeichneten Spielbogen mit der Rückennummer 15 gemeldet worden, trug aber die Nummer 17. Claudia Sturm hätte auch dann zusehen müssen, wenn der Irrtum rechtzeitig bemerkt worden wäre. Hoffmann: „Wir hatten gar kein Trikot mit der Nummer 15 dabei."

SCHALKE 04 / Sechs Tore in einer Halbzeit

Schatzschneider ging, der große Schwung kam

BERND WEBER, Gelsenkirchen

„Das einzig wirklich Bemerkenswerte bei diesem Spiel ist doch", so spottete Dortmunds früherer Obmann Jockel Bracht bei Halbzeit, „daß das Flutlicht funktioniert." Keiner widersprach ihm, denn was die Schalker und die Borussen bei ihrem 87. Bundesliga-Revierderby in den ersten 45 Minuten boten, ist mit dem Begriff „Zumutung" noch unzureichend beschrieben. Die 27 000 Zuschauer, denen Topzuschläge der höchsten Kategorie abverlangt worden waren, pfiffen und buhten die Akteure zu Recht aus.

Was dann aber im zweiten Durchgang passierte, wird sicherlich noch lange für Gesprächsstoff sorgen: Schalke stürmte wie entfesselt, die Dortmunder Abwehr brach unter dem Druck des Angriffswirbels völlig ein – am Ende hieß es 6:1 für die Schalker. Und die, so schien es, konnten das Ergebnis ebensowenig fassen wie ihre gedemütigten Gegner. Sechs Tore in einer Halbzeit, das hatten die Schalker bis dahin in ihrer gesamten Bundesligazeit noch nicht geschafft. Daß der Triumph gegen eine Mannschaft gelang, die ihre letzten vier Spiele gewann, die zuvor in 378 Minuten nur einen Gegentreffer kassiert hatte, rechtfertigte es plötzlich, von einem „Wunder" zu sprechen.

Doch dieses Wunder hat Gründe. Es kann nämlich nicht nur Zufall gewesen sein, daß Schalke erst in Schwung kam, als Trainer Diethelm Ferner den schwerfälligen Mittelstürmer Dieter Schatzschneider vom Platz geholt und durch Ralf Regenbogen ersetzt hatte. Ferner begründete den Austausch später diplomatisch: Schatzschneider sei unglücklich vom Ball getroffen worden, er habe starke Schmerzen und eine ganz dicke Nase. Mag sein, aber eines ist sicher: Seine Torgefährlichkeit hat der 1,2-Millionen-Einkauf längst verloren. Heute ist er nur noch Hemmschuh.

Auf Dortmunder Seite werkelten besonders zwei Spieler am Untergang mit, die normalerweise zu den zuverlässigsten gehören: Torhüter Eike Immel, der sich bei vier Treffern geradezu anfängerhaft anstellte. Und im Mittelfeld versagte der ehemalige Schalker Ulli Bittcher total. In der ersten Halbzeit stellte er Nationalspieler Olaf Thon konsequent kalt. Dann aber schaute er nur noch aus respektvoller Entfernung zu, wie sich der kleine Schalker immer mehr zum großen Dirigenten aufschwang.

Dortmunds Trainer Pal Csernai hat seiner Mannschaft nun wieder die harte Welle angekündigt. Er sollte sich darüber hinaus dazu durchringen, den zuletzt so vielgeschmähten Horst Hrubesch wieder aufzustellen. Gegen Schalke hatte Csernai dem Mittelstürmer die Entscheidung selbst überlassen, ob er spielen wolle oder nicht. Hrubesch verzichtete, weil er sich nach einer Erkältung schwach fühlte. Als verbissener Arbeiter und als Bollwerk in der Abwehr hätte er so manches Unglück doch noch verhindern können.

SPORT-NACHRICHTEN

Figini Favoritin

Val d'Isère (dpa) – Die Schweizerin Michela Figini ist die große Favoritin für die beiden Abfahrten des alpinen Ski-Weltcups, die heute und morgen in Val d'Isère stattfinden. Beim Abschlußtraining erzielte sie die beste Zeit (1:26,73). Schnellste deutsche Läuferin war Michaela Gerg auf Platz 13 (1:27,94).

Kein Strafantrag

Braunschweig (sid) – Manfred Tripbacher vom Fußball-Zweitliga-Klub Eintracht Braunschweig hat einen Strafantrag gegen den Osnabrücker Trainer Rolf Grünther zurückgezogen. Grünther hatte den Spieler nach der Begegnung der beiden Klubs mit der Faust zu Boden geschlagen, sich aber gestern entschuldigt.

Sperre aufgehoben?

London (dpa) – Der englische Fußball-Verband wird am 9. Januar bei der Sitzung des europäischen Verbandes (UEFA) die Aufhebung der Sperre für seine Klubs beantragen. Die Aussperrung der englischen Klubs aus den Europapokalwettbewerben wurde nach den Krawallen beim letzten Finale der Landesmeister in Brüssel (Liverpool gegen Juventus Turin) auf unbestimmte Zeit verhängt.

Zweimal Gold

Fort Bragg (sid) – Die deutschen Meister Reiner Gies und Wolfgang Kamm gewannen bei den Militär-Weltmeisterschaften der Boxer in Fort Bragg (US-Bundesstaat North Carolina) die Goldmedaille. Leichtgewichtler Gies bezwang den Franzosen Eric Tormos im Finale ebenso nach Punkten wie Fliegengewichtler Kamm den Pakistani Mohammed Latif.

Nicht gegen Dänemark

Mexico City (dpa) – Die letzten Testländerspiele vor der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko wird die deutsche Nationalmannschaft voraussichtlich gegen Jugoslawien (12. Mai in Bochum) und Holland (15. Mai in Dortmund) bestreiten. Auf eine Begegnung mit Dänemark, so DFB-Präsident Hermann Neuberger in Mexico City, wurde verzichtet, da ein Spiel gegen den ebenfalls für Mexiko qualifizierten Nachbarn leicht zu einem Prestige-Kampf ausarten könne.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiel: Schalke 04 – Dortmund 6:1 (0:0). – Zweite Liga: Union Solingen – SC Freiburg 3:2 (2:0). – Turnier in Mexiko: Mexiko – Südkorea 2:1. – Länderspiel: Türkei – Polen 1:1. – Englischer Liga-Pokal, Wiederholungsspiele: Everton – Chelsea 1:2, Portsmouth – Tottenham 1:0.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft der Frauen, Gruppe A: „DDR" – Norwegen 19:14, Bundesrepublik Deutschland – Dänemark 19:13. – Gruppe B: USA – Schweden 18:23, Polen – Frankreich 22:16. – Gruppe C: Rumänien – Schweiz 18:17. – Gruppe D: Ungarn – Island 38:15, Österreich – CSSR 21:24.

TENNIS

Meisterschaften von Neu-Südwales, 2. Runde: Kriek (USA) – Drewett (Australien) 6:3, 6:4, Gimmalva (USA) – McNamara (Australien) 6:2, 7:5.

DRESSUR / Tochter in der Hufspur der Mutter

Alter Name, neuer Klang: Ann-Kathrin Linsenhoff

KLAUS BLUME, Bonn

„Wahnsinnig stolz" habe sie das jetzt Erreichte gemacht, sagt Ann-Kathrin Linsenhoff. Immerhin: Platz eins in der Europaliga des Dressur-Weltcups, nach 13 von 14 Qualifikationen – „und das ganz überlegen" –, so etwas fällt ins Gewicht. So mancher große Name tauchte denn in diesem Jahr in den Ergebnislisten hinter ihr auf: Gabriela Grillo, Christine Stückelberger und in Aachen sogar Reiner Klimke.

Freilich, der Name Linsenhoff gehört schließlich zur Dressurreiterei, ist schon fast ein Synonym dafür. Lieselott Linsenhoff, die Olympiasiegerin von 1972 im Einzel und 1968 in der Mannschaft aus Kronberg im Taunus, war über Jahre hinaus so etwas wie ein unumstößlicher Eckpfeiler der deutschen Equipe. Und nun steigt die Tochter in den Sattel, gut beritten und allzeit gut beraten – was sollte da schon schiefgehen?

Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Ann-Kathrin Linsenhoff sagt: „Vallauris ist schließlich kein Pferd für eine Weltmeisterschaft, wie sie im nächsten Jahr in Aachen stattfindet. Das muß man ganz sachlich sehen." Wobei anzumerken ist, daß die 16jährige oldenburgische Stute bereits das beste Pferd im Stall Linsenhoff ist.

Und wie steht es mit der mütterlichen Beratung? „Von ihr aus gibt es keine praktischen Hilfen, schon deshalb nicht, weil sie sich nicht als Eislaufmutti sieht. Sie steht deshalb auch nicht bei den Turnieren auf dem Abreiteplatz und gibt mir letzte Tips. Sie besucht zwar Turniere, doch nicht unbedingt wegen mir." Wobei aber anzumerken ist, daß es Hilfen von Haus aus durchaus gibt. Die Tochter arbeitet immerhin mit demselben Trainer zusammen wie einst die Mutter: mit Herbert Kuckluck.

Und Mutter und Tochter sprechen freilich nach den Turnieren über das, was dort vor sich gegangen ist. Lieselott Linsenhoff verhält sich dabei so wie früher als Reiterin: „Wahnsinnig kritisch", sagt die Tochter.

So sieht denn die Tochter auch ein: „Ich arbeite sehr viel, doch Dressur, das dauert. Aber ich bin ja erst 25, und Herr Klimke ist 50." Viel arbeiten, das heißt, morgens in aller Herrgottsfrühe schon im Sattel, anschließend nach Gießen zum Studium, denn im nächsten Jahr steht das Staatsexamen in Veterinärmedizin an. Momentan arbeitet sie noch etwas mehr mit ihren Pferden als sonst, ein freies Semester ermöglicht es. Außerdem: „Bisher hat immer die Reiterei hinter dem Studium zurückstehen müssen. Jetzt ist es mal umgekehrt. Immerhin habe ich mich für das Weltcup-Finale qualifiziert."

Das ist zwar noch nicht die ganz große internationale Dressur-Reiterei, so, wie sie auf den internationalen Championaten stattfindet, doch es ist so etwas wie der zweite Weg, um ganz nach oben zu kommen. Vorbelastet ist sie schließlich. Mit drei Jahren bekam sie ihr erstes Pony, das zweite war dann schon für die eine oder andere kleine Dressurnummer geeignet, und schließlich saß sie auf den Pferden, die daheim im Stall standen. „Aber zur Dressur gedrängt hat mich niemand", sagt sie. So versuchte sie es auch mal mit der Springerei, auf einem Pony. Das blieb vor einem Hindernis wie angewurzelt stehen, so daß nur die Reiterin drüber wegflog. „Da bekam ich doch Angst und dachte eher an die Dressur."

„Mein erster großer Auftritt war dann 1975 in Hamburg bei der deutschen Meisterschaft für junge Reiter", erinnert sich Ann-Kathrin Linsenhoff. Es war alles andere als ein großer Auftritt, sie landete abgeschlagen im letzten Drittel. „Wenn man Schulze oder Müller heißt, ist das alles nicht so schlimm", sagt sie, „aber mit dem Namen Linsenhoff war das richtiggehend peinlich."

Was am Anfang belastet habe – der große Name –, habe ihr später nicht allzusehr weitergeholfen. Heutzutage würde sie aber wenigstens nicht mehr verglichen mit dem, was ihre Mutter einst erreicht hat und was für die Tochter vorerst nur ein Wunschtraum sein kann. Sie sagt: „Ich habe mir einen eigenen Namen geschaffen."

Wenn sie mit Vallauris zur Kür antritt, dann nicht nur nach Melodien von Bert Kaempfert und aus dem „Pink Panther", sondern auch nach dem River-Kwai-Marsch. „Den hat Mutter immer so gemocht", sagt sie, „danach ist sie schon 1972 in Wien geritten." Und so erfolgreich wie ihre Mutter möchte sie auch mal werden. „Ich bin doch so wahnsinnig ehrgeizig."

STAND ● PUNKT / *Die große Liebe des omnipotenten Hermann Neuberger*

Der Mann ist wichtig. In Mexiko wird er nur in Hubschraubern und gepanzerten Limousinen von Ort zu Ort gebracht. Und der Mann ist bekannt wie der einzige weiße Hirsch im ganzen Revier. Schon morgens zum Frühstück stolziert er über die Bildschirme der Fernsehapparate. Die Szene ist immer gleich: Irgendeines der Stadien für die Fußball-Weltmeisterschaft 1986, irgendein vertrockneter Rasen, viele dezent gekleidete Herren – und Hermann Neuberger vorneweg. Seine Hände und Lippen reden, er deutet hierund dorthin, Kameras und Mikrophone verfolgen ihn, die Herren hängen an seinen Lippen, lauern auf sein Urteil. Und erst, wenn Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes und des WM-Organisationskomitees des internationalen Verbandes, sagt: „Okay, das ist gut so", glauben sie selber, daß sie etwas geleistet haben. Am nächsten Morgen melden dann dicke Schlagzeilen stolz, daß er, der Wichtigste, zufrieden ist: „Neuberger satisfecho".

Gestern morgen nun hatten die Worte des Chefs besondere Bedeutung, weil er so etwas wie eine Gesamtbeurteilung abgab: Mexiko hat es geschafft, die Zeitpläne sind trotz der Erdbeben-Katastrophe eingehalten worden, Rückstände sind aufgeholt. Bei dieser Mitteilung ließ er sich tief in seinen Sessel sinken. Er war stolz auf seine Mexikaner.

Mit den Spaniern vor vier Jahren habe er nicht so herzlich Umgang pflegen können. „Die Spanier", sagt Neuberger, Forscher in den Seelen der Völker, „tragen ihren Stolz vor sich her, breiten ihn aus. Die Mexikaner tragen ihren Stolz innerlich, im Herzen."

Vielleicht hätte er doch, wie er immer wollte, Diplomat werden sollen. Denn Neuberger beherrscht diese besondere Art von Gebrauchs-Fatalismus. Er kann realistische Einschätzung und dünne Sprüche famos miteinander verbinden und in Beziehung zueinander setzen. Als ihm zu Ehren eine Mariachi-Kapelle die schönsten Weisen in den blauen Himmel blies und fidelte, dankte er mit einem Spruch, der jedem Mexikaner Schauer der Rührung über den Rücken jagt: „Ein Volk ohne Musik und Gesang ist ein Volk ohne Herz."

Auf die Frage, wie es ihm denn gefalle, in Mexiko prominenter zu sein als in der Heimat, sagt er süffisant: „Prominenter? Das ist das falsche Wort. Ich bin nicht prominenter hier, ich bin beliebter." Ja, warum denn das wohl? Vielleicht, weil dieser omnipotente Verbandspolitiker in seiner weltweiten Liebe zur Sache in der Heimat Positionen kampflos aufgegeben hat? Berlin nämlich ist nicht Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 1988 ... US

Angriff auf Kohl wegen Kritik an Tschasow

DW. Moskau/Oslo

Bundeskanzler Kohl, der CSU-Vorsitzende Strauß und CDU-Generalsekretär Geißler sind wegen ihrer Forderung, dem stellvertretenden sowjetischen Gesundheitsminister, Jewgeni Tschasow, den Friedensnobelpreis nicht zu überreichen, von dem Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes „Literaturnaja Gaseta" scharf angegriffen worden. Die Literaturzeitung erregte sich in einem Kommentar ihrer gestrigen Ausgabe darüber, daß Helmut Kohl und Franz Josef Strauß im Namen von zehn Führern von christlich-demokratischen Parteien Westeuropas einen entsprechenden Brief an das Nobel-Komitee in Oslo gerichtet hätten. In der Zeitung hieß es, es sei verständlich, weshalb sich Strauß „auf dieses Abenteuer eingelassen hat: Er kann ohne Anti-Sowjetismus nicht leben". Es erstaune dagegen, „wofür Kohl das gebraucht hat". Der Autor des Artikels kommt zu dem Schluß: „Die BRD hat sich erneut als eine fleißige Helferin der USA bei den Versuchen erwiesen, das sogenannte Problem der Menschenrechte wiederzubeleben."

Kritik an der Übergabe des Nobelpreises an Tschasow, der den Preis als Mitvorsitzender der Vereinigung „Internationale Ärzte zur Verhinderung eines Atomkriegs" am Dienstag in Oslo in Empfang genommen hatte, übte auch die Staatsministerin im britischen Außenministerium, Baroneß Young. Vor dem Oberhaus sagte sie, das Nobelpreis-Komitee hätte bei ihrer Entscheidung wohl nicht alle Gesichtspunkte in Erwägung gezogen.

Das New Yorker „Wall Street Journal" behauptet in einem Artikel, Tschasow sei einer jener Personen, die „von den Sowjets benutzt werden, um westliche Naive zu manipulieren". Das Blatt zitierte eine entsprechende Äußerung des in den Westen übergelaufenen sowjetischen Arztes Iwanow, der früher Mitglied der Ärztevereinigung war.

Tschasow nutzte gestern die traditionelle Ansprache anläßlich der Preisverleihung, um die SDI-Pläne des amerikanischen Präsidenten zu verurteilen. Sie seien, so Tschasow, „ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Katastrophe". Seriöse Wissenschaftler könnten es nicht hinnehmen, daß der erdnahe Weltraum in eine Arena des militärischen Wettbewerbs verwandelt werde.

Annäherung zwischen Moskau und Jerusalem?

Spekulationen über Ausreise von 15 000 Juden nach Israel

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Eine Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion wird für die nächste Zukunft von osteuropäischen politischen Kreisen vorausgesagt. Zwischen Polen und Israel ist dies bereits perfekt: Wie der französische Außenminister Roland Dumas in Paris erklärte, werden Warschau und Jerusalem demnächst volle diplomatische Beziehungen „auf sehr hoher Ebene" aufnehmen.

Dumas bestätigte in Jerusalem, daß während des Blitzbesuches des polnischen Partei- und Staatschefs Jaruzelski bei Präsident Mitterrand in Paris auch das Thema der sowjetischen Juden zur Sprache gekommen sei. Die französische Zeitung „Le Monde" berichtete in ihrer gestrigen Ausgabe, daß es zwischen Moskau, Washington, Jerusalem und Paris zu einem umfangreichen Handel in dieser Frage gekommen sei.

Danach soll der israelische Ministerpräsident Peres nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau seine Zustimmung zu einer internationalen Konferenz über die israelisch-arabischen Probleme unter Beteiligung der Sowjetunion geben. Peres soll dazu bereit sein, falls Moskau seinerseits zu einer „bedeutenden Geste" gegenüber den sowjetischen Juden bereit ist. Gorbatschow wiederum soll sein Einverständnis signalisiert und die Ausreise von 15 000 Juden aus der Sowjetunion in Aussicht gestellt haben. Diese sowjetischen Juden sollen aber tatsächlich nach Israel und nicht etwa wie früher üblich in die USA reisen.

Warschau dementiert

Daher sollen sie auch nicht wie bisher über Wien in den Westen gelangen, sondern über Warschau direkt mit französischen Flugzeugen nach Israel geflogen werden. Polnische Regierungskreise in Warschau haben gestern Gerüchte über Geheimgespräche wegen der Ausreise von 15 000 Juden über Polen nach Israel „entschieden" dementiert. Der Berater von Staats- und Parteichef General Jaruzelski, Major Wieslaw Fornikki, der den General nach Paris begleitet hatte, sagte, daran sei „kein Schatten von Wahrheit". Über eine solche Angelegenheit sei bei dem Treffen Jaruzelskis mit Staatspräsident François Mitterrand nicht gesprochen worden.

Der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, wird heute in Warschau mit General Jaruzelski zusammentreffen. Wie die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanju berichtet, wird Bronfman in Begleitung seines Stellvertreters Israel Singer auch Moskau besuchen, wobei ein Treffen mit Parteichef Gorbatschow nicht ausgeschlossen ist. Auf jeden Fall hat Bronfman eine Botschaft des israelischen Regierungschefs Peres an den sowjetischen Generalsekretär bei sich. In dieser Botschaft soll Peres an Gorbatschow appellieren, eine größere Auswanderung sowjetischer Juden zuzulassen.

Sowjets schränken ein

Nach amtlichen israelischen Angaben befinden sich in der Sowjetunion mehr als zwei Millionen Juden, von denen 400 000 auswandern wollen.

Auf dem Parteitag der KP Israels (Rakah-Partei) sprach der sowjetische Delegierte Michail Nenassjew offen von der Möglichkeit diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Nenassjew, der Chefredakteur der Moskauer Zeitung „Sowjetskaja Rossija" und ZK-Kandidat ist, sagte, eine Erneuerung der Beziehungen würde das Problem des Nahen Ostens nicht lösen. Auch eine sowjetische Beteiligung an einer internationalen Konferenz über den Nahen Osten würde die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen „nicht beschleunigen". Aber, so fügte der sowjetische Funktionär hinzu, eine solche internationale Konferenz könne als „Preludium für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen" betrachtet werden. Nenassjew schränkte aber dann ein, erst wenn Israel sein „territoriales Problem" gelöst habe – gemeint ist hier offenbar die Frage der Westbank (Jordan-Westufer) –, könnten die Beziehungen mit Moskau erneuert werden.

„Sogar wenn gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel hergestellt werden, wird dadurch das Problem des Nahen Ostens nicht gelöst", sagte Nenassjew wörtlich. Politische Beobachter ziehen daraus den Schluß, daß Gorbatschow auch in die Moskauer Nahostpolitik jetzt Bewegung bringen möchte.

FDP muß sich in der SDI-Frage jetzt festlegen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Für die FDP drängt die Zeit, ihre Haltung in der SDI-Frage festzulegen. Bundeskanzler Helmut Kohl unterstrich vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nochmals, daß das Bundeskabinett am nächsten Mittwoch darüber entscheiden werde, in welcher Weise mit den USA Verhandlungen über die deutsche Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm aufgenommen werden sollen. Morgen wollen Bundesvorstand und Fraktion der FDP in einer gemeinsamen Sitzung beschließen, mit welcher Haltung die FDP-Minister in die Kabinettssitzung der nächsten Woche gehen sollen.

Nach bisherigen Informationen dürfte die FDP bei ihrer derzeitigen Unentschiedenheit bleiben. Auf der einen Seite ist in ihren Führungskreisen daran gedacht, „allenfalls" eine Beteiligung der deutschen Industrie an der amerikanischen SDI-Forschung durch eine Art Regierungsverabredung mit Washington amtlich zu formalisieren; auf der anderen Seite aber scheint sich die Partei vor einer eindeutigen Erklärung zugunsten einer politischen Unterstützung der Absichten des US-Präsidenten bei SDI zu scheuen. Deshalb denkt man bei den Liberalen daran, eine Kommission damit zu beauftragen, die in diesem Zusammenhang anstehenden Probleme zu untersuchen.

Unterdessen ist in Bonn aufgefallen, daß nach Ende der SDI-Anhörung im Bundestag der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Haase aus Fürth als einziger seiner Fraktion eine deutsche Beteiligung an der SDI-Forschung für richtig und zweckmäßig hielt. Er sagte, die Bundesregierung werde zur rechtlichen Klarstellung der Beteiligung deutscher Firmen eine Erklärung gegenüber der US-Administration abgeben müssen. Die Form dafür sei eher eine Nebensache. Eine deutsche Beteiligung sei auch deshalb erforderlich, um die künftige Spitzenstellung der Industrie in bestimmten Bereichen zu sichern. Für den Fall, daß die SDI-Forschung die Installierung eines strategischen Abwehrsystems im Weltall für technisch machbar ausweisen sollte, forderte der Abgeordnete im Sinne der Äußerungen Reagans, die Sowjetunion an den Ergebnissen zu beteiligen.

Einig über neues Ortungssystem

Kompromiß mit den USA / Den Feind vom Freund im Luftraum unterscheiden

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Nach langen Auseinandersetzungen zwischen Bonn und Washington um ein einheitliches System der „Freund-Feind-Erkennung" für Kampfflugzeuge ist in der vergangenen Woche in Brüssel im zuständigen NATO-Gremium eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen worden. Alle Verbündeten verständigten sich darauf, im nächsten Jahrzehnt für diese Aufgabe elektronische Geräte einzuführen, die sowohl Funkfrequenzen auf dem D-Band als auch solche auf dem E/F-Band nutzen sollen. Dieses als Kompromiß zwischen den deutschen und amerikanischen Forderungen zu verstehende „modulare System-Konzept" soll nun im nächsten Jahr mit der Phase seiner genauen technischen Definition weiterausgearbeitet und danach über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Produktionsreife entwickelt werden.

Mit dieser Einigung sind die Voraussetzungen in der NATO für die Verbesserung der „Interoperabilität" der verbündeten Streitkräfte geschaffen worden. Künftig wird es möglich sein, daß sich die fliegenden Verbände der NATO auf elektronischem Wege gegenseitig erkennen; gleichfalls wird die Luftverteidigung am Boden zwischen „Freund und Feind" zu unterscheiden vermögen, so daß deren Kampfkraft bei schlechtem Wetter, bei Nacht und über große Entfernung dank der Reichweite ihrer Raketen einsetzbar sein wird.

Mit dem gefundenen Kompromiß zeigten sich in Bonn auch die Ministerien für Verkehr und Post einverstanden, die zum einen für die Flugsicherheit des zivilen Verkehrs in der Bundesrepublik, zum anderen für die Genehmigung neuer Funkgeräte verantwortlich sind. Ein entsprechendes Fernschreiben liegt dem im Verteidigungsministerium für die Rüstung zuständigen Staatssekretär Manfred Timmermann inzwischen vor. Auch die Firma Siemens, die mit dem „Capris"-Gerät schon grundlegende Entwicklungsarbeiten für das neue NATO-weite Erkennungssystem leistete, ließ ihm gegenüber erkennen, daß nach dem Streit zwischen den USA und der Bundesrepublik im vergangenen Frühjahr nun die Weichen für eine erfolgversprechende Zusammenarbeit gestellt sind.

Die Benutzung zweier unterschiedlicher Frequenzbänder in den Geräten wird sie teuer machen. Dies war aber nach Ansicht der Verantwortlichen im Verteidigungsministerium nicht zu vermeiden. Gegenüber der „reinen Capris-Lösung" rechnet die Hardthöhe mit Mehrkosten von 400 bis 500 Millionen Mark. Zu den für „Capris" bislang aufgewendeten Entwicklungskosten in Höhe von 57 Millionen Mark aus dem Bundeshaushalt sollen weitere 200 Millionen zur Entwicklung des „modularen Systems" zur Nutzung beider Frequenzbänder kommen. Darüber hinaus rechnet die Hardthöhe mit 1,3 Milliarden Mark für die Beschaffung der deutschen Geräte, weiteren 400 Millionen für deren Einbau und schließlich nochmals 300 Millionen Mark für die Nutzungsphase von 15 bis 20 Jahren. Auch die USA werden zugunsten des Kompromisses nach Ansicht deutscher Fachleute 500 Millionen Dollar Mehrkosten für die Entwicklung aufwenden müssen.

Das Bonner Verteidigungsministerium plant in einem ersten Schritt die Anschaffung von 2500 Geräten für die Abfrage und weiteren 2400 für die Antwort. Damit werden alle zum Einsatz wichtigen Flugzeuge von Heer, Luftwaffe und Marine, deren Schiffe und Boote, sowie die Waffen der Luftverteidigung am Boden ausgestattet. Das technische System verspricht aber darüber hinaus soviel Flexibilität, daß später auch die Landstreitkräfte vollständig ausgerüstet werden können.

Peking hilft Kambodschas Widerstand

JOCHEN HEHN, Peking

Die Volksrepublik China hat auf eine demonstrative Weise ihre Unterstützung für Kambodschas anti-vietnamesische Dreierkoalition bekräftigt. Während des Besuchs des Führungstrios der kambodschanischen Widerstands-Gruppe, die offiziell als „Koalitionsregierung des demokratischen Kambodscha" firmiert und von den Vereinten Nationen als die einzig legitime Regierung Kambodschas anerkannt wird, gab der starke Mann Chinas, der 81 Jahre alte Deng Xiaoping, die Zusicherung, Peking werde „den patriotischen Kampf des kambodschanischen Volkes um seine nationale Unabhängigkeit" bis zum Sieg über die vietnamesischen Eindringlinge unterstützen, auch wenn dies 100 Jahre dauern sollte.

Prinz Norodom Sihanouk, der als Präsident der Koalitionsregierung vorsteht, Son Sann, Ministerpräsident und Leiter der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes, sowie Kiu Samphan, Chef der kommunistischen Roten Khmer, werden diese Unterstützung bitter nötig haben: Mit der beginnenden Trockenzeit sehen sich die Guerrilla-Verbände erneut einer Großoffensive der vietnamesischen Invasoren gegenüber.

Die auf 50 000 Mann geschätzten Guerrilla-Verbände, von denen die Roten Khmer das größte und kampferprobteste Kontingent stellen, stehen diesmal jedoch vor einer ungleich schwierigeren Aufgabe als im vergangenen Jahr, als es den Vietnamesen gelungen war, nahezu alle größeren Guerrilla-Basen entlang der thailändischen Grenze zu überrennen. Die Widerstandskämpfer sind seitdem ohne feste Stützpunkte und von ihrer Versorgung teilweise abgeschnitten.

Nach Ansicht der kambodschanischen Koalitionsregierung hat der Verlust dieser Basen auch Vorteile. Die Guerrilla-Truppen sahen sich gezwungen, ihre Taktik zu ändern. Anstatt von Stützpunkten aus zu operieren, oder sie verteidigen zu müssen, seien sie nun beweglicher, für den Feind unberechenbar geworden.

Mit seinem langfristigen Hilfeversprechen hat Deng Xiaping – wenn auch indirekt – zugegeben, daß die chinesische Regierung mit einem langwierigen Krieg in Kambodscha rechnet. Rasche Erfolge der Widerstandskämpfer dürfen gegen die Übermacht der schätzungsweise 180 000 vietnamesischen Soldaten, die zudem modern ausgerüstet sind, auch kaum erwartet werden. Mehr Sorge als die numerische und waffentechnische Überlegenheit der Vietnamesen bereitet Peking die fortschreitende „Vietnamisierung" Kambodschas. Nach Angaben Pekings sind bisher 700 000 Vietnamesen in Kambodscha angesiedelt worden. Das sind zwölf Prozent seiner Gesamtbevölkerung. In der Hauptstadt Phnom Penh sei mittlerweile sogar jeder zweite ein Vietnamese.

Am 4. Dezember 1985 entschlief unser lieber, guter, fürsorglicher Vater, Opa, Schwiegervater und Bruder

Erwin Ihms

im 78. Lebensjahr.

In Liebe und Dankbarkeit
Gerhard und Frauke List geb. Ihms
Dr. Cyril und Elke Geacintov geb. Ihms
Wiebke Ihms
Peter und Wiebke
Käte Zollitsch geb. Ihms
Irmgard Schröder geb. Ihms

2000 Hamburg 55, Bockhorst 90

Wir nehmen Abschied am Montag, dem 16. Dezember 1985, um 11.00 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofes, Sülldorfer Kirchenweg 151.

Der Präsident, der Akademische Senat und der Fachbereich Medizin der Universität Hamburg geben in Trauer bekannt, daß

Dr. med. Heinrich Bartelheimer

emeritierter ordentlicher Professor der Inneren Medizin

am 8. Dezember 1985 im 78. Lebensjahr verstorben ist.

Heinrich Bartelheimer leitete von 1960 bis 1980 die I. medizinische Klinik des Universitäts-Krankenhauses Eppendorf. In der Amtsperiode 1964/65 war er Dekan der Medizinischen Fakultät. Sein wissenschaftliches Werk betraf insbesondere die Gastroenterologie und die Stoffwechselerkrankungen. Er war ein hervorragender Lehrer der Inneren Medizin. Seine auf breiter Ausbildung beruhende Erfahrung und seine hohe Sensibilität für klinische Situationen sind Vorbild für ärztliches Handeln. Mitgliedschaften und Ehrenmitgliedschaften in vielen nationalen und internationalen wissenschaftlichen Gesellschaften sind Ausdruck seines hohen Ansehens.

Wir gedenken in Hochachtung und Dankbarkeit eines großen Arztes und hervorragenden Gelehrten der Universität Hamburg.

Peter Fischer-Appelt **Karl Heinz Hölzer**

Wir trauern um Herrn

Erwin Ihms

der am 4. Dezember 1985 im 78. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Ihms gehörte seit über 30 Jahren zu unserer Firmengruppe, in der er den Bereich Agrarchemie aufgebaut und jahrzehntelang geleitet hat.

Wir schulden Herrn Ihms Dank für seinen unermüdlichen Einsatz und die große Loyalität, mit der er die Entwicklung unserer Firmengruppe mitgestaltet hat.

INHABER, GESCHÄFTSLEITUNG
UND MITARBEITER
der Firmengruppe
WILHELM E. H. BIESTERFELD

Gertrudenstraße 14, 2000 Hamburg 1

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 16. Dezember 1985, um 11 Uhr in der Kapelle des Blankeneser Friedhofs, Sülldorfer Kirchenweg 151.

Dr. rer. oec. Reinhard Bartsch

Mitglied des Vorstands der
SCHLESWAG Aktiengesellschaft

9. Januar 1926 8. Dezember 1985

Mit Herrn Dr. Bartsch verlieren wir einen Freund unseres Hauses, dessen sachkundigen Rat und menschlich gewinnende Art wir während seiner über fünfzehnjährigen Zugehörigkeit zu unserem Beirat Hamburg/Schleswig-Holstein sehr geschätzt haben.

Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
DRESDNER BANK AG

Hamburg, im Dezember 1985

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke; Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Mut zur Größe

Sbt. (Washington) – In den USA sind im vergangenen Jahr 634 909 neue Unternehmen, kleine und große, gegründet worden. Pleite gingen 63 376, so daß ein Plus von 571 533 verblieb.

Die Zahlen für 1985 fallen ähnlich aus. Der Frage, wer das Risiko der Gründung schnell wachsender Firmen auf sich nimmt, ist jetzt ein Professor der Purdue-Universität nachgegangen. Ergebnis: Im Verhältnis drei zu eins vor allem ehemalige Mitarbeiter großer Konzerne diesen Schritt. Als Standort bevorzugt wird dabei die Nähe des alten Arbeitgebers.

Entscheidend ist die Big-Business-Erfahrung, das heißt, die Unternehmen werden von Anfang an so ausgelegt, daß die Führungsaufgabe den gelernten Management-Methoden entspricht. Als Schulbeispiel gilt das kalifornische Silicon Valley, wo sich dreitausend High-Tech-Firmen niedergelassen haben.

Als Grund für diese magnetische Anziehungskraft nennt der Professor das typische Verhalten von Jungunternehmern: Es drängt sie dorthin, wo andere schon praktizieren, was sie an Können mitbringen.

Das erklärt, warum Gründungswellen an Gebieten, wo Altindustrien wie Stahl dominieren, vorbeirollen. Folgt man dem Professor, dann fehlt einfach der von florierenden „Brutstätten" ausgehende Nachahme-Anreiz.

Überdies brauchen High-Tech-Firmen für die Kommunikation den nahen Markt. Neugegründete Firmen scheitern, wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist. Die Untersuchung des Professors, die in Kürze im New Yorker „Journal of Business Venturing" erscheint, beantwortet womöglich auch das Kernproblem des Ruhrgebiets.

Stuttgarter Ordnungspolitik

Von WERNER NEITZEL

Bewundernde aber auch neidvolle Blicke gelten dem wirtschaftlich robusten „Musterländle" Baden-Württemberg. Schon lange brilliert der Südwesten mit einer überdurchschnittlich guten Beschäftigungslage, was sich in der unter den Bundesländern mit Abstand niedrigsten Arbeitslosenquote ausdrückt. Eine unlängst von den Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg durchgeführte Umfrage ergab, daß die Wirtschaft in jener so stabil dastehenden Region gegenwärtig mehr als 57 000 Arbeitsplätze vergeblich anbietet, das ist das 2,3fache der den Arbeitsämtern bekannten offenen Stellen.

Eine derartige Diskrepanz erklärt sich zu einem großen Teil daraus, daß viele Unternehmen, nachdem sie ihren Bedarf amtlich angemeldet hatten, vergeblich auf Vermittlungen warteten. Frust und Enttäuschung darüber ließen sie zu verschiedenen Formen der Selbsthilfe greifen. Und es ist erstaunlicherweise nicht allein das unzureichende Angebot an Fachkräften, das den Unternehmen Sorge bereitet. Fast ein Drittel der gesuchten Arbeitskräfte sind Hilfskräfte. Unter den Ursachen dürfte die Immobilität eine der wesentlichen für diese paradox anmutende Lage sein. Es zeigt sich, daß für viele Betriebe, hauptsächlich in der wirtschaftlichen Kernregion Mittlerer Neckar, das Fehlen von Arbeitskräften zu einer regelrechten Wachstumsbremse geworden ist.

Doch gibt es auch in Baden-Württemberg vor allem an den Rändern des Landes Bereiche, die von ihrem Arbeitsplatzangebot her weitaus weniger rosig aussehen. Während der im bundesdeutschen Südwesten stark vertretene Fahrzeugbau samt den vielen Zulieferindustrien, der Maschinenbau sowie die Elektro- und Elektronikbranche kräftigen Schub für den Konjunkturzug entwickeln, fallen beispielsweise einige konsumnahe Sparten, darunter auch einige Firmen der Textilbranche, etwas ab. Flau sieht es vor allem in der Bauwirtschaft aus, wie auch in weiten Teilen der Landwirtschaft oder auch des Hotel- und Gaststättengewerbes, wo (vor allem im Schwarzwald) gedrückte Stimmung herrscht.

Das insgesamt positive Bild des südwestdeutschen Wirtschaftsraumes sollte also nicht über partielle Schwächen hinwegtäuschen. Die um Ideen und Aktivitäten selten verlegene baden-württembergische Landesregierung hat versucht, unter dem recht hochtrabenden Motto „Arbeit nach Maß" in regionalen Arbeitsmarktgesprächen punktuelle Lösungsansätze für die Verbesserung der jeweiligen Beschäftigungslage zu suchen. Vor Ort mußte man freilich die Erfahrung machen, daß sich die Tarifpartner nur allzu gern auf ihre bekannten Positionen zurückzogen. Einen großen Wurf darf und kann wohl denn auch keiner erwarten.

Die Zeiten, in denen sich neue Industrien in großem Stil ansiedelten, sind unwiederbringlich vorbei. Deshalb wird mit Argusaugen darauf geachtet, daß nicht ein Bundesland dem anderen Investoren abwirbt. Der nur allzu gern auf der High-Tech-Klaviatur spielende Stuttgarter Regierungschef Lothar Späth entwickelt geradezu missionarischen Eifer. Unter der Devise, vor allem der mittelständischen Wirtschaft Hilfestellung zu geben, reist er in der Welt herum und wirbt für Baden-Württemberg. Er betätigt sich als Retter von Unternehmen, moderiert bei Übernahmegesprächen oder versucht gar in einem Kraftakt eine Neuordnung des öffentlich-rechtlichen Bankenbereichs im Südwesten.

Daß all diese Aktivitäten, wobei die Gründungswelle bei den Technologie-Fabriken nicht unerwähnt bleiben darf, keineswegs nur auf ungeteilten Beifall treffen, liegt auf der Hand. Die jüngste Schelte des Grafen Lambsdorff an Späths Adresse ist ein Indiz für den in Parteien- und Wirtschaftskreisen kritisch verfolgten und teilweise umstrittenen ordnungspolitischen Kurs des baden-württembergischen Ministerpräsidenten. So kommt denn auch nicht von ungefähr der Hinweis von seiten der Industrie, daß das staatliche Gewicht beispielsweise auf dem Gebiete des Exports zu groß sei. Hier erblicke die Wirtschaft vielmehr eine ureigene Aufgabe ihrer Selbsthilfeorganisationen. Die Späthschen Bestrebungen in Sachen Landesbank sind nicht minder Stein des Anstoßes. Die im Südwesten praktizierte ordnungspolitische Gratwanderung wird als Diskussionsstoff erhalten bleiben.

LANDWIRTSCHAFT / Heereman fordert eine „behutsame Politik" von Bonn und Brüssel

Die Bauern rechnen mit mehr als zehn Prozent Gewinnrückgang

HENNER LAVALL, Bonn

Eine „behutsame Agrarpolitik" sowohl in Bonn als auch in Brüssel fordert der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman, angesichts der Diskussion um die Reform des Agrarmarktes in der Europäischen Gemeinschaft. Anlaß für den Appell sind die sich wieder verschlechternden Bedingungen für die deutschen und europäischen Bauern im laufenden Wirtschaftsjahr.

In seinem gestern in Bonn vorgelegten „Situationsbericht 1985 – zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft" geht der Bauernverband für 1985/86 von einem Gewinnrückgang gegenüber dem Vorjahr von mehr als zehn Prozent aus. Dies bei insgesamt guter Produktion, der aber teilweise ein kräftiger Rückgang der Erzeugerpreise gegenüber stehe. Heereman nannte als Beispiele vor allem Getreide und Rindfleisch.

Der pflanzliche Produktionswert in der Bundesrepublik, der 1984/85 noch rund 20 Mrd. Mark erreicht hatte, werde durch den Einbruch der Getreidepreise im laufenden Wirtschaftsjahr um gut 1 Milliarde Mark verfehlt. Bei der tierischen Produktion lasse sich der genaue Preisrückgang aus heutiger Sicht noch nicht abschätzen, doch rechnet Heereman mit einem „mehr oder minder deutlichen" Verlust gegenüber den 41 Mrd. Mark des Vorjahres.

Die größte Sorge des Bauernverbandes gilt dabei eindeutig der pflanzlichen Erzeugung. Für Anfang der 90er Jahre gehen die Vorschätzungen in der Gemeinschaft der Zwölf von einem Getreideüberschuß in einer Größenordnung von 15 Mill. Tonnen jährlich aus. Diese Menge entspricht einem Flächenpotential von rund drei Mill. Hektar.

Nur durch ein Bündel von Maßnahmen, die gleichzeitig angewendet werden müßten, kann sich Heereman wieder ein Marktgleichgewicht vorstellen. Dazu zähle eine Steigerung der Getreideverfütterung in der EG ebenso wie der Mehreinsatz von Getreide als nachwachsender Rohstoff für die chemische Industrie zur Herstellung von Stärke und zur Verwendung von Bioethanal im Treibstoff.

Bei Kosten von 650 Mark je Hektar, wie sie der Bauernverband errechnet hat, könnte dadurch mittelfristig ein zusätzliches Absatzvolumen von sechs Mill. Tonnen Getreide erwartet werden, was einer Fläche von 1,2 Mill. Hektar entspreche. Auch die Ausweitung beim Anbau von Öl- und Eiweißpflanzen verspricht nach Heeremans Angaben eine Entlastung des Marktes. Zu Lasten des Getreides würden dadurch 1,8 Mill. Hektar Fläche verwendet werden können. Schließlich biete die Herausnahme von Getreideflächen aus der Produktion ein weiteres Mittel, das Problem in den Griff zu bekommen.

In diesen Vorschlägen sieht Heereman einen wichtigen Beitrag des Bauernverbandes zur Sicherung der Einkommen in der Landwirtschaft. Eine Marktanpassung über Preissenkungen allein, wie sie vor allem in Brüssel bevorzugt wird, sei aus der Sicht der Bauern „nicht akzeptabel", selbst wenn ein Teil der Landwirte einen Ausgleich für die entstehenden Einkommensverluste erhalte. Zehn Prozent Preissenkung würden in der EG schon einen Einkommensausfall in der Landwirtschaft von 36 Mrd. Mark bedeuten, in der Bundesrepublik allein seien es mehr als 6 Mrd. Mark.

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1984/85 ist nach dem Situationsbericht der Gewinn je Familienarbeitskraft um 14 Prozent auf 25 400 Mark gestiegen. Damit war der Anstieg genauso groß wie der Einbruch im Wirtschaftsjahr 1983/84. Die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe haben im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre einen Gewinn je Familienarbeitskraft von 24 500 Mark erzielt. Er hat um rund 10 000 Mark unter dem von der Bundesregierung ausgewiesenen gewerblichen Vergleichslohn von 34 100 Mark gelegen. Die Bauern in Schleswig-Holstein und Hamburg schnitten mit einem Zuwachs von 26,6 (Vorjahr minus 33,5) Prozent am besten ab, die in Bayern mit einem Zuwachs von 4,6 (minus 1,3) Prozent am schlechtesten.

MINERALÖLINDUSTRIE

Die Preise am Benzinmarkt kommen wieder in Bewegung

JAN BRECH, Hamburg

Nach fast acht Wochen Ruhe am deutschen Benzinmarkt sind die Preise wieder in Bewegung geraten. Zur Wochenmitte haben Shell, Esso, BP und Aral Preissenkungen von 2 Pfennig für Normalbenzin und Super sowie 3 Pfennig für Diesel bekanntgegeben. Es besteht wenig Zweifel, daß alle anderen Marktteilnehmer folgen werden. Auch die Preise für leichtes Heizöl zeigen mitten im Winter fallende Tendenz.

Der Durchschnittspreis für Super in Selbstbedienung liegt nach der Reduzierung nun bei 138,9 Pfennig je Liter, Normalbenzin kostet im Durchschnitt 131,9 Pfennig je Liter. Bleifreies Benzin ist jeweils 2 Pfennig teurer. Diese Preise liegen etwa 3,5 Pfennig unter denen von Anfang Oktober. Damals hatte die Branche nach heftigen Marktauseinandersetzungen Korrekturen um bis zu 10 Pfennig nach oben vorgenommen. Die Höchstpreise von Anfang Oktober sind im Zuge des fallenden Dollars erst in den letzten Wochen leicht abgebröckelt.

Mit den jetzigen Preissenkungen reagiert die Branche auf die Entwicklungen an den internationalen Märkten. In Rotterdam ist vor allem der Preis für Nordsee-Rohöl drastisch gesunken. Nachdem er im November noch bei rund 30 Dollar je Faß lag, beträgt er inzwischen 25 bis 26 Dollar je Faß. Auch die Produktenpreise haben stark nachgegeben. Die Tonne Superbenzin ist von 284 auf 268 Dollar, Normalbenzin von 266 auf 249 Dollar gefallen. Relativ stabil ist dagegen Rohöl aus dem Persischen Golf. Der Preis für Arabian Light liegt nur knapp unter dem offiziellen Listenpreis von 28 Dollar je Faß.

Ursache für den Preisrutsch an den internationalen Märkten ist vor allem die Unsicherheit über das weitere Verhalten der Opec. Deren Jahresabschlußtagung in Genf ist zwar ohne Beschlüsse zu Ende gegangen, wohl aber mit der Warnung an Nichtmitgliedstaaten, daß das Kartell seinen Marktanteil von derzeit 34 Prozent halten wolle.

Die Unsicherheit über die dabei anzuwendende Strategie, sei es über den Preis, sei es über die Fördermenge, hat am Markt große Zurückhaltung ausgelöst. Die Mengen, die in Rotterdam gehandelt werden, sind sehr gering. Da niemand weiß, wohin die Preise endgültig tendieren, kauft zur Zeit nur der, der dringend Ware braucht. Gestützt wird diese Zurückhaltung durch die zum Jahresende übliche Politik der großen Unternehmen, die Bestände gering zu halten.

In der Ölindustrie glaubt man, daß in den kommenden Wochen noch Chancen für weitere Preissenkungen gegeben sind. Generell, so heißt es, sei es bei der herrschenden Unsicherheit aber nicht möglich, Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung zu ziehen. Klarer werde man wohl erst Anfang 1986 sehen, wenn die Käufer wieder am Markt auftreten.

AUF EIN WORT

„Die deutschen Forscher sind bei den Gehältern führend. Ob dies auch bei der Phantasie der Fall ist, wage ich zu bezweifeln. Ein Nobelpreis macht noch keinen Forschungsfrühling. Auch die Grundlagenforschung muß sich dem Wettbewerb stellen."

Dietrich Austermann, Bundestagsabgeordneter der CDU

FOTO: JUPP DARCHINGER

BUNDESBANK

Kritik an den Sachverständigen

cd. Frankfurt

Inkonsequenz wirft Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger dem Sachverständigenrat vor, der in seinem jüngsten Gutachten eine über das Potentialwachstum hinausgehende Geldversorgung mit dem Ziel einer Stärkung des Wirtschaftswachstums empfiehlt, aber gleichzeitig vor der Gefahr warnt, daß die Tarifpartner dies mißverstehen. Mit seiner Bemerkung, die Sorge vor einem Mißbrauch einer Ausweitung des Geldmantels zu Preissteigerungen statt realer Produktionsausweitung sei unbegründet, unterschätzt der Rat nach Schlesingers Auffassung die Dynamik, die im vierten Jahr eines Konjunkturaufschwungs bei Preisen und Kosten aufbrechen könnte, falls die geldpolitischen Weichen falsch gestellt würden. Unterstützung erhielt der Sachverständigenrat dagegen vom Sparkassenverband, der eine Erhöhung des Geldmengenwachstumsziels von drei bis fünf Prozent in diesem Jahr auf vier bis sechs Prozent 1986 als angemessen und mit der Stabilität vereinbar bezeichnet.

Schlesinger hält es, wie er auf der Jahresversammlung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute sagte, für wahrscheinlich, daß die Bundesrepublik international zu mehr Wirtschaftsexpansion gedrängt wird; aber darauf würden weder Bundesregierung noch Bundesbank eingehen, weil mehr als 3,5 Prozent Wachstum 1986 gar nicht „darstellbar" sei. Er rechnet damit, daß sich die DM-Aufwertung „auf dem einen oder anderen Sektor" noch fortsetzt.

EG

Hormonverbot in der Tiermast

dpa, Brüssel

Die Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich am Dienstag abend in Brüssel trotz ablehnender Haltung der Briten im Grundsatz auf ein generelles Hormonverbot in der Tiermast verständigt. Danach soll das EG-weite Verbot, das wegen britischen Einspruchs noch nicht verabschiedet werden konnte, für alle künstlichen und natürlichen Hormonsubstanzen am 1. Januar 1988 in Kraft treten und auch für Importe in die Länder der Gemeinschaft gelten.

Die Minister erzielten auf ihrer Ratssitzung außerdem eine grundsätzliche Einigung auf die Fortführung der bisherigen Zuckermarktordnung mit der Beibehaltung der jedem Land zugeteilten Quoten zunächst für zwei weitere Wirtschaftsjahre (1986–1988). Durch eine zusätzliche Abgabe sollen die Zuckererzeuger in den nächsten fünf Jahren ein Defizit abtragen, das trotz der bisherigen Mitverantwortungsabgabe, mit der die Absatzkosten für überschüssigen Zucker gedeckt werden sollten, entstanden ist.

Wie der EG-Ratspräsident, der Luxemburger Landwirtschaftsminister Marc Fischbach sagte, soll das Hormonverbot auf der Sondersitzung der Minister über die Reform des Getreidemarkts in der nächsten Woche endgültig verabschiedet werden. Im Agrar-Rat stand Großbritannien, das aufgrund wissenschaftlicher Ergebnisse zwingende gesundheitsschädliche Folgen für die Verbraucher bezweifelt, mit seiner Ablehnung eines Hormonverbots allein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DAL: Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben

Koblenz (dpa/VWD) – Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL) in Mainz, Eberhard Kühl, und den ehemaligen Steuerberater der DAL, Herbert Paulus, Anklage wegen Untreue erhoben. Das gab ein Sprecher der Staatsanwaltschaft gestern bekannt. Gegen den Architekten Hans Grothe aus Duisburg sei Anklage wegen Beihilfe zur Untreue erhoben. Die Tatvorwürfe stünden im Zusammenhang mit einem von den drei Beschuldigten gemeinsam geplanten Immobilienfonds für die Errichtung eines Bürohochhauses in München. Mit der Anklageerhebung hat die Staatsanwaltschaft nach eigener Darstellung lediglich einen von insgesamt sechs DAL-Komplexen abgeschlossen.

Mehr Erwerbstätige

Wiesbaden (dpa) – Die Zahl der Erwerbstätigen ist auch im dritten Vierteljahr 1985 in allen Wirtschaftsbereichen gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Mittwoch berichtete, waren im dritten Quartal dieses Jahres 25,717 Millionen Personen in der Bundesrepublik erwerbstätig, das sind 235 000 oder 0,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit habe die Beschäftigung seit dem dritten Quartal 1984 kontinuierlich zugenommen.

Rabatt-Regelung geändert

Düsseldorf (Py.) – Beim Schadenfreiheitsrabatt der Kfz-Haftpflichtversicherung wirkt sich 1986 erstmals die neue Rückstufungsregelung bei selbstverschuldeten Unfällen aus. Danach zahlen 13 Jahre schadenfreie Autofahrer im nächsten Jahr 45 statt bisher 40 Prozent des Grundbeitrags und erreichen nach einem schadenfreien Jahr wieder die höchste Rabattklasse. Die frühere Bestimmung, wonach Autofahrer einen Schaden ohne Rabattverlust regulieren lassen konnten, ist mit der Neufassung der Tarifbestimmungen Anfang 1985 entfallen.

DIW: zu wenig Impulse

Berlin (rtr) – Um die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in einen stabilen Aufschwung einmünden zu lassen, sind nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) weitere finanzpolitische Impulse notwendig. Die für 1986 und 1988 geplanten Steuersenkungen reichten nicht aus, um eine solche Entwicklung zu sichern, erklärte das DIW in einem Bericht zur Finanzplanung der öffentlichen Haushalte bis 1989. In der Bundesrepublik gewinne die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung an Breite, doch bleibe der Wachtumspfad zu flach, um die hohe Arbeitslosenzahl nachhaltig zu senken. So sei kaum damit zu rechnen, daß sich mittelfristig das Wachstumstempo beschleunige und die Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze stärker zunehmen werde als – bedingt durch die Bevölkerungsentwicklung – die Zahl der Erwerbspersonen.

Neues Recht soll reifen

Bonn (AP) – Trotz eines erwarteten neuen Rekordes von rund 19 000 Unternehmenszusammenbrüchen in diesem Jahr soll die Reform des Insolvenzrechts nicht überhastet werden. Bundesjustizminister Hans Engelhard erklärte gestern, angestrebt werde eine bessere Schuldenregulierung für Verbraucher und Gewerbetreibende durch eine stärke Gleichbehandlung der Gläubiger. Lange Zeit habe der Schutz des einzelnen Gläubigers im Vordergrund gestanden; aus diesem Grunde seien ständig neue Vorrechte geschaffen worden.

Erlöse gesunken

Bonn (DW) – Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft sind zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1985/1986 zurückgegangen. Für die wichtigsten Erzeugnisse – Getreide, Zuckerrüben, Schlachtvieh und Milch –, die etwa drei Viertel der Gesamteinnahmen bringen, sind sie von Juli bis September gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum nach ersten Berechnungen des Bundesernährungsministeriums um 649 Mill. DM oder rund fünf Prozent auf 12,48 Mrd. DM gesunken.

Niedrige Preissteigerung

Bonn (DW) – Die EG-Kommission rechnet 1986 mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate in der Europäischen Gemeinchaft in Höhe von 3,9 Prozent – die niedrigste seit Ende der sechziger Jahre. 1985 lag die EG-Inflationsrate noch bei 5,2 Prozent. Auch der Abstand zwischen der „schwächsten" und der „härtesten" Währung in der Gemeinschaft hat sich verringert. 1980 lagen zwischen der irischen und der deutschen Inflationsrate 14,7 Prozentpunkte. Fünf Jahre später betrug der Abstand nur noch 6,5 und für 1986 schätzt die EG-Kommissdion die Differenz auf 5,0 Prozentpunkte.

Weniger Getreide verkauft

Bonn (DW) – Von der Getreideernte 1985 hat die Landwirtschaft bis einschließlich Oktober nach vorläufigen Berechnungen des Bundesernährungsministeriums 10 Millionen Tonnen verkauft. Das waren 173 000 Tonnen oder 1,7 Prozent weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wegen der um 0,8 Millionen Tonnen oder 2,9 Prozent niedrigeren Ernte 1985 erhöhte sich aber der Anteil der Verkäufe an der Getreideernte von 38,8 auf 39,3 Prozent.

TEXACO-PENNZOIL

Einzelrichter bestätigt Urteil über Schadenersatz

Sbt. Washington

Im größten Schadenersatzprozeß in der US-Unternehmensgeschichte hat der zuständige Einzelrichter des Distriktgerichts in Houston, Texas, das vorausgegangene Geschworenenurteil gegen die Texaco Inc., New York, bestätigt. Danach muß Amerikas drittgrößter Mineralölkonzern an die Pennzoil Co., Houston, 10,53 Mrd. Dollar (rund 26,7 Mrd. Mark) zahlen. Der Richter namens Solomon Casseb (70) strich lediglich die Zinsen, die den gigantischen Betrag auf rund 12 Mrd. Dollar katapultiert hätten.

Casseb hielt an der Entscheidung der Jury fest, daß sich Texaco widerrechtlich die Getty Oil Co. angeeignet hat, weil Pennzoils Übernahmevereinbarungen bindend waren, obwohl noch kein schriftlicher Vertrag vorlag. Der Konzern hat jetzt 30 Tage Zeit, um ein neues Gerichtsverfahren zu beantragen, was der Richter aber vermutlich ablehnen wird. Nach weiteren 30 Tagen kann Texaco ein texanisches Berufungsgericht anrufen. Denkbar sind jedoch noch andere Szenarien.

Einmal ist ein außergerichtlicher Vergleich möglich, weil auch Pennzoil seine Karten nicht überreizen darf (nach New Yorker Recht hätte zum Beispiel ein schriftlicher Kaufvertrag vorliegen müssen). So könnte Texaco dem Kläger den verbilligten Erwerb von 136 Mill. Tonnen Rohöl aus der Getty-Reserve anbieten. Zum anderen ist eine Übernahmeofferte des Konzerns an die Pennzoil-Aktionäre nicht auszuschließen. Überdies könnte TexacoRichter Casseb und Pennzoils Chefanwalt, die miteinander befreundet sind, der Befangenheit bezichtigen, was zur Aufhebung des Urteils führen müßte.

KABELFERNSEHEN / Kooperation zwischen Bundespost und privater Firma

Mit neuem Konzept auf Kundenfang

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Anschlußwillige Kabelfernseh-Kunden im Großraum Hannover werden ab Anfang 1986 nicht mehr mit der Deutschen Bundespost, sondern mit der KMG Vertriebsgesellschaft für Kabel- und Satellitenprogramme mbH verhandeln. Grundlage dafür ist ein Kooperationsvertrag, der am kommenden Montag in Hannover zwischen der Post und der KMG unterzeichnet wird und die Vermarktung von Kabelnetzen neu regelt. KMG-Geschäftsführer Eckart Haas und Hermann Heemeyer gehen davon aus, daß dann endlich Bewegung in den bisher eher schleppend verlaufenen Markt für Kabelfernsehen kommt.

Wichtigste Neuerung des KMG-Angebots ist die drastische Senkung der Einmal-Kosten für den Kabelanschluß, die sich derzeit einschließlich der hausinternen Installationsarbeiten auf rund 1000 DM belaufen. Die KMG will diesen Preis auf 100 DM festlegen und statt dessen die monatlichen Gebühren, die bei der Post neun DM betragen, auf 22,50 DM erhöhen. Haas spricht in diesem Zusammenhang von der „Verrentung der Einmal-Gebühren". Damit entfalle eine wichtige Hemmschwelle bei potentiellen Kabelkunden.

Mit dem Vertrag, der eine Laufzeit von 15 Jahren hat, übernimmt die KMG „alles, was mit den Kunden zu tun hat". Dies beinhaltet die Teilnehmerberatung, Kabelanschluß-Akquisition und Vertragsverwaltung in den Breitbandkabel-Netzen der Post. In enger Zusammenarbeit mit den Organsationen und Betrieben des örtlichen Handwerks werde die Gesellschaft ferner für die schnelle Realisierung der notwendigen Hausinstallationen Sorge tragen. Die KMG verweist darauf, daß dies „der erste Kooperationsvertrag seiner Art in der Bundesrepublik" sei.

Gesellschafter der KMG sind die Bertelsmann AG, Gütersloh, Paurus Film GmbH & Co. KG, München, und Axel Springer Verlag AG, Berlin. Für die Realisierung des hannoverschen Projekts arbeitet die KMG mit der Verlagsgesellschaft Madsack in der noch zu gründenden Firma „KMG Kabelfernsehen Hannover GmbH" zusammen. Als Zielvorgabe ist der Anschluß von 20 000 bis 25 000 Haushalten pro Jahr kalkuliert. Derzeit sind im Großraum Hannover 14 700 Haushalte ans Kabelnetz angeschlossen. Anschlußbereit seien rund 95 000 Haushalte. Diese Zahl soll bis 1988 auf 265 000 steigen. Den Finanzierungsbedarf der KMG in Hannover beziffert Haas auf „in der Spitze 15 Mill. DM". Ein ähnliches Projekt sei später in Süddeutschland geplant. Die KMG-Akquisiteure sollen gleichzeitig Pay-TV-Abonnements werden.

GRACE

Flick-Paket zurückgekauft

cd. Frankfurt

Der amerikanische Mischkonzern W. R. Grace + Co, New York, hat die von der Düsseldorfer Flick-Gruppe gehaltenen 14,6 Mill. Grace-Aktien für rund 600 Mill. Dollar rund 1,5 Mrd. DM) zurückgekauft. Die Übernahme des Aktienpakets soll Anfang Januar erfolgen, sobald die Deutsche Bank den Flick-Konzern übernommen hat. In einer Mitteilung heißt es, bei der Festlegung des Preises sei der Schlußkurs vom 5. 12. (43,75 Dollar) zugrunde gelegt worden.

Der Kurs der Deutsche-Bank-Aktie reagierte darauf gestern mit einem Sprung um 21 DM auf einen Höchststand von 737,50 Mark. Unbestätigte Gerüchte, wonach die Deutsche Bank auch das Daimler-Paket im Wert von rund vier Milliarden Mark „mehr oder weniger plaziert" hat, ließen gestern den Daimler-Kurs um 33 auf 1 139 Mark steigen. Von der Deutschen Bank war dazu zu erfahren, daß sie sich bemüht, das Paket rasch unter Mitwirkung anderer Banken vor allem im Ausland unterzubringen.

Grace kündigte den Verkauf seiner gesamten Einzelhandelsgruppe an, mit dessen Erlös der Aktienrückkauf finanziert werden soll. Die Gruppe besteht aus der Sportwarenkette Herman's Sporting Goods und den Heimeinrichtungsgeschäften Channel Home Centers. Flick ist mit 26 Prozent des Aktienkapitals der größte Aktionär bei dem 130 Jahre alten Unternehmen.

In der Pressemitteilung sagte Peter Grace, der 72jährige Verwaltungsratsvorsitzende und Enkel des Firmengründers, Grace werde im Rahmen der Vereinbarung „diese Aktien selber übernehmen oder ihre Rechte auf eine dritte Partei übertragen".

Im Grace-Verwaltungsrat, der aus 33 Mitgliedern besteht, sitzen fünf Flick-Vertreter. Wie Peter Grace mitteilte, werden Flick-Chef Friedrich-Karl Flick und der Industrielle Joachim Zahn auch nach dem Verkauf der Grace-Aktien im Grace-Verwaltungsrat bleiben.

„DDR" / Exportangebot soll modernisiert werden, um steigenden sowjetischen Qualitätsansprüchen zu genügen

Negativ-Saldo aus dem Handel mit der UdSSR

dpa/VWD, Berlin

Ostberliner Wirtschaftspolitik unternimmt neue Bemühungen,das Exportangebot zu modernisieren. Ausgelöst werden diese Anstrengungen diesmal weniger durch Konkurrenzdruck auf westlichen Märkten als durch sowjetische Qualitätsansprüche.

Die „DDR" hat nur eine Chance, das gegenüber der UdSSR in den Jahren 1975/83 aufgelaufene Defizit von über 15 Milliarden Valutamark (4,47 Valutamark = 1 Transferrubel, 1 Transferrubel 1983 = 1,35 Dollar) abzutragen, wenn sie für Qualität bessere Preise durchsetzen kann. Gegenwärtig gleichen sich die bilateralen Lieferungen gerade aus, an einen Schuldenabbau ist noch nicht zu denken.

Für die „DDR" liegen die Schwierigkeiten bei dem mit der UdSSR für 1986/90 vereinbarten Warenaustausch im Wert von 380 Mrd. „DDR"-Mark nicht primär im Volumen. Aus dem Volumen kann auch eine zunehmende Ostorientierung nicht ohne weiteres abgeleitet werden.

Anders sieht es aus, wenn man den seit 1975 laufend verstärkten, auf die Sowjetunion hin orientierten Bilateralismus betrachtet. Bedeutet diese Entwicklung nicht eine für die „DDR" mit Nachteilen behaftete wachsende Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Sowjetunion, wie es jüngst auf einem Symposium der Berliner Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen im Reichstag hieß?

Ähnlich denkt der mit Publikationsverbot belegte langjährige Berater von Ministerpräsident Willi Stoph, Hermann von Berg. Er nimmt in seinem nur im Westen erschienen Buch „Die Analyse" an, daß die „DDR" als leistungsfähigster der kleinen sozialistischen RGW-Staaten bis 1990 die Hauptlast bei der Erfüllung der sowjetischen Wünsche zu tragen hat.

Qualität, solides Wachstum und die Fortführung der etwas ins Stocken geratenen Sozialpolitik, als deren Kernstück der Wohnungsbau bezeichnet wird, sollen mit einer gemischten Strategie gewährleistet werden.

Ein Schwerpunkt ist die Senkung des Produktionsaufwandes. Dazu gehört Sparsamkeit in den Betrieben, Verlagerung des Gütertransports auf Schiene und Binnenschiffahrt sowie Ablösung des Erdöls für Heizzwecke.

Doch größter Nachdruck wird auf die rasche Überarbeitung der Produktionspaletten gelegt. Mindestens 30 Prozent der Erzeugnisse, bei Konsumgütern 40 Prozent, sollen jährlich erneuert werden. 1984 lag die Rate in der Industrie bei 24 Prozent.

Ein entscheidender Produktionsbeitrag wird von wissenschaftlichen Einrichtungen verlangt, die Auftragsforschung wird favorisiert. Die Rede ist von „Zusammenführung und gegenseitiger Durchdringung" der Forschungs- und Entwicklungspotentiale der Industriekombinate und der Akademie der Wissenschaften. Wissenschaftlern werden „aufgabengebundene Leistungszuschläge zum Gehalt" in Aussicht gestellt.

Kritik am theoretischen Niveau mußten sich die Mitarbeiter des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung im Herbst anhören. In einer an Staats- und Parteichef Erich Honecker gerichteten Ergebenheitsadresse bekundeten sie danach ihren Willen, bei den Leitern Denkhaltungen fördern zu wollen, die dazu führen, Leistung „unbestechlich" mit Maßstäben zu messen, „die von Weltniveau und hoher Effektivität bestimmt sind".

Im Alltag gehen tiefgreifende Umschichtungen weiter, nicht alle lassen sich mit westlichem Verständnis von technischem Fortschritt erfassen. So hat die Binnenschiffahrt längst alte Fahrpläne belebt. Auf der Elbe wurde wieder eine Stückguttour aufgenommen. Zwei Schiffe fahren von Dresden nach Tangermünde und Calvörde am Mittellandkanal. Sie laden Metallwaren, Obst, Gemüse, Fliesen, Flaschenpaletten, Sicherheitsglas, Schaumstoffsteine für Dachdecker, kurzum alles, was bisher in Lkw über Land transportiert worden ist.

Um die überlasteten Brikettfabriken so weit wie möglich für die Versorgung der Haushalte arbeiten lassen zu können, sind Betriebe streng gehalten, Rohbraunkohle, als Förder- oder Siebkohle, direkt zu verfeuern. Landesweit hilft das Leipziger Institut für Energetik mit Vorschlägen zur Kesselumrüstung, nennt Kosten und Hersteller solcher Anlagen.

Der durch häufige Unglücke in jüngster Zeit hervorgetretene Eisenbahnverkehr wird elektrifiziert, die Signaltechnik erneuert. Superschnelle Züge, wie in Japan, Frankreich und jetzt in der Bundesrepublik, sind in der „DDR" trotz fehlender Inlandsflüge nicht geplant.

Um Produkte attraktiver zu machen, werden das Gütezeichen „Q" und das Prädikat „gestalterische Spitzenleistung", begehrte Auszeichnungen der Leipziger Messen, künftig mindestens alle zwei Jahre an internationalen Maßstäben überprüft. Für prämierte Produkte darf ein Preiszuschlag von zwei Prozent erhoben werden.

BAULAND / Ausschuß für Raumordnung tag

CDU: Angebot erweite

HANNA GIESKES, Bonn

„Es gibt genügend baureife Grundstücke". Mit dieser Feststellung widersprach Friedrich-Adolf Jahn, Staatssekretär im Bundesbauministerium, während einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Wohnungswesen und Städtebau gestern in Bonn dem SPD-Abgeordneten Otto Reschke, für den die Bodenspekulation die Wurzel des derzeitigen Übels am Wohnungsmarkt ist. Auf der Tagesordnung stand eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Baulandsituation und die Entwicklung des Bodenrechts und der Bodensteuer.

Das Stichwort „Bodenspekulation" konnte der CSU-Abgeordnete Lorenz Niegel mit leiser Schadenfreude an den Absender zurückgeben: Die größten Spekulanten seien ja in einem „eng mit den Genossen verbundenen Konzern" zu finden, der Neuen Heimat nämlich. Es gebe keine Engpässe mehr am Markt für Bauland, das Angebot sei erheblich erweitert worden. Für Staatssekretär Jahn gibt es mithin auch keinen Grund, diesen Bereich nicht dem freien Spiel des Marktes zu überlassen, was die Abgeordneten der SPD als „blanken Hohn" empfanden.

Ihrer Ansicht nach ist die Preisberuhigung am Grundstücksmarkt – im ersten Quartal 1985 gab es etwas schnittliche Senkung um ist, ein im zweiten um drei – nicht außer- nis erfolgreicher Stabilitä die eine Flucht in die Sachwer traktiv macht, schon gar nich druck der von der Bundesregie behaupteten Marktsättigung, so dern sie resultiere aus der Erhöhu des Alternativangebots an bereits b bauten Grundstücken. Ausdrücklic widersprach Reschke der Behaup tung der Bundesregierung von de Erweiterung des Angebots.

Er plädierte für eine reformierte Grundsteuer, „die nur noch vom Bodenwert erhoben werden soll". Ebenso hält er eine Reform der Grunderwerbssteuer für nötig, die vor ihrer Neuregelung 1982 rund 2,4 Mrd. DM Einnahmen gebracht habe und danach, ein Jahr später, 3,2 Mrd. DM, „aufgebracht auch von den sozial Schwachen, die einer besonderen Schutzwürdigkeit des Staates unterliegen".

Der Staatssekretär kündigte für das kommende Jahr eine Fortschreibung des Baulandberichts an. Darin sollen auch die „Baulücken" – allein in München sind es 1,4 Mill. qm – quantitativ erfaßt werden. Außerdem werde die Bundesregierung den Versuch unternehmen, das Erbbaurecht populärer zu machen.

KONKURSE

Berichtigung: Vergleich eröffnet (und nicht Konkurs, wie am 10.12. gemeldet): Aachen: Rudolf Thelen GmbH u. Co. KG, Isolierungen – Luftkanalbau, Alsdorf.

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Elsa Pieth; **Bielefeld:** Marco Polo, Gaststätten Betriebs-GmbH; **Bremen-Blumenthal:** Nachl. d. Wilhelm Behmann, Maurermeister; **Buxtehude:** Taschen-Parade Lederwarenfilialbetriebsges. mbH; **Celle:** Burkhard Marwedel, Dachdeckermeister, Nienhagen; **Duisburg:** Rudolf Hirschberg, Bauunternehmer; **Friedberg:** Homilius Geländewagen, Rosbach v. d. H.; Merkur Bauträger-Baubetreuer GmbH; **Hannover:** Magu Frucht GmbH; Nachl. d. Hans-Gerd Schlieker, Betriebswirt; **Husum:** Paul I. Peters GmbH u. Co. KG; Paul I. Peters Verwaltungs-GmbH; Nachl. d. Adolf Bischoff, Makler, Garding; **Kassel:** Friedrich Schneider, Inh. d. Stahlrohrgerüstbau; **Kehl:** Transideal Internationale Transporte GmbH; **Mannheim:** A + E Baubetriebs GmbH; **Meldorf:** Heider Planungs- u. Baudurchführungs GmbH, Heide; **München:** Michael Schmidt; Helmut Prautzsch; Nachl. d. Margareta (Grete) Quinger; **Neuss:** Manfred Bergs; **Nördlingen/Donauwörth:** Alfred Schipplick, Haus- u. Wohnungsbau GmbH & Co. KG, Donauwörth; Nachl. d. Alfred Albert Schipplick, Kaufmann, Donauwörth; **Nürnberg:** Gottlieb Augustin, Inh. e. Heizungs-, Sanitär- und Lüftungsbauunternehmens, Altdorf; **Saarbrücken:** Paul Fischer, Inh. d. Elektro-Jaeckel; **Stuttgart:** Nachl. d. Elise Dietz, Pensionärin; **Traunstein:** Alpine Verwaltungs-GmbH, Freilassing; **Trier:** Claus Horsch u. Sohn oHG, Stahlbeton, Hoch- u. Tiefbau; Gustav Lutz KG, Bauunternehmer; Betonsteinwerk Trier GmbH.

Konkurs beantragt: Offenburg: Medi-Datenverarbeitung GmbH, Oberkirch-Ödsbach.

Anschlußkonkurs beantragt: Duisburg: Hans Tönnissen, Schweißfachingenieur, Mülheim; **Hannover:** Nachl. d. Alfred Max Büttner, Ingenieur; **Heidenheim:** Walther Electronic AG, Gerstetten; **München:** Lang – Papier AG, Gräfelfing; **Stuttgart:** LIKO Mineralöle u. Flüssigkeitstransporte GmbH; Lothar Fritz, Wendlingen.

Vergleich eröffnet: München: Sundei-Sportgerätefabrik GmbH, Dorfen/Obb.; **Stuttgart:** Uwe Wurtzbach, Waiblingen.

Pretoria verlängert Moratorium

dpa/VWD, Johannesburg

Das von Südafrika erklärte Moratorium für die Rückzahlung seiner Auslandsschulden ist bis Ende März nächsten Jahres verlängert worden. Wie ein Sprecher des Finanzministeriums in Pretoria mitteilte, ist die Verlängerung der am 1. September verkündeten und ursprünglich bis Ende Dezember 1985 terminierten Schuldenrückzahlung um drei Monate erforderlich geworden, um Zeit für die Lösung des Problems zu haben.

Die Ankündigung aus Pretoria folgt zwei Wochen nach einer Andeutung des Schweizer Bankiers Fritz Leutwiler, der zwischen Südafrika und ausländischen Banken vermittelt. Das Ausmaß der Schulden Südafrikas im Ausland wird auf 24 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Ende August hatten US-Banken die Rückzahlung kurzfristiger Kredite verlangt und jede Vereinbarung über eine Fristenverlängerung abgelehnt.

FORSCHUNGSFÖRDERUNG / Kritik an Siemens-Hilfe

„Mitnahmeeffekte möglich"

HH. Bonn

Einmütig haben Vertreter der SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen die Entscheidung von Forschungsminister Riesenhuber verurteilt, Philips und Siemens mit 320 Millionen Mark bei der Speicherentwicklung zu unterstützen. Nach der der Entscheidung vorangegangenen Kritik von Finanzminister Stoltenberg hat es aus der Union keine Stellungnahme gegeben.

Die wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP, Graf Lambsdorff und Karl-Heinz Laermann, sprechen von einem „unbestreitbaren" Rückstand der Bundesrepublik gegenüber den USA und Japan in der Computer-Technologie. Es sei jedoch Aufgabe der Unternehmen, den Anschluß an die Weltentwicklung zu halten. Beide Unternehmen hätten die technische Kapazität und die finanzielle Ausstattung hierfür. Die FDP-Politiker sehen daher die Gefahr „bloßer Mitnahme-Effekte".

Zudem würden hier „die Größten der Branche durch die staatliche Hilfe zusammengekoppelt". Eine solche Konzentration sei unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten problematisch.

Mit einengenden Auflagen nehme Forschungsminister Riesenhuber bis hin zu den Standortentscheidungen aktiv Einfluß. Für die Unternehmen könnte sich auf Dauer zum Beispiel das Verbot der Zusammenarbeit mit Japan als ein Hemmnis erweisen. Der Staat sollte sich auf die Förderung der Grundlagenforschung und die indirekte Forschungsförderung konzentrieren und für die Verbesserung des allgemeinen Forschungsklimas sorgen.

Nach Meinung des SPD-Forschungsobmanns Vosen hat Riesenhuber „einen langen Nervenkrieg gegen die Firma Siemens verloren".

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Keine Zinssenkung

London (fu) – Premierministerin Margaret Thatcher hat die von der britischen Wirtschaft dringend geforderte Zinssenkung bis auf weiteres ausgeschlossen. Die feste Haltung der Regierungschefin hängt mit der Furcht vor einem Ölpreiskrieg zusammen. Der nach den Opec-Beschlüssen von Genf einsetzende Druck auf die Spotmarkt-Ölpreise hat bereits zu einem erheblichen Wertverlust des Pfundes als „Nordseeöl-Währung" geführt.

Hoffnung auf US-Hilfe

Jerusalem (AFP) – Die israelische Regierung hofft auf eine zivile und militärische Hilfe der USA von insgesamt 3,505 Mrd. Dollar im Finanzjahr 1987, berichtete der israelische Rundfunk. Einen entsprechenden Antrag habe Finanzminister Yitzhak Modai dem amerikanischen Botschafter Thomas Pickering übermittelt.

Dumping-Preise

Brüssel (AFP) – Die EG-Kommission hat eine Untersuchung über Dumping-Preise von importierten Tiefkühltruhen aus der „DDR", der Sowjetunion und Jugoslawien eingeleitet. Die Untersuchung erfolgt auf eine Beschwerde hin, die vom EG-Herstellerverband eingebracht wurde. Nach dessen Angaben liegen die Verkaufspreise der importierten Geräte um neun bis 42 Prozent unter denen vergleichbarer EG-Produkte.

UdSSR-Getreideplan

Washington (AFP) – Die Zielsetzungen für die Getreideproduktion im neuen sowjetischen Fünfjahresplan (1986–90) wurden vom US-Landwirtschaftsministerium als „nicht realistisch" bezeichnet. Zur Erfüllung des Plans müsse die jährliche Getreideproduktion der UdSSR 240 Mill. Tonnen erreichen. Im auslaufenden Plan (1981–85) habe sie im Durchschnitt jedoch bei nur 178 Mill. Tonnen gelegen.

Adidas in Ungarn

Budapest (dpa/VWD) – Als erstes Großunternehmen hat der deutsche Sportartikelhersteller „adidas" im kommunistischen Ungarn ein Unternehmen mit mehrheitlich ausländischer Beteiligung gegründet. Die adidas Sportschuhfabriken Adi Dassler Stiftung u. Co. KG, Herzogenaurach, hat mit den ungarischen Partnern Außenhandelsbank, Tricotex, Hungarocoop und Artex das Gemeinschaftsunternehmen „adidas-Budapest GmbH" gegründet. Die Deutschen halten 51 Prozent des Kapitals von 30 Mill. Forint (rund 5,4 Mill. DM).

Verhandlung mit Moskau

Turin (AP) – Der italienische Autokonzern Fiat hat Verhandlungen über den Bau eines Automotorenwerks in der Sowjetunion begonnen. In Turin teilte ein Sprecher der Firma mit, daß in der Fabrik Fiat-Motoren in Lizenz nachgebaut werden sollen. Aus der Fiat-Zentrale in Turin verlautete, daß der Auftrag einen Umfang von einer Mrd. Dollar erreichen könnte.

EG-Forschungsprogramme

Brüssel (VWD) – Die EG-Forschungsminister haben sich auf die Dotierung der Gemeinschaftsprogramme für Forschung und Entwicklung in den Bereichen Umwelt und neue Materialien verständigt. Statt ursprünglich 215 Mill. Ecu stehen jetzt insgesamt 145 Mill. Ecu (rund 473 Mill. DM) bereit.

TUNESIEN / Nach drei mageren Jahren 1985 wieder ein besseres Tourismusgeschäft

Wildschweine für deutsche Jäger

dpa/VWD, Tunis

Nach drei mageren Jahren hat Tunesien 1985 im Tourismusgeschäft wieder aufgeholt. Die Zahl der Übernachtungen stieg bis zum Ende der Hauptreisezeit im September nach einem vorläufigen Überblick um mindestens 20 Prozent. Das Tourismusministerium hatte mit allenfalls 15 Prozent mehr gerechnet. Die vollständige Bilanz wird voraussichtlich erst im Frühjahr 1986 vorliegen. Sie dürfte sich aber in der Tendenz angesichts eines ungewöhnlich langen und schönen Spätsommers kaum ändern. So wurden immerhin Mitte November nicht nur im sonnigen Süden um die Insel Djerba, sondern auch in den Ferienorten im Norden um Tunis, Hammamet, Nabeul und Cap Bon Tagestemperaturen bis zu 27 Grad und damit Badewetter an allen Stränden gemessen.

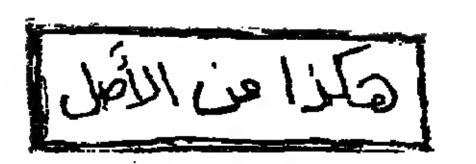
Vor allem die Europäer entdeckten in diesem Jahr Tunesien wieder, nachdem 1982 und 1983 die Besucherzahl zurückgegangen war, und 1984 die Zahl der Übernachtungen mit plus 0,2 Prozent stagnierte. 1985 strömten dagegen bis August über 30 Prozent mehr Europäer in das kleine nordafrikanische Land, fast 60 Prozent mehr Niederländer, rund 44 Prozent mehr Italiener und über 41 Prozent mehr Deutsche, die in dieser Zeit mit knapp zwei Millionen Übernachtungen an zweiter Stelle hinter den Franzosen mit 2,1 Millionen lagen. Die höhere Zahl der deutschen Gäste wird um so erfreulicher bewertet, als man 1981 bereits 330 000 deutsche Besucher zählte, 1984 aber nur noch 220 000. In der Bundesrepublik sehen tunesische Tourismusmanager noch ein großes Reservoir für ihre ehrgeizigen Projekte.

Bisher wurden die tunesischen Hotels nur zwei Monate im Jahr voll ausgelastet. Auf der Suche nach einer Verlängerung der Saison, die vom Wetter her keine Probleme kennt, werden nicht nur neue Hotels gebaut, sondern auch alternative Angebote entwickelt. Tunis selbst soll sich als Kongreßstadt mit anspruchsvoller Hotelerie profilieren, was in diesem Herbst allerdings noch wenig Erfolg hatte.

Das nationale Tourismusamt ONTT will in der Bundesrepublik besonders die Jäger ansprechen. Für rund 300 DM gibt es in Tunesien eine einwöchige Jagdlizenz auf Wildschwein, Schakal und Fuchs. Wildschweine sind in Tunesien nicht rar, und die Jagdzeit dauert vom 22. September bis 30. März.

Tourismusminister Ezzeddine Chelbi sieht aber auch beim herkömmlichen Sommertourismus für Tunesien noch viele Möglichkeiten. Sein Land vereinige erst 1,5 Prozent der rund 100 Millionen Mittelmeerurlauber auf sich. Der derzeitige VI. Wirtschaftsplan soll die Voraussetzungen für einen größeren Anteil am Ferienkuchen liefern. Er sieht bis 1990 rund 30 000 neue Betten zu den bestehenden 94 000 vor. Davon wurden allein 1985 schon 10 000 fertiggestellt. Jetzt wird bereits der Ausbau auf 165 000 Betten angestrebt, die meisten in riesigen Ferienstädten.

Diese starke Investition in Bettenburgen wird mit dem hohen Anteil des Tourismus an den Deviseneinnahmen begründet. 1985 trug er nach Angaben des Ministeriums mit 22 (18) Prozent zu den gesamten Deviseneinnahmen des Landes bei. Tunesien braucht dafür nicht einmal allzuviel selbst aufzubringen. Lediglich Steuerausfälle nimmt es in Kauf, seitdem 1985 Investitionen in Hotelerneuerungen von Zöllen und Steuern befreit wurden. Die Feriendörfer werden zum größten Teil mit Geldern arabischer Ölstaaten finanziert.



…MPUTERVISION / Umsatzverdreifachung erwartet

…AD-Markt gewinnt Fahrt

JOACHIM WEBER, München

…olfgang Sass, Geschäftsführer …Computervision GmbH, München, kann sich über einen noch na… unberührten Markt freuen – …e zwei Prozent wird der Sätti…gsgrad (wenn man davon über…t reden kann) im Bereich der …-Systeme Ende dieses Jahres er…t haben: „Etwa 500 000 Zeichen…tern stehen dann erst 10 000 …-Arbeitsplätze gegenüber."

…AD (Computer Aided Design oder …putergestützte Konstruktion) … CAM (Computer Aided Manufac…g oder computergestützte Ferti…g) sind Kürzel für hochspeziali…ten Datenverarbeitungssysteme, …geometrische Darstellungen zwei- … dreidimensional verarbeiten … in den leistungsfähigeren Versio… sogar Bewegungen der darge…ten Teile simulieren können.

…ach Einschätzung von Sass wer… solche elektronischen Konstruk…shelfer in Gestalt von Bildschirm…minals in den nächsten Jahren im… rascher die Arbeitsplätze der …strukteure und Ingenieure er…ern. Im Hintergrund stehen dabei …ssive Zwänge:

…Die Innovationszyklen industriel… Produkte werden immer kürzer.

…Die Zahl der Angebote, die für ei… Anfrag abzugeben sind, nimmt …ndig zu – derzeit liegt der Durch…nitt schon bei etwa acht Offerten …Abschluß.

…Am Arbeitsmarkt für qualifiziertes …wicklungspersonal zeichnen sich …ehmend Engpässe ab.

…Alles zusammen zwingt dazu, die …wicklungszeiten zu verkürzen … die Konstruktionskosten zu sen…. Um zudem zu besseren Produkten zu kommen und damit im immer transparenteren Markt höhere Erfolgsquoten zu erreichen, bemühen sich die Konstrukteure, eine möglichst große Zahl technischer Alternativen zu untersuchen. Für solche Gründlichkeit am Zeichenbrett oder eben zunehmend am Bildschirm sprechen auch betriebswirtschaftliche Gründe: Im Maschinenbau werden etwa zwei Drittel der Herstellkosten bereits in der Konstruktion fixiert, und der Trend geht dahin, Teile und ganze Geräte zunehmend fertigungsgerecht zu konzipieren.

Mit der Einsicht, daß für all diese Aufgabenstellungen der Computer unverzichtbares Werkzeug geworden ist, hinkt die deutsche Industrie gegenwärtig noch hinter ihren großen Konkurrenten her. In den USA sind bereits 27 Prozent der potentiellen CAD-Arbeitsplätze computerisiert, Japan liegt nur geringfügig darunter.

Doch auch in der Bundesrepublik ist die CAD-Welle jetzt ins Rollen gekommen, nicht zuletzt durch ein 400 Mill. DM schweres Förderprogramm der Bundesregierung. „Für den Verkauf der ersten hundert Systeme haben wir sieben Jahre gebraucht – für die letzten hundert gerade zwölf Monate", verdeutlicht Sass.

Für die deutsche Tochter des amerikanischen CAD-Pioniers Computervision (Umsatz 1984: 586 Mill. Dollar) bedeutete diese Beschleunigung in den ersten neun Monaten 1985 eine Umsatzsteigerung um 82 Prozent auf gut 90 Mill. DM. Das 360-Mitarbeiter-Unternehmen, mit einem 15prozentigen Marktanteil am CAD/CAM-Geschäft deutscher Marktführer, hofft bis zum Jahresende auf einen Umsatz von 140 bis 150 Mill. DM.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE / Mit neuer Struktur auf dem Vormarsch zur Stärkung des Maschinenbaupotentials

Rückenwind durch den Konjunkturaufschwung

J. GEHLHOFF, Oberhausen

Zum Aufstieg aus zweijähriger Verlustperiode, den man mit Strukturbereinigung im großen MAN-Bereich geschafft habe, geselle sich nun verläßlich positiver Rückenwind aus Belebung auch der heimischen Investitionsgüterkonjunktur. Klaus Götte, als Vorstandsvorsitzender der Holding Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, Chef des größten europäischen Maschinenbaukonzerns, hat für dieses Urteil schöne Zahlen auch aus dem ersten Tertial des neuen Geschäftsjahres 1985/86 (30. Juni) parat:

Der im Konzern-Geschäftsjahr 1984/85 stattliche Anstieg des Auftragseingangs um gut ein Fünftel setzte sich in diesem Tertial mit stattlicher Plusrate von 14,6 Prozent fort, wobei auch die Inlandsaufträge um 6,9 Prozent wuchsen. Der bis Ende Oktober um weitere 5,7 Prozent auf knapp 14 Mrd. DM gewachsene Auftragsbestand bedeute jetzt für das Gros des Konzerns Vollbeschäftigung bis über den nächsten Bilanzstichtag hinaus. Nach vier Schrumpfungsjahren zeige nun auch die in diesem Tertial um 2,2 Prozent erhöhte Belegschaftszahl Aufwärtstrend.

Zu herausragendem Prophetenmut freilich verleitet das den Chef des groß und breit in der deutschen Investitionsgüterindustrie verankerten Konzerns noch nicht. Abseits von Sondervorgängen (wie der gut 0,5 Mrd. DM schwere Verkauf der MTU-Hälfte an Daimler) habe 1984/85 zwar einen Umschwung des Konzernergebnisses um 300 Mill. DM in nun 128 Mill. DM „operativen" Gewinn gebracht. Aber mehr als diese magere Umsatzrendite von knapp 0,9 Prozent stellt Götte („das Ziel liegt eher bei drei Prozent") auch für das laufende Jahr noch nicht in Aussicht.

Ergo können die 30 000 Kleinaktionäre der GHH-Holding, denen zur Hauptversammlung am 14. Februar eine Dividendenaufstockung auf 5,50 (3) DM zur Beschlußfassung vorliegt, noch nicht auf Rückkehr zu der letztmals vor drei Jahren gezahlten Dividende von 7 DM hoffen. Vorsichtige Vorsorge in der Verwendung des wachsenden Konzernertrages bleibt bei der Holding Trumpf.

Konzernchef Götte kann solche Ertragsverwendung leicht zweimal begründen. Erstens mit dem Hinweis, daß die in der Münchner Regina-Gruppe vereinten Großaktionäre (Allianz-Versicherungskonzern und Commerzbank mit knapper Mehrheit an den stimmberechtigten 432 Mill. DM von 583 Mill. DM Aktienkapital der Holding) dies wohlwollend begleiten. Zweitens und im Zweifel gewichtiger mit dem Argument, daß die nun anbrechende Phase der Konzern-Neustrukturierung ihre Bewährungsprobe ja noch vor sich habe.

Kernpunkt des Strukturwandels: Die bislang „mehrstufig" dezentrale Organisation wird beseitigt durch Übernahme-Auflösung der gewichtigsten „Zwischenholding" MAN, deren Kleinaktionäre (25 Prozent Anteil an dort 430 Mill. DM Aktienkapital) in der ersten Hälfte von 1986 in noch unbekannter Relation der Umtausch ihrer Anteile in Holding-Aktien angeboten wird. Die Holding wird mit maximal 250 Arbeitsplätzen 1986 ihr Domizil aus dem Ruhrrevier nach München verlagern.

Ein für die Zukunft hoffnungsvoller Aspekt der in ihren Grundzügen bekannten Konzern-Neustrukturierung ist darin zu sehen, daß unter den künftig acht an die Holding angebundenen Organtöchtern (davon fünf aus bisherigem MAN-Bereich) auch die „MAN-Technologie GmbH, München" vertreten ist. Diese hat derzeit etwa 1000 Beschäftigte, und sie soll, postuliert Götte, in wachsendem Umfang Aufgaben der Produktinnovation auch „bereichsübergreifend" mit dem Ziel wahrnehmen, das Maschinenbaupotential des Konzerns mit neuen Produkten zu stärken.

Auf solcher Linie (bis hin zu derzeit nicht konkretem Beteiligungszukauf) liegt alle Expansionslust des Konzerns. Finanzkraft dafür hat er besonders seit dem Ertragsumschwung von 1984/85 deutlich hinzugewonnen. Wie sie genutzt wird, hat ab 1986 auch ein erweiterter Holding-Vorstand zu entscheiden. Er hat derzeit nur zwei Köpfe. Im nächsten Jahr werden es eher acht. Denn neben ein oder zwei Chefs für zentrale Ressorts sollen auch die Vorstandschefs der großen Konzerntöchter in den Vorstand der Holding einziehen, die künftig den Gesamtkonzern straffer führen will.

GHH-Konzern	1984/85	±%
Gesamtumsatz (Mill. DM)¹)	14 595	+ 15,1
Exportanteil (%)	50,5	(46,5)
Auftragseingang	14 978	+ 21,4
Exportanteil (%)	52,7	(47,8)
Auftragsbestand	13 192	+ 5,5
Beschäftigte²)	54 887	- 4,4
Personalaufwand	3 138	+ 4,6
Gesamtinvestitionen	340	- 36,7
Cash flow³)	662	+ 96,4
Bruttoergebnis⁴)	505	+144,0
Jahresergebnis	128	(- 172)
Ausschüttung	86,2	+ 86,0
dav. Holding	64,1	+ 83,3

¹) Dazu 2,1 (1,9) Mrd. DM bei 60 (51) Auslandstöchtern mit 7 356 (6 767) Beschäftigten. ²) Jahresdurchschnitt. ³) Vorstandsangabe nach Steuern. ⁴) Vorstandsangabe nach DVFA 36,20 (14,40) DM je Aktie plus 82,5 (30,4) Mill. DM für Konzernfremde.

BAUINDUSTRIE

Das Wachstum bleibt gering

adh. Frankfurt

Auf allenfalls ein Prozent veranschlagt Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, die Zunahme der Bauinvestitionen im kommenden Jahr. Zwar steigen die Bauinvestitionen im Wirtschaftsbau um vier Prozent und auch der öffentliche Bau dürfte etwa vier bis fünf Prozent zulegen, demgegenüber steht aber eine Abnahme im Wohnungsbau um „mindestens" vier Prozent.

In diesem Jahr sieht die Lage in der Bauwirtschaft noch düsterer aus: Die Produktion des Bauhauptgewerbes wird um zwölf Prozent schrumpfen,

für die gesamte Bauwirtschaft rechnet der Verband mit einem Rückgang um acht Prozent. Eine der Folgen ist ein nochmaliger Rückgang der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe um neun Prozent (oder 100 000 Beschäftigte) auf gut eine Million. Die Zahl der Bauinsolvenzen kletterte bis Ende September um 17,5 Prozent auf 1749, für das ganze Jahr erwartet Herion rund 2400 Pleiten im Bauhauptgewerbe.

Vor diesem Hintergrund betonte Herion anläßlich einer Baustellenfahrt zum Dietershan-Tunnel auf der Neubaustrecke der Deutschen Bundesbahn von Hannover nach Würzburg die Bedeutung der Bauinvestitionen der Bundesbahn, die auf Jahre hinaus Arbeitsplätze sicherten.

ENERGIE-VERSORGUNG SCHWABEN

Kernkraftanteil verdoppelt

nl, Stuttgart

Die in den Maßnahmen zur Entschwefelung und Entstickung der Rauchgase bereits weit vorangekommene Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart, leitet einen weiteren Teil der Mehrkosten an die Kunden weiter. Mit Wirkung vom 1. März 1986 sol der Strompreis um insgesamt 3,7 Prozent erhöht werden. Ein entsprechender Antrag wurde beim baden-württembergischen Wirtschaftsministerium gestellt. Die letzte Preiserhöhung (um 3,3 Prozent) liegt eineinhalb Jahre zurück.

Für 1985 geht EVS-Vorstandsvorsitzender Peter F. Heldinger von einem Zuwachs des Stromverbrauchs von 5,5 Prozent aus. Wegen der Sättigungstendenzen bei Elektrogeräten und beim Wohnungsbau rechnet er für 1986 im Stammbereich mit einem geringeren Wachstum. Das Unternehmen sieht inzwischen eine deutliche Verbesserung in seiner Beschaffungsstruktur. Mußten 1984 noch 53 Prozent des Stroms bezogen werden, so sind es 1985 nur noch 28 Prozent. Der kräftige Anstieg der Eigenerzeugung geht auf zwei neu hinzugekommene Kraftwerksblöcke zurück: die Hälfte des 1300-MW-Blocks 2 im Kernkraftwerk Philippsburg und der Block 7 mit 700 MW im EVS-Steinkohlekraftwerk Heilbronn. Der Kernenergieanteil bei der EVS hat sich innerhalb Jahresfrist verdoppelt und beträgt jetzt 52 Prozent.

Die Sachinvestitionen steigen 1985 um 36 Prozent auf 765 Mill. DM. Hinzu kommen weitere 730 Mill. DM als EVS-Anteil für Investitionen im Beteiligungsbereich. Nach diesem „Gipfelsturm" legt die EVS 1986 mit Gesamtinvestitionen von etwa 700 Mill. DM eine Verschnaufpause ein.

WASCHMITTEL / Industrie klagt über geringe Rendite

Steter Verbrauchsrückgang

adh. Frankfurt

Auf 8,85 Mrd. DM bei einer Importquote von gut 13 Prozent schätzt der Industrieverband Körperpflege und Waschmittel (IKW) den deutschen Gesamtmarkt für Körperpflegemittel in diesem Jahr. Nur ein sehr kleiner Teil des vierprozentigen Zuwachses entfällt auf Preiserhöhungen, betonte IKW-Sprecher Andreas Wirtz (Dalli) vor der Presse in Frankfurt. Unbefriedigender sei, vor allem durch den ausgeprägt scharfen Wettbewerb auf der Handelsstufe, die Situation bei Wasch- und Reinigungsmitteln, bei denen die Vollkosten der produzierenden Unternehmen im allgemeinen nicht mehr zu decken seien.

Mit einem Volumen von knapp 3,8 Mrd. DM (in Endverbraucherpreisen) blieb der Verbrauch 1985 etwa vier Prozent unter dem Vorjahresstand. Dabei verloren die Weichspüler mit einem Minus von rund acht Prozent am stärksten an Boden, gefolgt von den Universal-Waschmitteln mit einem Rückgang um fünf Prozent.

Bei ihrem Bemühen, die Preise anzuheben und so die Rendite zu verbessern, ist die Wasch- und Reinigungsmittelindustrie auch in diesem Jahr nicht recht vorangekommen: Seit 1980 stieg der Erzeugerpreisindex nur um 1,9 Prozent. Während das die Folge des knallharten Wettbewerbs auf der Handelsstufe ist, sieht die Branche den stetigen Verbrauchsrückgang vor allem als Folge der anhaltenden Diskussion um die Umweltbelastung durch Wasch- und Reinigungsmittel. Vor diesem Hintergrund wird auch im kommenden Jahr mit einem Verbrauchsrückgang gerechnet; bei Körperpflegemitteln wird dagegen ein Plus von vier bis fünf Prozent erwartet.

NAMEN

…Dr. Wolfgang Händel, Vorstands…mitglied des Haftpflichtverbandes …r Deutschen Industrie (HDI), Han…nover, und Edgar Müller-Gotthard, …orstandsmitglied der Nordstern All…gemeine Versicherungs-AG, Köln, …erden Anfang 1986 in den Vorstand …r Victoria Versicherungsgesell…schaften, Düsseldorf/Berlin, eintre…n. Die Berufung durch den Victo…-Aufsichtsrat erfolgt am kommen…n Freitag.

…Bodo Goschler wurde vom bisher …ellvertretenden zum ordentlichen …orstandsmitglied der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, bestellt. Er ist Nachfolger von Hermann Danker, der zum Jahresende in den Ruhestand tritt. Vorstandsmitglied Dr. Joachim-Rüdiger Kantz übernimmt die Vorstandsaufgaben von Klaus Ketelböter, der ebenfalls in den Ruhestand tritt.

Direktor Helmut Elliger, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Eisenbahnen (BDE), Köln, scheidet Ende Dezember aus diesem Amt aus. Sein Nachfolger wird Dieter Ludwig, Geschäftsführer der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH (AVG).

BERLIN-MESSE

Position ausgebaut

tb. **Berlin**

Für Berlin war 1985 ein gutes Messejahr. Zwar gibt es keinen Grund zur Euphorie, doch bei dem härter werdenden Geschäft ist die AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH sehr zufrieden. Das betonte AMK-Geschäftsführer Dr. Manfred Busche. Im internationalen Wettbewerb habe Berlin seine Position teilweise sogar noch ausbauen können.

1985 beteiligten sich 5978 Firmen und Organisationen an den Messen und Ausstellungen unter dem Berliner Funkturm; 1983 – in dem Jahr fand auch eine Funkausstellung statt – waren es nur 5209. Die Gesamtbesucherzahl war zwar gegenüber 1983 zurückgegangen (1,19 Mill. nach 1,21 Mill.), doch stieg der Anteil der Fachleute von 191 190 auf 194 704.

Auch das Jahr 1986, in dem unter anderem die Grüne Woche, die 20. Internationale Tourismus-Börse und die Übersee-Import-Messe stattfinden, verspricht gut zu werden.

Stolz ist man auf die Ergebnisse im Kongreßbereich. Das ICC Berlin erhielt von den Lesern der britischen Fachzeitschrift „Conferences & Exhibitions International" den Titel „Bestes Kongreßzentrum des Jahres". 177 000 Kongreßteilnehmer und 220 000 Besucher bei anderen Veranstaltungen wurden gezählt. Das ICC war zu 84 Prozent ausgelastet.

Da das Messegelände unter dem Funkturm an seine Kapazitätsgrenzen stößt soll die vermietbare Fläche von derzeit 72 000 Quadratmeter bis 1991 auf 88 500 Quadratmeter vergrößert werden.

Industriepark nimmt Gestalt an

nl. **Stuttgart**

Der auf baden-württembergische Initiative hin geplante Industriepark in Japan nimmt konkrete Gestalt an: Für diesen „German Industrial Park", der vor allem mittelständischen Firmen aus der Bundesrepublik dazu verhelfen soll, in Nippon Fuß zu fassen, wurde inzwischen ein 10 000 Quadratmeter großes Gelände in Yokohama gekauft. Zur Finanzierung des Projekts wird die Deutsche Bank in der Bundesrepublik einen Grundstücksfonds im Volumen von 25 Mill. DM auflegen, der mit sechs bis sieben Prozent Rendite nach Steuern bedient werden dürfte.

Nach Angaben von Hermann Honold, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, sei mit der Realisierung des Projekts bis 1987 zu rechnen. Bisher haben sich 17 Firmen zu einer Ansiedlung in diesem Industriepark entschlossen, davon stammen ein Dutzend aus Baden-Württemberg und fünf aus anderen Bundesländern. Etwa 60 bis 70 Prozent der Fläche sind damit belegt. Grundidee sei, den Firmen zunächst eine Basis für Vertriebs-, Service- und Montagearbeiten zu bieten.

Daß noch manches zu tun sei, um bestehende Schwierigkeiten beim Marktzugang in Japan zu beseitigen, unterstrich Bernhard Großmann, von der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan. Eine ab 1. 4. 1986 wirksame 20prozentige Einfuhrzollsenkung für 1800 Positionen stelle noch nicht zufrieden. Das von der Bundesrepublik gegenüber Japan in 1984 ausgewiesene Handelsbilanzdefizit von rund 11 Mrd. DM werde seiner Meinung nach in diesem Jahr sogar noch etwas steigen.

IM GESPRÄCH / Walter Seipp, der morgen 60 Jahre alt wird, brachte die Commerzbank wieder auf Ertragskurs

Dem Tüchtigen half das Glück der Börsenhausse

CLAUS DERTINGER, *Frankfurt*

Alle drei Großbanken glänzen in diesem Jahr mit Gewinnrekorden. Aber bei keiner von ihnen wird der Erfolg so personifiziert wie bei der Commerzbank mit ihrem Vorstandsvorsitzenden Walter Seipp. Auch seine Kollegen in den Chefetagen der Deutschen und der Dresdner Bank erkennen neidlos und mit einem Schuß Bewunderung an, daß es Seipp in knapp fünf Jahren gelungen ist, die Nummer drei unter den Großbanken nicht nur aus einer tiefen Krise herauszuführen, sondern auch auf einen Ertragskurs zu trimmen, bei dem sie endlich den Vergleich mit der nächstgrößeren Dresdner Bank nicht mehr zu scheuen braucht. Walter Seipp, der morgen 60 wird, mangelt es denn bei der Darstellung des geschäftlichen Erfolges seiner Bank auch nicht an Selbstbewußtsein.



Commerzbank-Chef Seipp
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Von Lichtenberg engagiert

„Seipp ist ein Glück für die Com*merzbank, aber die Commerzbank ist* auch ein Glück für Seipp", heißt es über den promovierten Juristen, der wohl nirgendwo anders soviel Dynamik hätte entfalten können wie gerade bei der Commerzbank. Zu deren Führung hat ihn Paul Lichtenberg, Aufsichtsratsvorsitzender und seinerzeit der starke Mann der Bank, 1981 aus dem Vorstand der Westdeutschen Landesbank (WestLB) unter recht ungewöhnlichen Umständen angeheuert. Immerhin war Seipp zweiter *Mann* bei der WestLB mit einem noch bis 1984 laufenden Vertrag in der Tasche. Aber allein die politische Konstellation in Nordrhein-Westfalen hätte Seipp bei der WestLB wohl den Weg an die Spitze versperrt.

Die Commerzbank, die infolge von Fehldispositionen in eine Schieflage geraten war – rote Zahlen konnten nur mit Substanzveräußerung kaschiert werden – brauchte nach dem Ausscheiden des für das Debakel verantwortlichen früheren Vorstandssprechers dringend einen erfahrenen Mann mit Durchsetzungsvermögen, der das Institut wieder auf Kurs bringt und vor allem Vorstand und Mitarbeiter zu neuen Taten motiviert.

Das war alles andere als ein Zuckerschlecken. Für einen Vollblutbankier mit der Dynamik eines Walter Seipp war es etwas ganz Neues, sich aufs Schuttwegräumen und das Umstrukturieren eines 20 000-Mann-Betriebes zu beschränken, der mangels ausreichender Ertragskraft zur Stagnation verurteilt ist. Es gab niemanden, der Seipp um diese Aufgabe beneidete, aber wohl manchen, der sich skeptisch fragte, ob eine gedeihliche Kooperation in einem ohnehin zum Auseinanderdriften neigenden Vorstand möglich sei, dem ein Vorsitzender „vor die Nase gesetzt" wird; denn auch bei der Commerzbank gab es vorher ebenso wie bei den anderen Großbanken nur einen Sprecher als Primus inter pares.

Aber Walter Seipp schaffte es ohne von außen sichtbare größere Friktionen. Seine internationale Professionalität, schon während der 20jährigen Karriere bei der Deutschen Bank geschätzt, überzeugte die Vorstandskollegen und die Mitarbeiter ebenso wie einige seiner hervorstechenden persönlichen Eigenschaften. Der Chef, dessen Lebensmittelpunkt die Bank ist und für den Golfen, Skifahren und die Beschäftigung mit der Historie nur „Nebenhobbys" sind, kann zuhören, ist schlüssigen sachlichen Argumenten aufgeschlossen und entscheidet rasch. Mit seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Lichtenberg – „King Paul", sicherlich kein Mann, der leicht zu nehmen ist – verbindet ihn ein Gefühl gegenseitigen Respekts und des Vertrauens, so daß Paul Lichtenberg, anders als bei Seipps Vorgänger, überhaupt nicht den Versuch unternimmt, in die Bank hineinzuregieren.

Die Wiedergesundung der Commerzbank hat Seipp zunächst mit inneren Reformen (Stichwort: Abbau der zu teuren langfristigen Fremdmittel) und in einer zweiten Phase unter Beibehaltung des Konsolidierungskurses – durch neue Marketing-Aktivitäten erreicht. Er hat die unternehmerische Verantwortung der Führungskader im Firmenkreditgeschäft durch eine Vervielfachung der Kompetenz bei Kreditzusagen kräftig ausgeweitet und damit die Mannschaft „an der Front" motiviert, dabei aber gleichzeitig die zentralen Kontrollen verstärkt.

Fastenkur beendet

Die ersten Erfolge konnte Seipp im letzten Jahr nach drei dividendenlosen Jahren mit der Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung von sechs Mark für das Geschäftsjahr 1983 präsentieren. Nicht die Aktionäre, aber durchaus wohlmeinende Vorstände der Konkurrenz und auch die Bankenaufsicht empfanden das freilich als allzu ehrgeizig, weil die Commerzbank nach dem Aderlaß an stillen Reserven und wegen der Ertragsschwäche in den vergangenen Jahren noch einen erheblichen Nachholbedarf bei der Risikovorsorge hatte.

Erst in diesem Jahr kann die Commerzbank wirklich wieder frei durchatmen. Sie hat erstmals seit Jahren richtig Speck angesetzt, und Walter Seipp hat dem Institut die Fesseln der „selbstverordneten Fastenkur" abgestreift. Er erntet jetzt die Früchte erheblicher Investitionen in Personal und moderne Technik. Dem Tüchtigen half freilich auch das Glück; und das brachte in diesem Jahr die weltweite Börsenhausse.

Wang: Gewinnzone in Reichweite

Wb. **Frankfurt**

Dieter Baszista, Geschäftsführer der Wang Deutschland GmbH, Frankfurt, ist sich recht sicher, im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) die Gewinnzone zu erreichen. 1984/85 hat die Filiale des US-Computerherstellers Wang Laboratories Inc., Lowell/Massachusetts, trotz einer Umsatzsteigerung um 30 Prozent auf 265 (205) Mill. DM dieses Ziel noch einmal verfehlt.

Hauptursache war neben den Kosten der sprunghaften Expansion der Dollarkurs. Nicht zuletzt sein Rückgang stimmt jetzt wieder optimistischer. 1985/86 will die deutsche Gesellschaft mit ihren 780 (670) Beschäftigten den Umsatz erneut um 25 Prozent ausweiten. Dabei soll auch der Aufbau neuer Arbeitsplätze in ähnlichem Tempo weitergehen.

Die generelle Flaute im amerikanischen Computermarkt und die Preiskämpfe in ihrem Gefolge sowie Probleme bei Wang selbst, neue Geräte zum angekündigten Termin verfügbar zu haben, trugen dem Unternehmen im letzten Quartal des Geschäftsjahres 1984/85 einen satten *Verlust von 109 Mill. Dollar ein. So* konnte fürs Gesamtjahr nur mit Mühe noch ein Konzern-Nettogewinn von 15,5 (210) Mill. Dollar ausgewiesen werden. Maßnahmen der Kostenkontrolle sorgten im ersten Quartal 1985/86 bereits wieder für einen Gewinn von 7 (51) Mill. Dollar. Der Tritt auf die Bremse bewirkte aber auch, daß bei einer Zunahme der Auftragseingänge um 16 Prozent auf 699 Mill. Dollar im ersten Quartal der Umsatz nur auf 561 (554) Mill. Dollar wuchs. Im Flautejahr 1984/85 war noch eine Steigerung um 8 Prozent auf 2,35 (2,18) Mrd. Dollar gelungen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Besitzwechsel

Stuttgart (nl.) – Leitende Mitarbeiter der Tuchfabrik Lörrach GmbH, Lörrach, haben die Kapitalmehrheit am 2,5 Mill. DM betragenden Stammkapital dieses Unternehmens übernommen. Erworben haben sie die Anteile von der französischen Dollfus & Noack S. A., Sausheim/Elsaß, dem bisherigen Mehrheitsgesellschafter von Tuch Lörrach. Das Lörracher Unternehmen beschäftigt rund 150 Mitarbeiter und erwartet für das laufende Jahr einen Umsatz von über 20 (1984: 17) Mill. DM.

Auftrags-Tief bei Werften

Bremen (dpa/VWD) – Die Auftragsbestand der Werften für Neubauten war am 1. Oktober 1985 weltweit mit 40,15 Mill. Tonnen Tragfähigkeit nahezu auf den bisherigen Tiefstand vom 1. Oktober 1979 abgesunken. Damals hatten die Werften nur Aufträge zum Bau von Schiffen mit 34,64 Mill. Tonnen Tragfähigkeit. Wie das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik in Bremen mitteilte, sind Tanker an den Aufträgen nur noch zu 26,7 Prozent beteiligt.

Vier Beteiligungsprojekte

München (VWD) – Die im Mai gegründete BWB-Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft mbH, Grünwald bei München, hat die ersten Mittel für vier Beteiligungsprojekte ausgezahlt. Von den 70 Beteiligungsfällen, die derzeit geprüft werden, befinden sich 19 Vorhaben in einer Detailprüfung. Für größere Projekte wurde die Beteiligungsobergrenze von 1 Mill. DM auf inzwischen 2 Mill. DM erhöht. Die Bayerische Wagnisbeteiligungsgesellschaft stellt mittleren und kleineren, ausschließlich bayerischen Unternehmen langfristige Eigenkapitalmittel zur Verfügung, um ihnen die Durchführung von innovativen Maßnahmen zu erleichtern. An der BWB sind neben dem Bayerischen Versicherungsverband und der Bayern-Versicherung namhafte bayerische Banken beteiligt.

Neue Uhren-Kooperation

Stuttgart (nl.) – Die Firmen Junghans Uhren GmbH, Schramberg, und die Uhrenfabrik Senden GmbH (Europa-Uhren), Senden/Iller, haben in den Bereichen Großuhren-Technologie, Produktion und Beschaffung eine Kooperation vereinbart. Von dieser Zusammenarbeit versprechen sich beide Unternehmen eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Mehr Arbeitsplätze

Stuttgart (nl.) – Die zur Conti-Gummi-Gruppe gehörende Göppinger Kaliko- und Kunstleder-Werke GmbH, Eislingen, will die 6-Tage-Woche über eine flexible Arbeitszeit im 4-Schicht-Betrieb einführen. Mit der Ausweitung der Produktionskapazität ist für 1986 eine Aufstockung der Belegschaft um 100 Mitarbeiter vorgesehen. Die Kaliko-Gruppe beschäftigt derzeit 1260 Mitarbeiter.

Gemeinsame Firma

Bremerhaven (dpa/VWD) – Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) und die Geestemünder Bank AG Bremerhaven haben ein gemeinsames Unternehmen, die Bremerhavener Kühlhaus- und Kühldienst GmbH gegründet. Das Stammkapital in Höhe von 500 000 DM wird zu je 47,5 Prozent von beiden Unternehmen gehalten. Das Unternehmen soll sich mit Umschlag und Lagerung von Kühl- und Tiefkühlgütern befassen.

Digitaler Mobilfunk

Stuttgart (nl.) – Die ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, ein Beteiligungsunternehmen von Bosch, und der Geschäftsbereich Elektronik der Robert Bosch GmbH in Berlin, haben zusammen mit der zur Fiat-Gruppe gehörenden Telettra S. p. A., Mailand, eine Kooperation zur Entwicklung eines digitalen Mobilfunksystems im 900-MHz-Frequenz-Bereich vereinbart.

WLZ übernimmt Tessol

Stuttgart (nl.) – Die WLZ-Raiffeisen eG, Stuttgart, übernimmt zum 1. Januar 1986 das gesamte Stammkapital von 2 Mill. DM der im Mineralölgeschäft tätigen Tessol GmbH, Eislingen/Fils. Diese war bislang eine gemeinsame Tochter der WLZ und der Zeller & Gmelin GmbH & Co., Eislingen/Fils.

Keine Fusion Union-Devif

Frankfurt (cd) – Der Plan einer Verschmelzung der von den genossenschaftlichen Zentralbanken getragenen Investmentgesellschaft Devif (1,5 Mrd. DM Vermögen einschließlich Spezialfonds) mit der Union-Investment-Gesellschaft (5,5 Mrd. DM Publikumsfonds), die zu 48 Prozent von genossenschaftlichen Banken getragen wird, wird nicht weiter verfolgt, teilte die Devif gestern ohne Angabe von Gründen mit. Die Devif will sich jetzt verstärkt auch dem Publikumsfonds-Geschäft und der Akquisition von Versicherungsablauf-Fonds zuwenden.

INTERPANE / Neues Werk in den USA errichtet

Erfolgreich mit Isolierglas

dos, **Hannover**

Im Gegensatz zu den deutschen Isolierglas-Herstellern insgesamt, die 1985 mit einem Absatz- und Umsatzrückgang zwischen 5 und 10 Prozent und einer weiteren Ertragsverschlechterung rechnen, verzeichnet die Interpane-Gruppe, Lauenförde, erneut eine weitgehend positive Entwicklung. In besonderem Maße gilt das nach Angaben des geschäftsführenden Gesellschafters, Georg Hesselbach, für den Absatz. Gegenüber dem Vorjahr errechne sich ein Mengenzuwachs um 13,7 Prozent auf 1,264 Mill. Quadratmeter. Maßgeblichen Anteil daran hat das Auslandsgeschäft, dessen Quote auf gut 39 (32,2) Prozent angestiegen ist.

Vom Gesamtabsatz entfallen 55,2 (60,3) Prozent auf konventionelles Isolierglas. Der Anteil des beschichteten Wärmeschutzglases sowie der Halbfertigware (iplus) nahm gleichzeitig auf 44,8 (39,7) Prozent zu. Weniger erfreulich verlief die Umsatzentwicklung. Das unbefriedigende Preisniveau, so Hesselbach, habe nicht verbessert werden können. Hinzu kam die stärkere Hinwendung zum Produktbereich beschichtetes Basisglas. Dadurch erhöhte sich der Umsatz lediglich um 5,1 Prozent auf 81,7 (77,7) Mill. DM.

Zahlen zur Ertragsentwicklung will Hesselbach nicht nennen. Das Betriebsergebnis verdiene aber das Prädikat „noch zufriedenstellend", vor allem, wenn die Situation in der gesamten Branche berücksichtigt werde. Die kräftige Ausdehnung des Absatzes habe zur Reduzierung der Fixkosten beigetragen und die Auslastung, über alle Bereiche hinweg, auf rund 75 Prozent steigen lassen.

Differenziert schätzt Hesselbach die Aussichten für 1986 ein. Eine grundsätzliche Belebung des Isolierglasmarktes sei nicht zu erwarten, weil der Wohnungsbau nach wie vor von rückläufigen Zahlen geprägt sei. Stimulierende Faktoren gingen aber vom Wirtschaftsbau und von der Aufstockung der Mittel für Städtebauförderung aus. Einiges spreche dafür, daß nunmehr die Talsohle erreicht sei und zumindest das niedrige Niveau von 1985 beibehalten werde.

Für das eigene Unternehmen rechnet Hesselbach 1986 erneut mit kräftigen Zuwachsraten. Der Gruppenumsatz soll rund 94 Mill. DM erreichen. Anfang des Jahres will Interpane „versuchen", Preiserhöhungen von 5 bis 6 Prozent im Markt durchzusetzen. Dies würde dem Preisverfall im laufenden Jahr entsprechen.

Große Hoffnungen setzt das Unternehmen in das für 6 Mill. US-Dollar errichtete neue Werk in Deerfeld/Wisconsin. Die Inbetriebnahme der Produktionsstätte, in der beschichtetes Wärmeschutzglas hergestellt wird, ist für April 1986 vorgesehen. Bereits im ersten Jahr sollen 300 000 Quadratmeter im nordamerikanischen Markt abgesetzt werden. Die Gesamtkapazität ist auf 600 000 Quadratmeter ausgelegt.

Die Finanzierung dieses Projekts erfolgte im wesentlichen durch die Hannover Finanz GmbH, einer Tochter des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie. Die Gesellschaft ist seit 1984 mit 25 Prozent an Interpane beteiligt.

Zügiger Absatz von Schneeketten

nl, **Stuttgart**

Die zu den führenden Herstellern von Schneeketten, Rundstahlketten, Garten- und Parkmöbeln zählende Eisen- und Drahtwerk Erlau AG, Aalen/Württ., geht *„mit Zuversicht"* in die nächsten Monate. Umsatz und Auftragseingang haben sich nach Angaben des Unternehmens in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres 1985/86 (30. 4.) gut entwickelt. Der frühe Wintereinbruch habe beim Fachhandel für einen zügigen Absatz von Schneeketten gesorgt, so daß bereits nachbestellt werde.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 verbuchte das Unternehmen eine kräftige Umsatzssteigerung um 17,4 Prozent auf 50 Mill. DM. Das Wachstum fand in allen wesentlichen Produktbereichen statt. Allerdings blieb das Schneekettengeschäft infolge des relativ späten Schneefalls unter dem des normalen Winters. Ein kräftiger Schub kam dabei aus dem Auslandsgeschäft, das nunmehr 47 Prozent des Umsatzes ausmacht.

Aus dem auf 0,88 (0,70) Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß schüttet die Erlau AG eine von 11 auf 14 Prozent erhöhte Dividende auf das Grundkapital von 3,13 Mill. DM aus, an dem die Baden-Württembergische Bank AG mit mehr als einem Viertel beteiligt ist. Zuvor wurden 0,44 (0,35) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Das Unternehmen wartet mit einer soliden Eigenkapitalquote von 36 Prozent auf. Investiert wurden in Sachanlagen im Berichtsjahr nur mehr noch 1,2 (2,3) Mill. DM bei 1,6 (1,9) Mill. DM Abschreibungen. Für das laufende Jahr sind wiederum 2,3 Mill. DM Sachinvestitionen eingeplant worden. Erlau beschäftigt weltweit 560 Mitarbeiter.

Auf Zuwachs programmiert

wb. **Frankfurt**

Mit einer Ausweitung seines Forschungs- und Entwicklungspersonals um 39 Prozent sowie der Vertriebsmannschaft um 22 Prozent hat der dänische Meß- und Regeltechnik-Konzern Danfoss A/S, Nordburg, 1984/85 (30. 9.) versucht, die Grundlagen für einen neuen Wachstumsschub zu legen. Spürbar wurde davon noch nichts: Das Konzernwachstum blieb mit 8 Prozent auf umgerechnet 1,4 (1,3) Mrd. DM Umsatz unter den Vorjahresraten von 11 (14) Prozent.

Ursache des Wachstumsknicks war vor allem die stagnierende Nachfrage der Hausgeräte-Hersteller nach Kälte-Kompressoren, die immer noch rund 30 Prozent der Konzernumsätze ausmachen und ausschließlich in einem deutschen Werk in Flensburg produziert werden. Die übrigen Bereiche kamen wieder auf Wachstumsraten zwischen 10 und 11 Prozent.

Die Sachinvestitionen, 1983/84 auf 73 (44) Mill. DM gestiegen, wurden noch einmal kräftig um 20 Prozent auf 88 Mill. DM angehoben. Sie wurden insbesondere zur Verbesserung der Produktivität eingesetzt. Die hohen Vorleistungen für künftiges Wachstum wirkten sich auch auf das Ergebnis aus. Mit einem Gewinn vor Steuern von 83 (108) Mill. DM kommt der 13 000-Mitarbeiter-Konzern 1984/85 nur noch auf eine Brutto-Umsatzrendite von 6 (8,3) Prozent.

Die drei deutschen Danfoss-Töchter – zwei Werke und eine Vertriebsgesellschaft mit zusammen 2500 Mitarbeitern – erreichten nur noch einen Zuwachs um 4 (8) Prozent auf 568 (549) Mill. DM Umsatz. Die Bundesrepublik ist mit einem Anteil von 19 Prozent am Konzernumsatz der wichtigste Einzelmarkt der Dänen.

هكذا من الأصل

Bitte bedienen Sie sich:

Einfache Bedienung.
Der Schlüssel zu der neuen Geld- und Service-Einheit IBM 4736 ist die Eurocheque-Karte. Sie ermöglicht den Kunden sowohl die Benutzung des Geräts als auch den Zutritt zu seinem Standplatz. Klare Hinweise auf dem Bildschirm helfen bei der Benutzung.

Beruhigende Sicherheit.
Alle Daten werden durch einen zuverlässigen Code geschützt. Außerdem kann die Geld- und Service-Einheit IBM 4736 über einen Zweigstellenprozessor oder direkt an einen zentralen Computer angeschlossen werden, der bei Mißbrauch jede Auszahlung verweigert und die Eurocheque-Karte einbehält. Zusätzlich gibt es ein Überwachungssystem, das Fehler entweder selbst korrigiert oder direkt weiterleitet.

Zuverlässige Geldausgabe.
Jedes Modell der Geld- und Service-Einheit IBM 4736 verfügt über zwei Geldkassetten. Ausgezahlt werden Scheine von 10 DM, 20 DM, 50 DM oder 100 DM und viele geprüfte europäische Geldnoten.

Schnelle Überweisung.
Mit der Geld- und Service-Einheit IBM 4736 können die Kunden problemlos auch Kontoüberträge und Überweisungen abwickeln, ohne daß sie auch nur ein Formular ausfüllen müssen.

Umfassende Information.
Über den Bildschirm kann man zum Beispiel problemlos seinen aktuellen Kontostand abfragen. Wegen der Vertraulichkeit der Daten gibt es einen besonderen Sichtschutzfilter.

Übersichtliche Quittungen.
Über einen zusätzlichen Drucker können die Kunden von jedem Geschäftsvorgang eine Quittung erhalten. Gedruckt wird bei einer Zeilenbreite von bis zu 48 Zeichen mit maximal 100 Zeichen in der Sekunde.

...stem IBM 4700 ...nken und ...institute wächst. ...eueste Bau- ...ist die Geld- und ...ce-Einheit ...4736. Sie findet ...los Platz in ... Schalterhallen ... Foyers und hilft ...modernster ...nik den Instituten ...ihren Kunden. ... Kunden hilft sie, ...jetzt bei vielen ...geschäften noch ...cher selbst zu ...enen. Und den ...tuten hilft sie, ... Zweigstellen wirt...ftlich mit mehr ...puterleistung zu ...erstützen. Außer... ermöglicht das ...tem IBM 4700 ...ständige Zweig...densysteme, die ...en Ein- und Aus...egeräten samt Da...übertragung auch ...rokommunikation ... Textverarbeitung ...den Griff bekom...n. Wenn Sie mehr ...über wissen ...llen, wählen Sie ...e die Btx-Nummer ... 800# oder ...en Sie einfach zum ...starif Hallo IBM ... 0130-4567.

IBM

Aktien weiter aufwärts

Sinkender Ölpreis und Flick-Transaktion regten an

DW. – Spekulationen über die Höhe des Gewinns, den die Deutsche Bank voraussichtlich aus der Flick-Transaktion erzielen wird, haben die Nachfrage nach ihren Aktien wachsen lassen. Zusammen mit den Anlagekäufen inländischer Stellen sorgte der Nachfrageüberhang für eine verbreitet freundliche Tendenz. Sie muß auch vor dem Hintergrund sinkender Ölpreise gesehen werden, die zusammen mit Aussichten auf sinkende Zinsen die Wall Street-Kurse ebenfalls in Bewegung gesetzt haben.

Die rasche Plazierung des Gracepaketes hat international Aufsehen erregt und die Nachfrage nach Aktien der Deutschen Bank wachsen lassen, deren Kurs um mehr als 30 DM angehoben wurde. Obwohl auch für Daimler Kaufaufträge aus dem Ausland vorlagen, bewegte sich hier der Kurs kaum. Offensichtlich wird er durch Abgaben beeinflußt, die im Hinblick auf die bevorstehende Plazierung von 10 Prozent des Daimler-Aktienkapitals aus Flick-Besitz in der Hoffnung vorgenommen werden, die jetzt veräußerten Stücke später preiswerter zurückkaufen zu können. Als Nutznießer sinkender Ölpreise gelten sowohl Veba als auch Lufthansa. Entgegen der freundlichen Allgemeintendenz wurde der Nixdorf-Kurs spürbar zurückgenommen. Bankaktien setzten ihren langsamen Anstieg fort. Schwächer tendierten lediglich die Papiere der Berliner Bank, weil die vielfach erhoffte Dividendenanhebung ausbleiben wird.

Frankfurt: Der Kurs für Buderus wurde um 20 DM angehoben. Adler gewannen 6 DM und Agiv 4 DM. Altana zogen um 13 DM und Heidelzement um 8 DM an. Aesculap verloren 7 DM, Binding 8 DM und Wella 10 DM.

Düsseldorf: Alexander und Gildemeister stockten um 3 DM, Banning um 5 DM und Kabelmetal um 7 DM auf. Nachgegeben haben Mauser um 2 DM und Stöhr um 4 DM. Nordstern verloren 20 DM.

Hamburg: NWK-Vz. zogen um 8 DM an. HEW verbesserten sich um 1,20 DM. Beiersdorf stockten um 2 DM und Phoenix Gummi verminderten um 1,50 DM. Holsten Brauerei erhöhten um 1,50 DM.

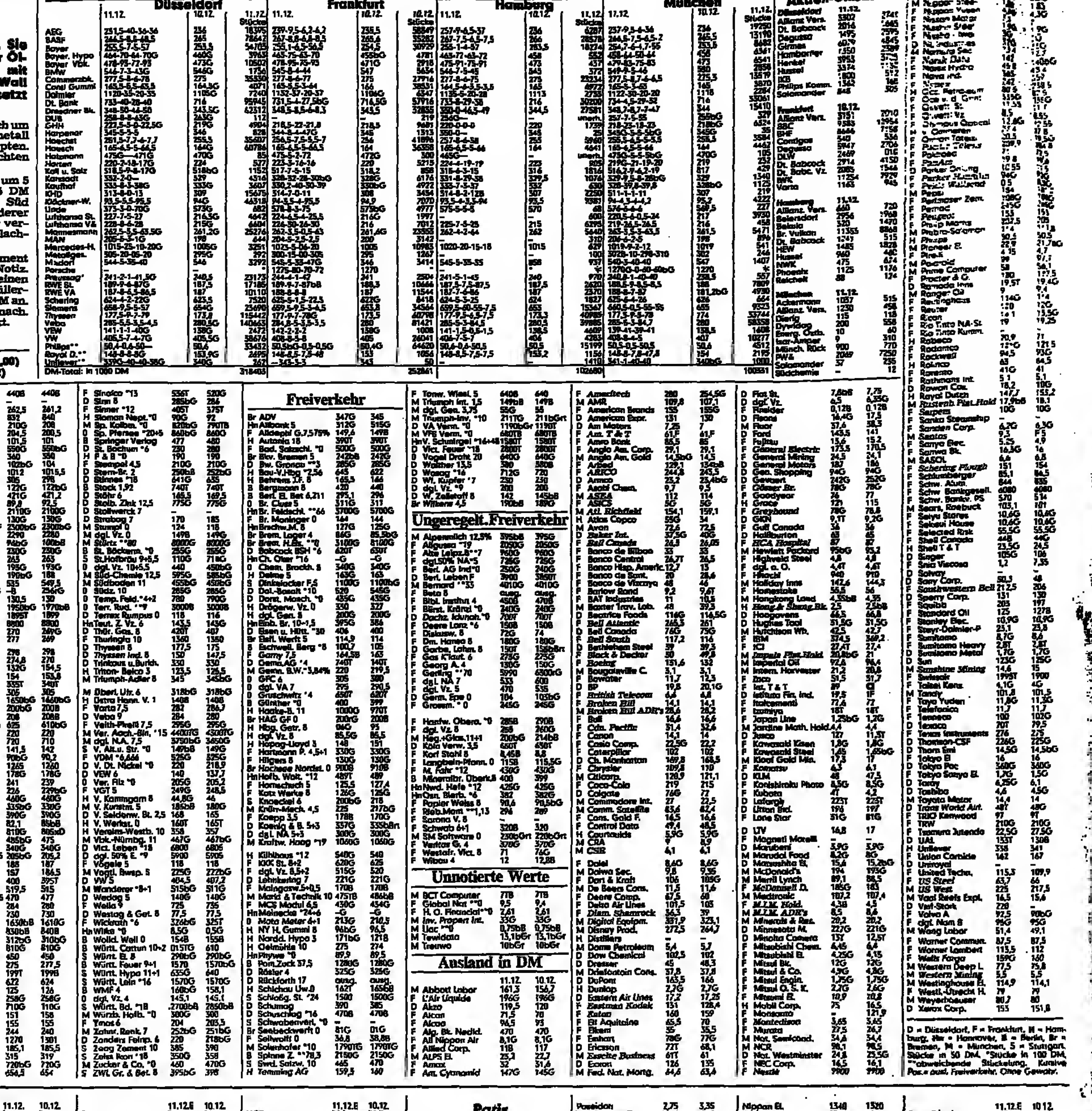
Berlin: Kempinski zogen um 15 DM und Dt. Hypobank Berlin um 7 DM an. Herlitz St. konnten sich um 5 DM, Herlitz Vz. und Rheinmetall St. um je 3 DM gut behaupten. Tempelhofer Feld schwächten sich um 10 DM ab.

München: Aigner stockten um 5 DM und Electro 2000 um 15 DM auf. Verbessert haben sich Süd Chemie um 10 DM und Wanderer um 4 DM. Erste Kulmbacher verminderten um 20 DM und Flachglas um 11 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement kamen 18 DM höher zur Notiz. Kolbenschmidt verbuchten einen Gewinn von 6,50 DM. Müller-Weingarten stiegen um 6,50 DM an. Badenwerk gaben um 4 DM nach. SEL waren um 4 DM gedrückt.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 249,43 (248,00)
WELT-Umsatzindex: 5689 (4472)

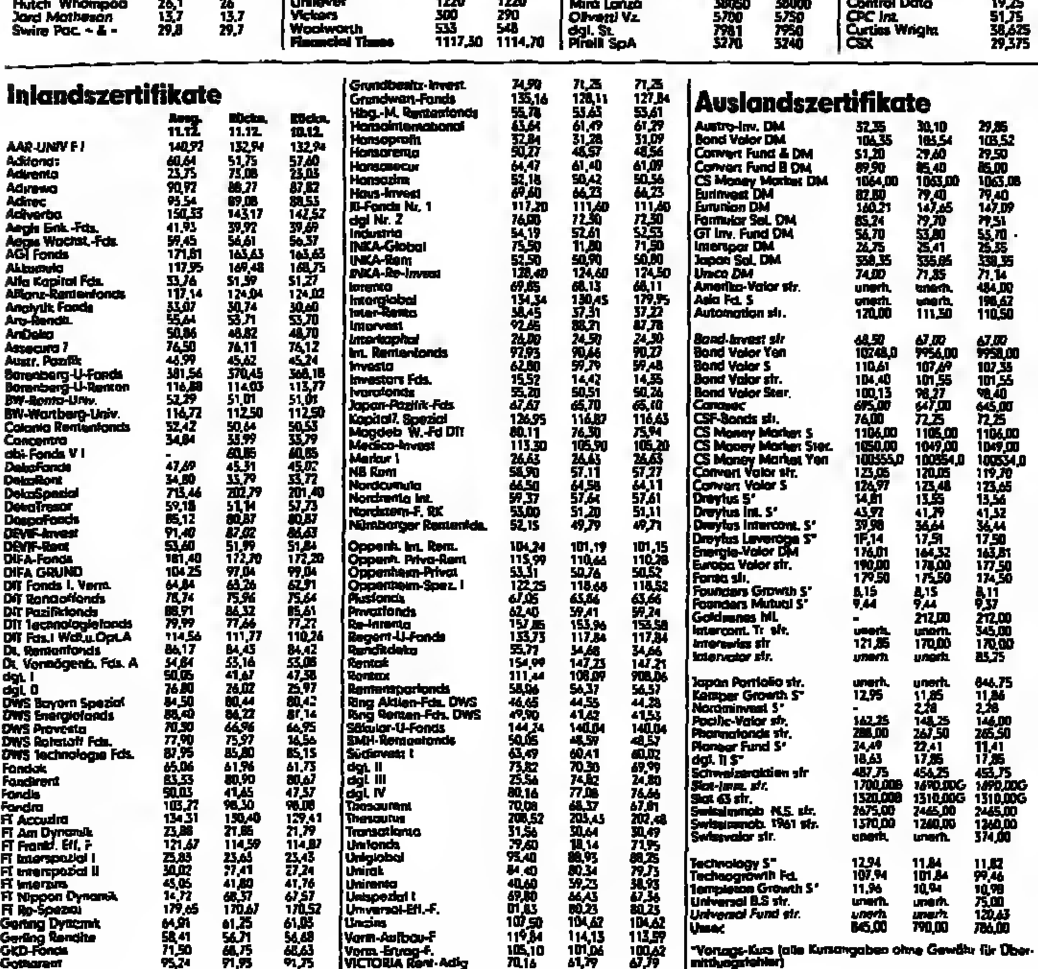


Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Ausland



Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 11. 12. 85

5770 Optionen = 188 500 (159 150) Aktien,

davon 1011 Verkaufsoptionen = 40 550 Aktien

Kaufoptionen: AEG 1-140/10; 150/90; 190/50; 200/40; 220/21; 230/12; 250/5,2; 260/2; 4-200/49,5; 240/21; 250/15; 270/9,6; 280/7; 2-290/11,4; 300/10; **BASF** 1-220/47; 230/37; 237/30; 238/29; 240/27; 247/20; 250/17,3; 257/10,1; 260/9; 270/4; 280/2,1; 290/1; 4-230/45; 240/40; 260/24,8; 267/19; 270/17,4; 280/14; 290/10; 300/8,4; 320/4,9; 330/2,4; 2-270/29; 280/24; 300/13; 310/11,2; 320/11,15; 330/5,6; 350/5,5; **Bayer** 1-231/26,8; 241/19; 250/8; 270/14; 4-240/29,5; 250/22; 260/18; 270/13; 280/7; 290/6; 320/2,5; 7-260/29; 280/16,6; 290/16; 300/8,5; **BBC** 1-220/74; **BHF** 7-460/70; **Bay. Hypo** 1-470/15; **Bekula** 1-95/14; 100/9; 110/3,2; BMW 500/50; 520/30; 560/21; 7-700/25; **Commerzbk.** 1-200/76,5; 250/47; 240/37; 250/28; 260/19; 270/10; 300/3; 4-230/58; 240/51,25; 260/34; 270/28,8; …

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 151,79 (151,20); Elektrowerte: 298,50 (298,16); Autowerte: 641,05 (644,65); Maschinenbau: 168,55 (166,88); Versorgungsaktien: 131,25 (149,83); Banken: 350,25 (345,81); Warenhäuser: 128,21 (127,02); Bauwirtschaft: 384,54 (381,32); Konsumgüterindustrie: 131,91 (130,98); Versicherung: 1520,84 (1304,99); Stahlpapiere: 173,24 (168,73)

Kursgewinner:

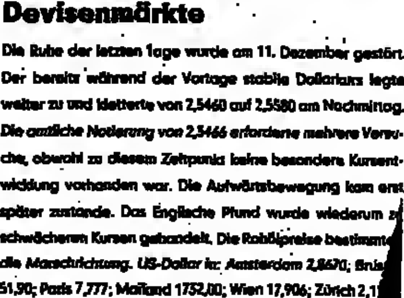
Gerling NA Vz.	600,00	+70,00	+13,2%
Sinner	405,00	+30,00	+8,0%
Lufthansa Vz.	227,00	+16,00	+7,5%
Strabag	185,00	+9,00	+5,1%
Industriekreditbk.	255,00	+12,00	+4,9%
Mü. Rück. Inh.	2380,0	+110,0	+4,8%
Koepp	178,00	+8,00	+4,7%
Hemmoor Zement	240,00	+10,00	+4,3%
Berliner AG Ind.	250,00	+10,00	+4,1%
Herlitz Vz.	150,00	+6,00	+4,1%

Kursverlierer:

Gerling NA kl.	533,00	-67,00	-11,1%
Westafr. Pflanzg.	71,00	-5,00	-6,5%
Wibau	12,00	-0,80	-6,2%
Seil Wolff	36,80	-2,00	-5,1%
Gerling NA gr.	5990,00	-310,0	-4,9%
Hageda	100,00	-5,00	-4,7%
Deckel	215,00	-10,00	-4,4%
Brau AG	244,00	-11,00	-4,3%
Bibliogr. Inst.	450,00	-20,00	-4,2%
Hoffm. Stärke	240,00	-10,00	-4,0%

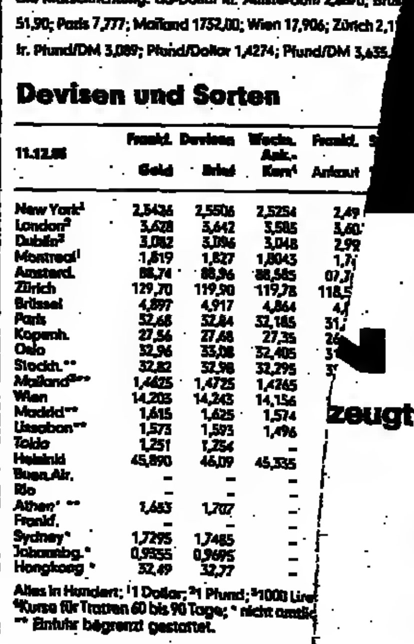
Junge Aktien

Berlin: Hermes 580,00 T, Kölitzer 1920,00 bG, VAB 5160,00 G
Düsseldorf: BASF 259,00, Contigas 330,00 T, Gerresh. Gl. –, IWK 295,00 G, Linde 555,00 bG, Metallges. 295,00, Nixdorf 526,00, Schering 600,00 bG, VEW 134,00
Frankfurt: Allweiler St. 270,00, Allweiler Vz. 212,00 bG, BASF 257,80, Contigas –, Frankona 456,00 G, IWK 295,50, Linde 556,00, Magdeburger Feuer 505,00, Magdeburger Feuer NA M50,00 B, Metallges. 300,00, Moto Meter 202,00 B, Nixdorf 522,00, Schering 600,00; VEW 132,00, Wibau 9,00
Hamburg: Schering 608,00
München: BASF 252,00, Bremer Wolle 185,00 B, Contigas 329,00 G, Frankona 460,00 TG, Isar Amper 348,00 G, IWK 300,00 bG, Linde 555,00 bG, Metallges. 300,00 bGr, Nixdorf 520,00, Schering 618,00, Stumpf 120,00 bB, VAB 5200,00 bG, VAB Vz. 3100,00 G, VEW 133,70, Wanderer 490,00 G



Devisenmärkte

Die Ruhe der letzten Tage wurde am 11. Dezember gestört. Der bereits während der Vortage stabile Dollarkurs legte weiter zu und kletterte von 2,5460 auf 2,5580 am Nachmittag. Die amtliche Notierung von 2,5466 erforderte mehrere Versuche, obwohl zu diesem Zeitpunkt keine besondere Kursentwicklung vorhanden war. Die Aufwärtsbewegung kam erst später zustande. Das Englische Pfund wurde wiederum zu schwächeren Kursen gehandelt. Die Rohölpreise bestimmten die Marschrichtung. US-Dollar in: Amsterdam 2,8670; Brüssel [illegible] 51,90; Paris 7,777; Mailand 1752,00; Wien 17,906; Zürich 2,1[illegible] Ir. Pfund/DM 3,089; Pfund/Dollar 1,4274; Pfund/DM 3,635.



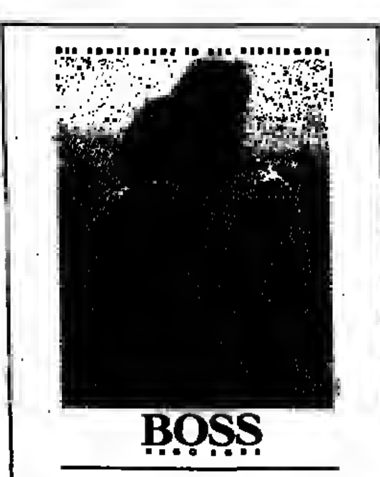
Devisen und Sorten

11.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[1]	Frankf. Ankauf
New York[1]	2,5426	2,5506	2,5254	2,49
London[2]	3,628	3,642	3,585	3,60
Dublin[2]	3,082	3,096	3,048	2,99
Montreal[1]	1,819	1,827	1,8043	1,7[illegible]
Amsterd.	88,74	88,96	88,565	87,7[illegible]
Zürich	129,70	119,90	119,78	118,5[illegible]

هكذا من الأصل

DIE BOSS-AKTIE JETZT ZEICHNEN























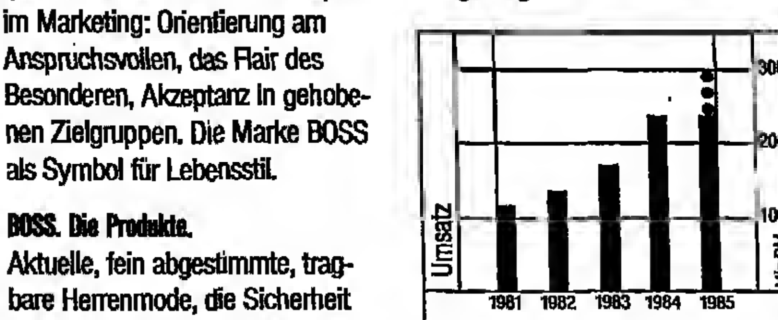




BOSS. Die Marke.
Internationaler Erfolg in der Herrenmode als Ergebnis einer konsequenten Kollektion und Konsequenz im Marketing: Orientierung am Anspruchsvollen, das Flair des Besonderen, Akzeptanz in gehobenen Zielgruppen. Die Marke BOSS als Symbol für Lebensstil.

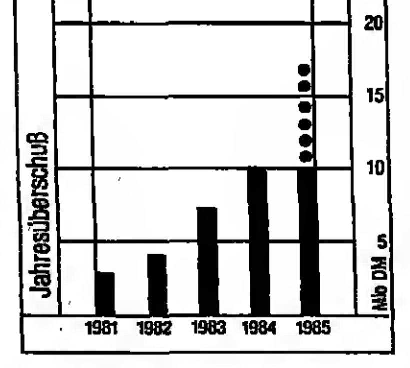
BOSS. Die Produkte.
Aktuelle, fein abgestimmte, tragbare Herrenmode, die Sicherheit gibt. Für Business. Für Freizeit. Zunächst Anzüge, Sakkos, Hosen. Heute auch Mäntel, Hemden, Krawatten, Jeans, eine Herren-Duft-serie.
Hochwertige Materialien, gute Verarbeitung und optimale Paßform. Die BOSS-Philosophie: der Grund für überdurchschnittliche Markterfolge.

BOSS. Das Unternehmen.
Der unternehmerische Erfolg in betriebswirtschaftlichen Daten. 1984 stieg der Konzern-Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 38,5 Prozent auf 237,0 Mio DM. Für 1985 wird ein Umsatz von rund 300 Mio DM erwartet, eine weitere Steigerung um 27 Prozent.





Der Jahresüberschuß erhöhte sich von 7,3 Mio DM in 1983 auf 10,0 Mio DM 1984. In diesem Jahr werden ebenfalls gute Ergebnisse erzielt.



Die BOSS-Aktie. Das Verkaufsangebot.
Aus dem Grundkapital von 15,0 Mio DM werden vom 13. Dezember 1985 an 99.000 auf den Inhaber lautende stimmrechtslose Vorzugsaktien der HUGO BOSS AG, Metzingen, zum Kauf angeboten. Der Preis der 50-Mark-Aktie beträgt DM 815,—. Die Aktien sind ab 1. Januar 1986 gewinnanteilberechtigt. Der Handel und die amtliche Notierung der BOSS-Aktie wird voraussichtlich am 20. Dezember 1985 an den Börsen zu Stuttgart und Frankfurt aufgenommen. Kaufanträge nehmen die nachstehenden Banken entgegen:



Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
DG Bank
Deutsche Genossenschaftsbank
Bankhaus Hermann Lampe
Kommanditgesellschaft
Merck, Finck & Co.
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist am 19. Dezember 1985 zu entrichten.

HUGO BOSS AG
7430 Metzingen
Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Dr. Brun-Hagen Hennerkes
Vorstand:
Dipl.-Kfm. Uwe Holy
Dipl.-Vw. Jochen Holy

BOSS
HUGO BOSS

Entspannung bei den Renten

Vorsichtige Anlagekäufe führten bei den öffentlichen Langläufern zu einer begrenzten Kurserholung. Bei einigen institutionellen Anlegern festigt sich die Meinung, daß der Zinsbuckel nun seinen höchsten Punkt erreicht hat und um die Jahreswende mit Entspannungserscheinungen am Rentenmarkt zu rechnen ist. Darauf deuten auch erste Umschichtungen von Kurz- in Langläufern hin. Dies besagt indes noch nichts über die Plazierung der neuen Nordrhein-Westfalen-Anleihe, deren Konditionen von den Händlern lapidar als nicht marktgerecht bezeichnet werden.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

r schlossen am Dienstag Gold und Kupfer an New Yorker Comex. Etwas höher notierte ee. Silber und Kakao gingen schwächer aus Markt.

ide/Getreideprodukte

Chicago (c/bush)	10.12.	9.12.
	342,50	341,00
	341,75	341,00
	320,75	320,25

N Winnipeg (can.$/t) Board cif.		
CW	288,80	288,80
urum	285,74	285,74

EN Winnipeg (can.$/t)		
	125,70	124,00
	130,50	131,00
	134,00	133,80

R Winnipeg (can. $/t)		
	99,50	99,50
	102,20	102,00
	104,00	105,60

R Chicago (c/bush)		
	129,00	132,50
	135,00	136,25
	138,00	138,50

S Chicago (c/bush)		
	244,25	244,25
	244,75	244,75
	247,50	247,50

STE Winnipeg (can.$/t)		
	104,80	104,60
	109,70	109,60
	112,70	112,70

ußmittel

FEE New York (c/lb)	10.12.	9.12.
	184,00	177,50
rz	186,97	182,85
	191,95	185,85

KAO New York ($/t)	10.12.	9.12.
	2168	2180
rz	2236	2263
	2280	2305
satz	1257	3583

CKER New York (c/lb)		
-11 Jan.	5,25	5,34
rz	6,26	6,32
	6,35	6,48
	6,51	6,61
pt.	6,63	6,74
satz	5735	7085

-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 5,62 5,75

FFEE London (£/t) Robusta	10.12.	9.12.
n.	2022-2025	2005-2010
rz	2075-2076	2055-2068
i	2120-2124	2108-2110
satz	6641	9411

KAO London (£/t)		
ez.	1690-1694	1680-1681
März	1736-1737	1731-1733
Mai	1749-1750	1745-1746
Umsatz	3429	4848

UCKER London (£/t) Nr.6	10.12.	9.12.
rz	160,40-160,60	163,80-164,00
i	163,80-164,20	167,40-167,60
g.	168,60-169,40	172,40-173,00
satz	1671	1301

FEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg	11.12.	10.12.
chw.		
brow.spez.	892,50	902,50
weiß Saraw.	1080,00	1080,00
weiß Munt.	1090,00	1090,00

RANGENSAFT New York (c/lb)	10.12.	9.12.
n.	118,80	117,80
ärz	120,70	118,80
ai	121,40	119,00
uli	122,25	119,50
ept.	116,50	115,50
msatz	2000	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk — 10.12.: 35,00; 9.12.: 35,80

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk — 20,50; 20,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez.	20,65	19,98
Jan.	20,75	20,05
März	21,25	20,40
Mai	21,50	20,70
Juli	21,70	20,95
Aug.	21,70	20,95
Sept.	21,40	20,92

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk — 18,00; 18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)		
top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez.	49,80	50,20
Feb.	47,70	48,40
April	42,60	43,35

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	66,75	66,25
März	66,50	66,37
Mai	67,50	67,40

HÄUTE Chicago (c/lb)	10.12.	9.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	50,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Jan.	518,00	513,00
März	529,00	522,00
Mai	537,75	530,75
Juli	543,50	537,00
Aug.	540,50	534,00
Sept.	519,00	520,00
Nov.	516,00	508,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	143,50	144,90
Jan.	143,90	145,10
März	145,00	145,90
Mai	146,50	147,00
Juli	147,50	147,80
Aug.	147,10	147,50
Sept.	143,00	143,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	10.12.	9.12.
Dez.	311,00	309,10
März	319,00	318,50
Mai	326,50	324,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk — 10.12.: 17,00; 9.12.: 17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. — 11.12. / 10.12.: cif 800,00; 900,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank — 535,00; 530,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif — 390,00; 385,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk — 136,50; 130,75

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif — 395,00; 390,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif — 254,00; 251,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	10.12.	9.12.
März	59,65	60,45
Mai	60,00	60,75
Juli	58,60	59,40
Okt.	51,75	53,50
Dez.	49,90	51,15
März	50,45	51,69

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 — 39,75; 39,75

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	11.12.	10.12.
Dez.	452	–
Mai	496-510	492-494
Aug.	514-516	507-510
Umsatz	69	112

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	10.12.	9.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48,00	48,00
Mai	48,50	48,50
Juli	48,00	48,00
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	11.12.	10.12.
Dez.	540,00-570,00	550,00-670,00
März	606,00-610,00	606,00-610,00
Mai	616,00-619,00	–
Umsatz	14	27

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	11.12.	10.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	10.12.	9.12.
Dez.	12158	12199
Jan.	12260	12241

KAUTSCHUK London (p/kg)	10.12.	9.12.
Nr.1 loco	57,00-60,00	56,00-59,00
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	10.12.	9.12.
Jan.	177,50-178,50	175,00-176,00
Febr.	178,00-179,00	176,00-177,00
Nr. 2 Jan.	172,00-173,00	172,00-173,00
Nr. 3 Jan.	169,50-170,50	168,50-169,50
Nr. 4 Jan.	164,50-165,50	163,50-164,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)	11.12.	10.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11.12.	10.12.
ALUMINIUM: Basis London lfd. Mon.	262,22-262,41	256,87-257,06
dritt. M.	271,33-271,51	266,41-266,59
BLEI: Basis London lfd. Mon.	99,43-99,61	97,73-97,91
dritt. M.	102,70-102,89	101,03-101,21
NICKEL: Basis London lfd. Mon.	1027,04-1028,87	1013,95-1015,76
dritt. M.	1039,79-1041,61	1030,43-1032,26
ZINK: Basis London lfd. Mon.	167,17-167,90	165,02-166,12
Prod.-Pr.	170,89	170,57
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg) — 11.12.: ausg.; 10.12.: ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11.12.	10.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	360,74-363,84	358,63-361,75
BLEI in Kabeln	107,25-108,25	105,50-106,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.12.	10.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	319-325	318-322
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	356–	353-355
MS 63	346-349	345-348

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.12.	10.12.
Leg. 225	320-330	320-325
Leg. 226	322-332	322-327
Leg. 231	355-367	355-362
Leg. 233	365-377	365-372

Preise für Abnahme von 1 bis 3 t frei Werk

Edelmetalle

	11.12.	10.12.
PLATIN (DM/g)	28,60	28,55
GOLD (DM/kg Feingold) Bank-Vkfpr.	26470	26350
Rückn.-Pr.	25720	25600
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	26510	26400
Rückn.-Pr.	25850	25720
verarbeitet	27810	27700
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25980	25875
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing) Deg.-Vkfpr.	487,10	487,40
Rückn.-Pr.	472,50	472,90
verarbeitet	508,50	506,80

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	11.12.	10.12.
10.30	316,80	316,10
15.00	315,50	317,00
Zürich mit.	316,50-317,00	316,00-316,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78350	78250
SILBER (p/Feinunze) London Kasse	405,40	403,60
3 Mon.	416,75	414,85
6 Mon.	428,55	426,90
12 Mon.	451,65	449,13
PLATIN (£/Feinunze) London (10.12. / 9.12.) fr. Markt	226,50	228,10
PALLADIUM (£/Feinunze) London (10.12. / 9.12.) f. Händl.-Pr.	66,40	66,90

New Yorker Metallbörse

	10.12.	9.12.
GOLD H & H Ankauf	317,25	317,65
SILBER H & H Ankauf	581,00	588,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	93,50-94,50	100,00-101,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	578,00	581,00
Jan.	582,80	585,50
März	589,00	592,50
Mai	599,00	600,00
Juli	605,00	608,00
Sept.	613,00	618,30
Dez.	625,00	630,00
Umsatz	20000	39000

KUPFER (c/lb)	10.12.	9.12.
Dez.	63,60	63,85
Jan.	63,65	63,65
März	63,75	63,50
Mai	64,10	63,75
Juli	64,35	63,85
Sept.	64,55	64,10
Dez.	64,90	64,35
Umsatz	8100	12100

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	11.12.	10.12.
mitt. Kasse	720,00-720,50	709,00-710,00
3 Mon.	745,00-745,50	734,00-734,50
BLEI (£/t) mitt. Kasse	273,00-273,50	267,50-268,50
3 Mon.	282,00-282,50	276,00-276,50
KUPFER Highergrade (£/t) mitt. Kasse	970,00-970,50	957,50-958,00
3 Monate	991,50-992,00	977,00-977,50
ab. Kasse	–	964,00-964,50
3 Monate	–	983,00-983,50
KUPFER-Standard mitt. Kasse	957,00-959,00	951,00-954,00
3 Monate	978,00-980,00	968,00-970,00
ZINK (£/t) mitt. Kasse	459,00-461,00	450,00-452,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t) mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	260-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	10.12.	9.12.
Jan.	75,11	79,50-79,75
Febr.	77,46	80,46
März	73,07	76,07
April	68,67	71,67

GASÖL – London ($/t)	10.12.	9.12.
Dez.	–	245,00-245,50
Jan.	226,75-227,00	242,25-242,50
Febr.	224,75-225,00	238,75-239,00
März	218,00-218,50	230,25-230,50
April	208,75-209,50	220,75-221,00
Mai	203,00-203,50	214,75-215,00
Juni	203,25-203,75	213,25-214,50

BENZIN – New York (c/Gallone)	10.12.	9.12.
Jan.	67,85-68,00	71,25-71,50
Febr.	70,20	72,58
März	69,56	72,56
April	69,76	72,86
Mai	69,00	75,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)	10.12.	8.12.
Jan.	25,16-25,30	27,49-27,53
Febr.	25,53	27,05
März	24,97	26,47
April	24,47	25,97
Mai	24,14	25,64

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	10.12.	9.12.
Arabian Lg.	27,95N	27,95
Arabian Hv.	25,95	25,90
Iran Lt.	27,70N	27,70N
Forties	26,45N	27,50
N.Sea Brent	unerh.	28,00
Bonny Light	29,65N	29,65N

Kartoffeln

London (£/t)	10.12.	8.12.
Febr.	82,40	81,80
April	91,40	90,60
Mai	96,70	96,00
Nov.	73,60	73,60

New York (c/lb)	10.12.	9.12.
März	2,19-2,22	2,17-2,25
April	2,20-2,30	2,18-2,35
Mai	2,35-2,36	2,35
Nov.	3,40-3,42	3,40-3,42

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	10.12.	9.12.
Jan.	150,60-151,30	152,50-152,20
März	155,70-155,80	156,90
Mai	159,00	160,70-160,80
Juli	163,10	163,90

Devisenterminmarkt

Am 11.12. lagen die FF/DM-Abschläge höher. Eine kurzfristige Verschuldung scheint wünschenswert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77-0,67	2,09-1,99	4,10-3,90
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,29-1,26	2,52-2,47
Pfund/DM	2,80-1,40	6,80-5,40	12,5-11,1
FF/DM	31-15	72-56	130-114

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.12.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 11.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4⅜
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4-4⅛
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4-4⅛
12 Monate	8⅛-8¼	4¾-5	4⅛-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1270,00	1630,20
5 US-Dollar (Indiana)**	795,00	957,65
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	194,00	243,96
1 £ Sovereign Elizabeth II.	187,00	235,98
20 belgische Franken	144,25	192,95
10 Rubel Tscherwonez	202,00	257,64
2 südafrikanische Rand	179,25	226,01
Krüger Rand, neu	802,25	954,47
Maple Leaf	818,25	922,71
Platin Noble Man	845,50	1003,77
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,25	272,75
20 schweiz. Franken „Vreneli"	162,75	214,04
20 franz. Franken „Napoléon"	149,75	199,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	757,50	927,39
20 österr. Kronen (Neuprägung)	151,25	195,23
10 österr. Kronen (Neuprägung)	78,00	106,02
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	355,75	439,76
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,75	114,86

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,78) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent) 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 11.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,612	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,102	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,79	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,34	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	53,40	6,86
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,56	6,92
Deutsche Bk. 3	287,00	23.1.95	116,50	10,41
DSL-Bank R.264	957,01	2.7.90	102,48	6,57
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,80	6,57
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,84	7,05
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	103,60	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,25	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,42	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,04	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,94	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,57	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,46	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,81	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,55	6,88
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,40	7,07
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,24
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,85	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,15	6,06
WestLB 503	115,76	3.10.88	100,00	5,35
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,90	6,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	3 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	5 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	5 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	81,50	9,48
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	56,25	9,64
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,25	11,44
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	54,25	10,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.5.92	54,25	10,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	52,00	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,00	10,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,75	10,31
Sears (AA)	100,00	27.5.94	43,25	10,25
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	43,625	10,10
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	43,125	9,39

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	5,00 (5,00)	100,0	101,0	101,8	102,8	103,7	104
2	5,58 (5,55)	98,8	100,8	102,5	104,3	106,1	108
3	6,05 (6,05)	92,0	99,9	102,3	105,0	107,6	110
4	6,51 (6,50)	94,5	97,9	101,4	104,8	108,2	111
5	6,74 (6,76)	92,4	96,6	100,7	104,8	108,9	113
6	6,84 (6,85)	90,0	95,5	100,8	105,1	109,9	114
7	7,05 (7,03)	88,6	94,0	99,9	104,7	110,1	115
8	7,14 (7,16)	86,8	92,7	99,2	104,5	110,4	116
9	7,20 (7,20)	85,2	91,7	90,7	104,5	111,0	117
10	7,24 (7,25)	83,8	90,8	98,4	104,6	111,5	110
15	7,45 (7,45)	77,6	86,4	95,2	104,0	112,8	121

* Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
** Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,019 (110,003)
Performance-Rentenindex: 230,975 (230,971)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10. Dez.	7,819-7,87
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,0
	60–270 Tage	7,6
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,8
	60 Tage	7,8
	90 Tage	7,7
Certificates of Deposit	1 Monat	7,8
	2 Monate	7,8
	3 Monate	7,8
	6 Monate	7,8
	12 Monate	8,0
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,1
	26 Wochen	7,2
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,3
	30 Jahre	9,6
US-Diskontsatz		7,5
US-Primerate		9,5
Geldmenge M1	25. Nov.	621,0 Mrd. (+ 4,4 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	118,45	118,5
März	120,25	120,5

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	10.12.	9.12.
11⅝ EEC 90	105,5	105
10⅝ EIB 95	105	104,5
11 dgl. 99	106,25	105,75
11⅝ dgl. 90	107,575	106,875
11⅝ dgl. 95	110,375	109,875
12 dgl. 95	110,5	110
12⅝ dgl. 90	109,75	109,25
12⅝ dgl. 94	115,375	114,875
13 dgl. 96	114,625	114,125
10⅝ Wld Bk 95	102	101,5
10⅝ dgl. 88	103,375	102,875
10⅝ dgl. 90	105,125	104,625
10⅝ dgl. 95	105,625	105,125
11 dgl. 92	105,375	104,875
11⅝ dgl. 90	108,5	108
11⅝ dgl. 88	105,5	105
11¼ dgl. 99	106,5	106
11⅝ dgl. 99	105,875	106,375
11½ dgl. 90	107,5	102
12 dgl. 93	111,125	110,625
12⅝ dgl. 94	112,5	112
12⅝ dgl. 94	115,375	114,875

6⅝ Sallie 92	98,625	98,375
6⅞ Sears 91	103,75	103,25
6⅝ Swed.Ex.91	100,25	100,125
7 TRW 94	101	100,625
6⅝ Un.Tech.92	101,125	100,75
6⅝ World Bk90	100,5	100,25
6⅝ dgl. 94	98,125	98,75
7 dgl. 94	101,375	101,375
7⅝ dgl. 95	104,5	104,375
8 dgl. 93	106,375	106,25

12½ Nord LB9	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8⅝ dgl. 87	96,5	98,5
9 Paribas 95	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅝ Renault 88	96,5	96,5
9⅝ Sogenal 92	101,25	101,25
10⅝ Solvay 87	102	102
10⅝ Stockh.86	99,5	97,5
8 Sverige 88	98,25	98,25
9⅝ Volvo 87	106	100
9⅝ WorldBk.90	102,75	102,75
10⅝ dgl. 89	102,25	102,25

10½ dgl. 95	102,875	102,875
9 ClubMed 88	101,25	101
9⅝ Conseil 95	101,75	101,75
9⅝ dgl. 95	102	102
9⅝ CCF 95	100,625	100,625
9⅝ CrdNord 97	102,375	102,25
11⅝ CrdFonc90	106,375	106,25
11⅝ dgl. 90	107,5	107,5
8⅝ CrdNat 95	98,75	98,625
10⅝ dgl. 94	106	106,125
8⅝ Crdanst.94	99,375	99,125
9⅝ Credito 95	101,375	101,25
9⅝ Denmark 90	100,125	100
10⅝ Denmark91	106,5	106,5
9⅝ Dresd.bk93	102,5	102,375
9 EDF 97	98,875	99,125
8⅝ EEC 93	99,625	99,5
8⅝ ELFAqu. 88	98,75	98,75
9 Esso Gut 97	98,625	98,625
9⅝ dgl. 95	98,625	98,625
10 Euratom 97	104,5	104,5
9⅝ Eurofima95	107,3	102,5
11 dgl. 95	108	108,125
8⅝ EIB 95	99,625	99,375
9⅝ dgl. 95	103,5	103,375
10⅝ dgl. 94	104,25	104,125
10⅝ dgl. 89	105,75	105,625
10⅝ dgl. 94	105,875	105,875
10⅝ dgl. 90	106,5	106,5
11⅝ dgl. 92	107,75	102,75
11⅝ dgl. 94	109,5	109,5
9 Estelbat 93	98,875	99
8⅝ Fiat 90	99,25	99
9 IBKFinl 95	92,875	97,875
8⅝ Ford C.93	98	98
11 Genfin.90	106,625	106,625
10⅝ Giroz. 93	106,75	106,75
10⅝ GTE 95	107,875	108
10 IADB 95	103,5	103,5
8⅝ IBM 90	101,125	100,875
11 ITT 89	105	105
9⅝ Italie 89	101,5	101,5
10⅝ dgl. 92	105,125	105,125
11⅝ dgl. 98	107,875	107,875
9⅝ Komatl 92	100,625	106,625
9⅝ Kolfkm 92	101,25	101,25
11⅝ LTCB 99	106,75	106,75
10⅝ Megal 95	103,25	105,125
8⅝ Mits.Tr.95	92,625	97,625
9 MoetHen.92	99,5	99,375
9⅝ Mol 90	101,375	101,375
8⅝ Morgan 99	98,875	98,875
8⅝ Motorola92	100	99,75
9 Nema 95	98,125	98
9⅝ N.Zeal. 90	101,25	101

9⅝ N.Zeal 95	101,625	101,375
11 Nipp.Crb91	106,75	106,75
9 OstLbk. 89	100,75	100,75
8⅝ Olivetti93	98	97,875
10 Pechin.95	102,375	102,375
9 Petroc.95	96,625	96,625
9⅝ Peugeot 90	100,375	100,375
10⅝ dgl. 90	103,125	103,125
9 Philips 95	102,125	102
9⅝ Piba 92	103,5	103,5
10 Prvbk. 95	102,875	102,875
11⅝ Queb.Pr89	106,75	106,75
10⅝ RATP 92	104,625	105,125
9⅝ Rabobk. 95	103,25	103,25
8⅝ Reynolds91	97	98,75
10⅝ Roybk Ca89	104	104
9 SAS 95	100	99,875
9 Sanwa 95	98,75	98,25
8⅝ Secpac 90	98,125	98,125
11⅝ SNCF 94	109,125	109,25
9 SNCF 95	99,625	99,5
10⅝ Sparkas91	103,875	103,875
9⅝ Sumitcorp95	100,25	100,25
9 Sumitfin 95	100,25	100,25
9 Unbk.Nor.95	99,25	99,25
9⅝ WestLB 99	104,5	104,5
9⅝ Westpac92	101,75	101,75
0⅝ Worldbk 95	98,25	98,75
9⅝ dgl. 95	103,625	103,625
9⅝ dgl. 95	103,25	103,25
10⅝ dgl. 99	106	105,75
10⅝ dgl. 88	105,625	105,625
10⅝ dgl. 94	107	106,875
11 dgl. 95	106,875	106,875

Euro-Yen

	10.12.	9.12.
6⅝ ALCorp 99	101,375	101,375
5⅝ ADB 88	99,375	99,125
7⅝ dgl. 94	105,625	105,375
7 Austria 95	101,125	101
6⅝ Avon 92	99,875	99,625
7 BP 92	103,25	103,25
6⅝ Denmark 92	99,625	99,375
7 Denm.Bk. 92	100,625	100,5
7 Dow Chem.94	102,625	102,375
6⅝ EDF 95	101,125	101
6⅝ Eurofima86	99,5	99,5
6⅝ dgl. 95	97,875	92,625
6⅝ dgl. 92	99,875	99,75
7⅝ dgl. 94	103,5	103,25
6⅝ Forsmk 92	99,875	99,75
6⅝ Finl.Rep90	100,5	100,375
6⅝ GMAC 90	101,375	102
7⅝ Goodyear95	101,5	101,25
6⅝ dgl. 94	100,375	100,125
6⅝ ITT 92	100,625	100,375
6⅝ McDonal.92	101	100,875
7⅝ N.Bruns.95	101,375	101,25
7⅝ N.Zeald.98	102,375	102,25
7⅝ dgl. 89	103,5	103,25
7 Pac.Gas 94	102,75	102,375
6⅝ Penney 92	100,125	99,75
6⅝ Procter 92	102	101,5

Lux. Franc Bonds

	10.12.	9.12.
9¾ Akzo 99	99,75	99,75
9⅝ Asea 89	100,5	100,5
6⅝ Asian Dv87	97,25	97,25
10⅝ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101,25	101,25
10⅝ Paribas89	103	103
10⅝ Ceca 94	106	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12⅝ Consol92	105	105
8 Copitel 88	98,25	98,25
8⅝ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7⅝ Den.Nrg 88	96,5	96,5
10⅝ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12⅝ dgl. 88	100,75	100,75
12½ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101,5	101,5
10 dgl. 92	105,75	103,25
10 dgl. 94	105,5	103,5
11⅝ dgl. 89	102,5	102,5
0 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9⅝ dgl. 88	101,25	101,25
9⅝ dgl. 95	102,75	102,75
10½ dgl. 94	106	106
11½ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9⅝ Hypo Bk.88	101,25	101,5
9⅝ Ind.B.F.95	101,5	101,25
11 Kredlet.95	106,5	106,5
8 Kredietc. 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11⅝ dgl. 89	103,25	103,25
0 Luxair 02	98,75	98,75
8⅝ dgl. 87	99	99
10⅝ Lux Bk.91	102,25	102,25
12⅝ dgl. 89	100,75	100,75
9 Met.Chim 95	100,5	100,5

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,60418

	10.12.	9.12.
8¾ Cap City91	99	99
8⅝ CCA 97	97	97
9⅝ Gas d F86	99	99
11⅝ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. P.94	99	99
8¾ SDR 94	92	99

ECU

	10.12.	9.12.
10⅝ AL Dbk89	103	102,75
10⅝ dgl. 91	104	105,625
9⅝ ABN 92	102,625	102,625
All Nippon 95	99,375	99,25
9⅝ ANZ 92	102,25	102,125
10⅝ Austria93	106,875	107
10 BNDA 92	101,25	192,625
9 M.-Hope 92	100,75	100,75
9 Bk.Hels.96	97,125	97,125
9½ Bk.Tok.90	102	101,375
10⅝ dgl. 92	105,375	103
10¼ dgl. 91	102,5	102,75
0⅝ BNP 95	98	98
8⅝ Bay.Vbk.88	101,375	101,25
8⅝ BFCE 93	97,625	97,625
9⅝ dgl. 95	103,125	103
9⅝ dgl. 95	103	102,875
9⅝ Bull 92	99,375	98,375
9⅝ CNT 92	103,125	103,125
9⅝ dgl. 95	103	103
8⅝ Cargill 95	97,625	97,125
10⅝ Ceca 89	106,875	106,875
11⅝ dgl.94/I	108,625	108,75
11⅝ dgl.94/II	–	108
9 Chrysl. 92	99,5	92,5
10 dgl. 92	102,625	102,625

ECU-Tageswerte

	10.12.	9.12.
Dollar	0,865105	0,870404
bfr	44,7345	44,7736
DM	2,19825	2,20238
Hfl	2,4754	2,47978
£	0,601603	0,595556
Dkr	7,95505	7,96587
FF	6,70353	6,71770
Lira	1495,33	1499,27
Ir£	0,711726	0,712570
Sfr	1,83462	1,83655
öS	15,468	15,4845
Peseta	135,882	135,957
Skr	6,68162	6,69056
Nkr	6,66043	6,65120
Kan-$	1,21132	1,21683
Esc	138,849	139,265
Fmk	4,777	4,77721
Yen	176,135	176,997
Drachme	130,691	130,900

Hans W. Bergs „Indien, Traum und Wirklichkeit"

Teatime und Sundowner

Hans Walter Berg hat sich ein Leben lang mit Indien beschäftigt, seit er 1938 zum ersten Mal als Student den Boden des Subkontinents betrat. Und schon damals sah er ihn nicht etwa aus der Sicht des reichen Globetrotters, sondern von ganz unten. Schon damals wurde sein Blick für die unangenehmen Realitäten geschärft, deren Beschreibung bald zum täglichen Brot des jungen Journalisten gehören sollte.

Aber sah Hans Walter Berg jemals wirklich die andere Seite der indischen Wirklichkeit, diejenige, die er unter dem Begriff „Traum" ansiedeln möchte? Nun, in seinem Buch „Indien, Traum und Wirklichkeit" schreibt er: „Tatsächlich sind die Vorstellungen, die sich viele Deutsche von Indien machen, oft romantisch verklärt. In ihrem Bewußtsein sind Bilder lebendig vom märchenhaften Reichtum indischer Maharadschas und Nabobs und von der



Schönheit der südlichen Tropenlandschaft, Bilder vom vergeistigten Indien der Upanischads und von der tiefen Frömmigkeit lebenslang meditierender Yogis, Bilder vom gewaltlosen Indien Mahatma Gandhis und vom versöhnlichen Indien des internationalen Friedensapostels Jawaharlal Nehru ..."

Und weiter heißt es da: „Doch zu jedem dieser Bilder liefert die indische Wirklichkeit auch das genaue Gegenteil: die erschütternde Armut der indischen Massen, trostlose, riesige Steppen und Wüsten, den platten Materialismus breiter Kreise der indischen Oberschicht, die grausamen Gewalttätigkeiten des Massenmordens bei den immer wieder ausbrechenden Kämpfen zwischen Hindus, Mohammedanern und Sikhs und nicht zuletzt die Unbarmherzigkeit des Kastensystems."

Das alles ist vielleicht ein bißchen zu manichäisch auf Licht und Schatten hin verteilt. Es fehlen die Zwischentöne. Aber natürlich ist Indien in vielen Hinsichten tatsächlich der Kontinent der Kontraste, und Berg hat sich ein Leben lang zwischen ihnen bewegt und sie zu Impressionen verdichtet, die er wie Tagebuchaufzeichnungen aus der Fülle eines voll ausgelebten Journalistendaseins aneinanderreiht.

Der Leser des neuen Buches gewinnt den Eindruck, zum ganz nahen Vertrauten gemacht zu werden, direkt mit dabei zu sein, wenn im Staube des Landes gefilmt, bei den oberen Zehntausend gefeiert wird, am frühen Morgen *Bed-Tea* und bei Sonnenuntergang Whisky, der *Sundowner* und später der *Nightcup* geschlürft werden.

Es ist gewiß lehrreich zu erfahren, daß der Aufstieg zum Star der „Gesichter Asiens" kein Zuckerschlecken war. Mit 750 Mark monatlich fing die Karriere des Hans Walter Berg an. Was später in die Kasse *floß*, hat er immer großzügig ausgegeben und mit Freunden geteilt.

Und die Lust am Feiern hat niemals die Freude an der Arbeit, die Aktivität gemindert. Was interessant war, wurde beschrieben, mußte vor die *Kamera: die Entstehung* des deutsch-indischen Rourkela-Stahlwerkes, der erste Ministerpräsident des unabhängigen Indiens, Jawaharlal Nehru, Indira Gandhi, an der Berg scharfe, emotionale Kritik übt, die so nicht geteilt werden kann.

In der langen Reihe der Bilder tauchen Maharadschas und Prinzen auf, Maharanis von Charakter und Schönheit, alte Weise und Gandhianer, wie der landsammelnde Asket Vinoba Bhave, mit dem Berg und sein Fernsehteam durchs Land pilgerten, um hautnah zu erleben, wie der Acharya versuchte, die Bauern zu bewegen, Land für die Ärmsten der Armen zu opfern.

Immer am Ball zu bleiben, war Bergs *Devise: Kaschmir* und *Ladakh*, Bombay und Indiens Nuklearforschung, Pundschab, die Sikhs und Chandigarh, Kalkutta, die gemarterte Metropole der unruhigen Bengalen, das neue Indien der Kernkraftwerke und Satelliten, und das alte Land von Benares und Agra. Wirklichkeit und Traum – die Devise ist vielleicht ein wenig platt. Richtig aber ist: Zwischen schärfsten Widersprüchen muß das 700-Millionen-Volk seinen Weg ins 21. Jahrhundert finden.

GISELA BONN

Hans Walter Berg: Indien, Traum und Wirklichkeit, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 304 Seiten, 38 Mark.



Theatertränen um einen Lotterbuben: Eva Lissa und Walter Schmidinger in Otto Schenks Hofmannsthal-Inszenierung am Berliner Schloßparktheater FOTO: JÜRGEN CLAUSS

Berlin: Walter Schmidinger triumphiert als Hofmannsthals „Unbestechlicher"

Herzenssieg in einer verlotterten Welt

Hofmannsthals Komödie ist eine sprachliche und intellektuelle Wonne, falls man noch die Lust am Untergang einer Jahrhundertwenden-Gesellschaft nachzuschmecken versteht. Der Einfall so grandios: eine Dienerfigur hält, sozusagen immer in vorbildlich gebückter *Haltung*, Ordnung und Moral im reichen, mürben Adelsrevier. Ein ganz unserviler Dienstbote stellt, wo soviel Herzensungerechtigkeit herrscht, wieder *Ordnung her in einer fast schon auf*gelösten Welt. Der einzige „Unbestechliche" in einer sonst leicht verlotterten Umwelt. Humor von unten.

Hofmannsthal hat die Bombenrolle des *Butler Theodor für Max* Pallenberg, 1922, geschrieben. Jetzt spielt sie am Berliner Schloßpark-Theater Walter Schmidinger. Mit ihr hat er (nach einem ziemlich verkorksten *„Nathan") seinen wirklichen Ein*stand im Ensemble der Staatstheater. Schmidinger zeichnet die Kunstfigur eines Aktivisten des dienenden Standes mit umwerfender Komik.

Er böhmakelt mit gezirkelter Zunge. Er trumpft auf, immer mit besten Manieren. Er ist ständig sauer – und nimmt aus dieser Säuernis eine ständig neu verblüffende Komik. Er ist ein Prinzipienreiter sozialer Moral in einer Gesellschaft, die selber moralisch nur immer ausufern möchte. Schmidinger in dieser vertrackten Rolle zu beobachten, ist durch fünf unterhaltsame *Akte die reine Parkett*wonne.

Otto Schenk hat das personenreiche Komödienstück aus besten Kreisen zauberisch besetzt. Eva Lissa ist die immer leicht enervierte Gutsherrin, Georg Corten, sehr komisch, ihr dicker, alter Herzensverehrer, senilen Begriffsstutz umwerfend taktvoll ausbietend. Alexander Waechter gibt dem erotisch ausschweifenden Herrensöhnchen die Züge eines schwachen, schlüpfrig gehemmten Don Juan. *Sabine Sinjen ist berük*kend in ihrem immer etwas verzagt lottrigen Liebesverlangen. Verena Wengler und Claudia Kment zeichnen beide, wie in Pastell, die beiden anderen Beispiele seufzender Weiblichkeit. Andrea Nürnberger spielt die Gattin des gräflichen Lotterbuben so klar, so rein, so unbeanstandet von Sünde und Verzicht, daß sie mit ihrem *Herzenssieg* am Ende *einem* fast wiederum Theatertränen in die Augen treibt.

Das Bühnenbild von Xenia Hausner ist auf der kleinen Bühne des *Schloßparktheaters von einer schön* vergammelten Pracht und einer immer etwas (schon optisch) angebohrten Herrschaftlichkeit. Hofmannsthals Meisterkomödie mit dem vielfachen Boden wurde (wenigstens oberhalb der Main-Linie) kaum je so zärtlich, so verdeckt böse, so schwelgerisch ausgeboten.

Da beklagen wir immer: im Deutschen gäbe es keine klassischen Komödien. Dies ist eine! Gewiß, sie spielt in einer uns heute sehr fern gewordenen Welt. Sie hat immer etwas von melancholischer Trauer des Abschieds in der Sprache. Aber wie heiter Hugo von Hofmannsthal, wie zärtlich und kennerisch geschickt er diesen Abschied sich verdeutlichen läßt. Man hört, ein hochgestecktes, raffiniert gebautes Sprechstück hörend, immer nur Musik von der feinsten Sorte. Ein Wunderstück. Darob, zu Recht, Glück im Parkett.

FRIEDRICH LUFT

Besuch bei dem kroatischen Maler Branko Kovacevic

Vision im Licht der Adria

Vom *Avantgardismus* der dreißiger Jahre über die romantische Rezeption des Partisanenkrieges, von der Abstraktion und Monumentalität bis zur Rückkehr in die Landschaft Dalmatiens und die innere, kleine Welt des Interieurs – dieser Weg des jugoslawischen Malers Branko Kovacevic durch ein halbes Jahrhundert unserer Zeit wird in einer Ausstellung zum 75. Geburtstag des Künstlers im Kunstpavillon der kroatischen Landeshauptstadt Zagreb sichtbar.

Kovacevic, geboren 1911 im kargen Bergland Dalmatiens, lebt seit Kriegsende in Dubrovnik. Er ist kroatischer Maler von europäischem Rang – und zugleich ein Mann, der sich von Jugend auf nie um Kunstmoden gekümmert hat. Als nach dem kommunistischen Sieg 1945 die jugoslawischen Maler dem aus Moskau *importierten „Sozialistischen Realismus"* ihren Tribut zollen mußten, malte Kovacevic ein großes Gemälde über den Partisanenaufstand in Dalmatien – im romantischen Stil, was ihm nicht geringe Schwierigkeiten einbrachte.

Auf die Frage, ob es denn heute überhaupt möglich sei, Krieg und *Kampf romantisch darzustellen*, antwortet der vitale, lebenslustige, zugleich nachdenkliche Mann: „Nur der Romantismus hat uns damals überhaupt in Bewegung gesetzt. Würden wir unser Leben lediglich realistisch auffassen, dann wären wir nicht im*stande, auch nur drei Schritte zu ma*chen – nicht jetzt im Frieden und erst recht nicht damals im Krieg."

Dubrovnik mit seiner formvollendeten Architektur, die Landschaft Dalmatiens, das Licht der Adria haben Kovacevic den Weg von der er*zählenden Malerei zu einer „Malerei* der Vision" geebnet. Eine ganze Epoche seines Schaffens ist geprägt von den beinahe abstrakt wirkenden Frauengestalten der dalmatinischen Zagora, die wie Karyatiden feierlich und introvertiert auf dem Bauernmarkt ihre kargen Produkte verkauften. Es schien ihm, daß diese Frauen das Grau der steinigen Landschaft mit sich zogen – und als ob sie ihr Leben lang nichts anderes taten als zu warten – *zu warten, während* die Männer in ferneren Städten oder in Amerika ihr Brot verdienen mußten.

Dann, so berichtet Kovacevic, sei ein Augenblick gekommen, da er spürte, daß es mit der Abstraktion genug sei, daß man wieder zu „humanisierten Formen" zurückkehren müsse. Kovacevic wendete sich vom Archaischen und Abstrakten wieder zur Schönheit Dubrovniks. „Ich liebe alte Dinge, ich liebe eine gewisse Vergangenheit, über die man meditieren kann", erklärt der Maler zu dieser jüngsten Epoche seiner Arbeit. Und er fügt hinzu: „Ich glaube, daß man die Zukunft nicht bauen kann, wenn man sich nicht auf die Vergangenheit besinnt."

Wenn der Mensch in eine ausweglose Situation gerate, dann sei es natürlich, danach zu fragen, was er aus der Vergangenheit mitzunehmen vergessen habe, meint Kovacevic. So sei er „in sein Atelier zurückgekehrt und male die Innenwelt: das Interieur – alte Möbel, alte Bilder, alte Uhren. Auch und gerade als moderner Maler müsse man den Mut haben, einen Schritt zurückzugehen, um dann von *einer* neugewonnenen Perspektive aus vorwärtszuschreiten.

Er habe sich lange in den USA, in Kalifornien, aufgehalten – das sei ein wunderschönes Land, meint Kovacevic, während wir vor den Bildern aus seiner amerikanischen Zeit verweilen (unter anderem eine Landschaft des Grand Canyon, Bildern aus den Red *Mountains von Arizona und ein* Ölgemälde mit dem Titel „Die alte Kultur der Hopi-Indianer"). Aber drüben, so sagt Kovacevic, gebe es nirgendwo ein altes Dach oder ein altes Haus. „Mir fehlte dort die Atmosphäre."

Die Atmosphäre Dubrovniks und *Dalmatiens – einer Landschaft* an der Grenze Europas – hat in ihm stets Heimweh geweckt, wenn er draußen in der Welt unterwegs war.

„Alle diese Ismen, alles, was sich draußen vollzog, hat in mir keine tiefen Spuren hinterlassen", erklärt Kovacevic. „Ich habe die *Inspiration* immer in der Vergangenheit gesucht, statt irgendwelchen Trends nachzulaufen, die ebenso schnell wieder verschwinden wie sie auftauchen."

An die These, daß die Zeit der individuellen Kunst vorbei sei und daß man deshalb nur noch Monumentalgemälde oder Denkmäler für öffentliche Gebäude und Plätze machen könne, glaubt Kovacevic nicht. Der Mensch wolle bei sich zu Hause ein *Stückchen Natur*, ein kleines Bild, das ihm gehöre und vor dem er nachdenken könne. Kunst, so sagt der Maler aus Dalmatien, müsse aus der Tiefe der Seele kommen, nicht aus dem *Formellen*. „*Ohne das gibt* es keine Sublimierung und eine Humanität."

CARL GUSTAF STRÖHM

Smoking statt Trikot: Wahl der Sportler des Jahres

Boris Becker, wer sonst?

Einmal im Jahr tanzt der Sport aus der Reihe, trägt Lackschuhe statt Spikes, Abendrobe statt Turntrikot, Make-up an Stelle des Schweißbandes, denn es ist Sportler-Wahl. Athlet des Jahres, Athletin des Jahres – wer ist eigentlich auf diese Idee gekommen? Kurt Dobbratz, der Erfinder dieser Veranstaltung, der Chefredakteur der sonst gar nicht so bedeutenden Internationalen Sportkorrespondenz (ISK), beschrieb es einmal so:

„Man schrieb das Jahr 1947. Die Internationale Sportkorrespondenz telefonierte mit allen damaligen Lizenz-Zeitungen, rund zwei Dutzend, um die Kollegen nach dem überragenden Mann der zurückliegenden Monate zu befragen. Gottfried von Cramm *lautete ihr fast einstimmiges* Votum, und der Tennisbaron freute sich riesig über diese Auszeichnung. Die Sportler-Wahl war geboren. Weniger olympische Gold-Athleten als ‚Botschafter des deutschen Sports' machten in diesen Pionierjahren das Rennen. *Zum Beispiel 1952 der* Mercedes-Rennfahrer Karl Kling, Gewinner der Carrera Pan Americana. Im

Sportler des Jahres 1985, um 21.48 Uhr in der ARD

Daimler-Benz-Werk meinte der bekannte Rennleiter Alfred Neubauer überwältigt: „Dieser Sieg unter den Journalisten steht noch über seinen Erfolgen auf den Rennbahnen in Argentinien, *in Italien*, in *Le Mans und* auf dem Nürburgring."

Seit 1955 wird die Proklamation auch im Fernsehen gezeigt. Die Wahl hat also durchaus traditionelle Züge angenommen. Erführen wir nicht, wer die Sportler des Jahres wären, wir vermißten wohl *etwas*. Denn mittlerweile wird allerorten gewählt und in allen möglichen Sparten.

Da gibt es den Funktionär des Jahres und auch sein Pendant: das Schlußlicht der letzten zwölf Monate. Hermann Neuberger, der ungeliebte Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), ist es auch schon gewesen.

Ein tschechoslowakisches Fachblatt wiederum ruft die Leichtathletik-Journalisten rund um den Globus auf, Läuferin und Läufer des Jahres zu küren, aber bitte nur die aus Europa wählen, was die ganze Sache erschwert.

So etwas hat aber durchaus noch *fachlich-spezifischen Hintergrund*, erscheint demnach logisch. Doch die Wahl zum Sportler blieb seit ihrer Einführung umstritten, eine Angelegenheit voller Glanz zwar, aber fragwürdig.

Der verstorbene Publizist Josef Müller-Marein schrieb dazu 1977 treffend: „Es erhebt sich die Frage, nach welchen Werten da gemessen wird. Wenn man, wie dies geschieht, einen Radfahrer mit einem Schwimmer oder Ringer vergleicht, dann könnte man ebenso gut ein Tier des Jahres küren, gleichgültig, ob man dabei ein Pferd, das im Derby siegt, einen Hund, der die *größte Haschisch-Men*ge erschnupperte, oder das Huhn, in einen gemeinsamen Topf wirft, das goldene Eier legen kann. Auch Elefanten und Walfische in Konkurrenz zu setzen, führt zu nichts, obwohl sie ein ähnliches Kaliber haben. Welche Werte – so muß man fragen – sind den Wahlmännern wichtig? Offensichtlich gelten nicht – wie man zuerst annehmen sollte – die objektiven Maße, sondern die imponderablen."

Oder wohl der Zeitgeist. 1953 und auch 1960, als es noch gesamtdeutsche Olympiamannschaften gab, fiel die Wahl auf die Sprinterin Christa Seliger-Stubnick (1953) aus Ost-Berlin und die Kunst- und Turmspringerin Ingrid Krämer (1960) aus Rostock. *Inzwischen würde man sich* so etwas in der „DDR" verbitten und die Ehrung gar nicht annehmen. Die „Junge Welt", das Kampfblatt der sogenannten „Freien Deutschen Jugend", ruft statt dessen seine Leser zur Wahl der jeweiligen „DDR"-*Sport-Cracks auf.*

In den sechziger und siebziger Jahren, als das hohe Lied der Amateure gesungen wurde, geschah es auf wundersame Weise, daß erfolgreiche deutsche Profi-Sportler hintenan stehen mußten. Als der Profi-Box-*europameister* Rüdiger Schmidtke seiner angeschlagenen Branche wieder zu Ansehen verhalf, *half ihm* das bei der Sportler-Wahl gar nichts.

Der Zeitgeist: 1947 gebührte die Krone dem Tennis-Crack Gottfried von Cramm. 1985 wird es wieder ein Tennisspieler sein: Wimbledonsieger Boris Becker bei den Herren – wer denn *sonst. Auf dem zweiten* Platz folgt der Schwimm-Olympiasieger *Michael* Groß vor dem „*Masters*"-Gewinner im Golf, Bernhard Langer, und den beiden Ski-Weltmeistern Hermann Weinhuch (Nordische Kombination) und Markus Wasmeier (Riesentorlauf).

Bei den Damen fiel die Wahl auf die Fecht-Weltmeisterin Cornelia Hanisch. Sie gewann überlegen vor den beiden *Tennisspielerinnen* Claudia Kohde und Steffi Graf. Den Mannschaftstitel holten sich nochmals die Tennisspieler um Boris Becker, nämlich das Daviscup-Team. Es vereinte mehr als doppelt soviel Punkte auf sich als die Florettmannschaft der Damen auf Rang zwei.

KLAUS BLUME

Dünneres Sommerprogramm

Das ZDF hat in einer Jahrespressekonferenz vorsorglich angekündigt, daß das Sommerprogramm des kommenden Jahres dünner ausfallen werde. „Die Aktualität der Fußball-Weltmeisterschaft" lasse keine weiteren „Sommerpro*gramm-Aktivitäten*" bis Ende Juni zu.

Im übrigen werden unter dem Gesamttitel „Europa im Spiel" vom 2. Juli an Spielfilme aus den angrenzenden Nachbarländern zu sehen sein, nach halb elf abends natürlich. Neu ist die Koproduktion mit Österreich und der Schweiz, die sich „Grand Prix der Volksmusik" nennt.

Das Jahr 1986 wird im ZDF mit Fernsehspielen verschiedener Themenkreise bedacht: „Donauwalzer" von Xaver Schwarzenberger ist zu nennen, ferner „Totschweigen" von Daniel Christoff und, *nicht zuletzt*, „Stinkwut" von Michael Verhoeven.

Aus den Verfilmungen literarischer Werke sei „Eine gebrochene Frau" von Elke Loewe nach Simone de Beauvoir genannt. Zahlreiche Koproduktionen mit dem Kino stehen im Programm, darunter Simmels „Hurra wir leben noch" unter der Regie von Peter Zadek.

Auch Reihen gibt es wieder zuhauf, darunter Wolfgang Menges „*Unternehmen Köpenick*". *Besonders* zu erwähnen ist „Wohin und zurück" von Georg Stefan Troller und Axel Corti.

In der Unterhaltungsabteilung gibt es *drei neue Programme*: „Die stillen Stars", Nobelpreisträger privat (Frank Elstner), „Nonsens nach Noten" eine Slapstickserie aus Israel, und „Showfenster", ein neues Magazin mit Sabine Sauer. P.

KRITIK

Herrn Tschasows Schweigen

Aus aktuellem Anlaß beschäftigte sich **Panorama** (ARD) ausführlicher mit der umstrittenen Vergabe des Friedensnobelpreises an den sowjetischen Repräsentanten und Kopräsidenten der Internationalen Ärztegruppe in Oslo. Bekanntlich hatte Tschasow 1973 eine Erklärung der so*wjetischen Akademie* der Wissenschaften gegen den Bürgerrechtler und späteren Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow mitunterschrieben.

Die kritische Befragung von Panorama beschränkte sich allerdings nur *auf* den *amerikanischen Mitvor*sitzenden Bernhard Lown und den deutschen Psychologieprofessor Richter. Beide reduzierten die Problematik der Ost-West-Teilung unserer Welt auf das bloße Überleben. Wenn es so einfach wäre, dann brauchten wir nur die weiße Flagge aufzuziehen! Immerhin, es waren Meinungsäußerungen freier Persönlichkeiten, die natürlich hier andersartige Stellungnahmen in Kauf nehmen müssen. Daß Tschasow nicht vor die Kamera zu bekommen war, mag noch ein Glücksfall gewesen sein, denn er hätte auf kritische Fragen wohl doch nur unverdrossen vom Frieden geredet.

Angemessen und informativ wäre dagegen jedoch eine kritische Beleuchtung der Wechselwirkungen zwischen Friedenskampagnen und den Zielsetzungen sowjetischer Außenpolitik gewesen. Statt dessen ließ Panorama die Schlagzeilen ausländischer Zeitungen einblenden, die auf den seinerzeitigen Protest Hitlers gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky Bezug nahmen, um am Ende der Sendung mit süffisanter Rede den derzeitigen Regierungschef in Schutz zu nehmen: „Den Bundeskanzler nun gleich *mit Hitler zu vergleichen, halte* ich nun doch für etwas übertrieben." *Was man mit Bildern nicht alles* machen kann! PETER FISCHER

STUDIO

Der Rundfunkrat der **Deutschen Welle** hat sich mit dem Komplex deutscher Fernsehaktivitäten im überseeischen Ausland und dabei ganz speziell mit einem künftigen Programmangebot für die USA befaßt. Dies geschah auf der Grundlage eines *im Auftrag der Bundesre*gierung erstellten Gutachtens. Als dessen Mitautor nahm der ehemalige Intendant von Radio Bremen und frühere Programmdirektor des deutschen Fernsehens, Hans Abich, an den Beratungen teil.

Sie ergaben Übereinstimmung in der Bejahung der Notwendigkeit eines Informationsangebotes für amerikanische Fernsehzuschauer. In bescheidenem Umfang wird es von der Deutschen Welle in Kooperation mit dem „Public Broadcasting System" (PBS) in Form von Pilotprojekten bereits gemacht und hinsichtlich der Akzeptanz getestet.

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-UEFA-Pokal
3. Runde, Rückspiele
11.55 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Ein Platz für Tiere
Tiere besiegen den Schreckens-Vulkan
Von und mit Professor Grzimek
Als der Krakatau im Jahr 1883 ausbrach, zerstörte er alles Leben im nächsten Umkreis. Hundert Jahre später sind die Spuren der Katastrophe verwischt, die Insel wieder mit einer reichen Tierwelt besiedelt.
16.55 Cinderella
Oper für Kinder von Peter Maxwell Davies auf dem Kinderfest im Park
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Bienvenida España, bemvindo Portugal
Ein iberischer Abend aus Madrid
Bald gibt es für Spanier und Portugiesen etwas zu feiern: Am 1. Januar 1986 steht der Eintritt in die Europäische Gemeinschaft bevor. Aus diesem Anlaß wollen die beiden ARD-Korrespondenten Wolf Hanke und Reinhard Behm „ihre" beiden Länder vorstellen.
21.45 Der 7. Sinn
21.48 ARD-Sport extra
Sportler des Jahres 1985
Proklamation und Ehrung
Aus dem Kurhaus in Baden-Baden
Moderation: Werner Zimmer
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Rubecks Traum
Kriminalfilm von Heinz Schirk
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

16.00 heute
16.04 allahu akbar – Allah ist groß
3. Teil: Die islamische Kunst
Zwar ist die islamische Kunst grundlegend von griechischen Vorbildern beeinflußt worden, doch die Verschiedenheit der Religionsauffassung von Islam und Christentum ließ die islamische *Kunst eine vollkommen andere* Richtung einschlagen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Fall für TKKG
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Fröhliche Weihnacht
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Willi und die Gangster
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Kinder-Los
Bericht von Marianne Riedel und Wolf-Rüdiger Schmidt
Vor sieben Jahren galt die Geburt der Louise Brown als eine medizinische Sensation. Das erste Retortenbaby hatte das Licht der Welt erblickt. *Heute sind derartige Manipulationen schon medizinischer* Alltag. „Kontakte" stellt nun die Frage nach der Grenze des Erlaubten: Wie weit darf der Mensch in seinem Forschungsdrang gehen?
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Mehrheit ohne Macht – Frauen in der Gesellschaft
Gesprächsleitung: Horst Schättle
Anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios
20.00 Tagesschau
20.15 Zu allem entschlossen
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Frank Sinatra, Shelley Winters, Alex Nicol, Raymond Burr u. a.
Regie: Joseph Pevney
21.40 Filmtip
21.45 Landesspiegel
NRW in Bonn
22.15 Dallas live
Erfahrungen mit einer Stadt
23.00 Andrej Tarkowskij
Film von Donatella Baglivio
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
19.15 Wo Tiere noch unter sich sind
Vor Kanadas Küste
20.00 Tagesschau
20.15 Zu allem entschlossen
Amerikanischer Spielfilm (1952)
21.40 Kultur aktuell
22.30 Alban Berg
Dokumentarspiel mit Musik des Komponisten
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 SFB-Computer-Club (6)
19.05 L – wie Lastwagen
19.20 Die zarte Falle
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Frank Sinatra u. a.
21.05 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.40 Bild der Woche
21.55 Abschied vom Städtel
Osteuropas jüdische Welt
22.40 Ein jeglicher wird seinen Lohn empfangen ... (4)
Serie von Claude Lelouch

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Ballade vom „Loch-Heini"
20.20 Die Westschweiz
Tradition der Unabhängigkeit
21.05 Sport
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Die Bauleger in Shavei Zion
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Ausgewandert
22.35 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Immer die verflixten Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1959)
20.35 Weltcup-Skirennen
20.45 Der verlorene Sohn
Barockes Musiktheater
21.30 Rundschau
21.45 Sportfeature
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Asphaltdschungel
Amerikanischer Spielfilm (1958)



13.30 Kum Kum
Weißer Blitz
14.00 Kung Fu
15.00 Oelps
Ski-Tricks
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Drei Engel für Charlie
18.00 Abenteuer Wildnis
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Der weiße Sohn der Sioux
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 High Chaparral
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künstler, Sport und Wetter
22.15 Ich will, daß du mich liebst
Amerikanischer Spielfilm (1955)

3SAT

17.00 Sportreport
18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Kriminalserie
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Mystik
22.30 Gesichter der Renaissance
23.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.15 Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
Heute: Karpfen
18.53 7 vor 7 – Die Bilder des Tages
19.20 Karlchen
19.30 Alias Smith & Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Satan der Rache
Deutsch-ital. Spielfilm (1971)
22.05 RTL-Spiel
22.15 Open end – [illegible]
22.47 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Dämonen im Glasfenster

ew. – Man kann immer wieder beobachten, daß fremde Besucher einer Stadt dort mehr Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten entdecken als ein Einwohner, dem diese Dinge zu sehr Hekuba sind, als „daß er um sie soll weinen", wie's Shakespeare ausgedrückt hat.

Touristen, die bei ihrem Salzburg-Séjour pflichtschuldig die einzigartigen Wasserspiele von Hellbrunn aufsuchen, bewundern oft den Durchblick auf ein hochragendes Gebäude, sechsstöckig in schlankem Gelb, das ihnen aus der fernen Stadt zwischen grünen Hekken herüberleuchtet, fragen, was das sei, und erfahren im besten Fall, das solle ein Frauenkloster sein, sein Name? Ja, Goldenstein oder so.

Kein *Reiseführer nennt es, kein* Verkehrsbüro kennt es, es scheint eine quantité negligeable zu sein – und doch ist der echt gotische Bau durchaus als solcher bemerkenswert und trägt seinen Namen von der hier ehemals betriebenen Goldwäscherei, wovon heute auch niemand nichts weiß. Er war im Besitz altsalzburgischer Familien, darunter derer „v. Alt", denen die berühmte Bischofsbraut Salomé des Erzbischofs Wolfdietrich entsprossen ist. Und so weiter.

Nicht weniger geläufig ist die erschreckend eindrucksvolle, schmerzgekrümmte Christusfigur im Kapuzinerkloster, deren Schöpfer wiederum in Graz ein Kuriosum geschaffen hat, das in keiner Stadt der Welt seinesgleichen hat: Ein Hitlerporträt mit Hakenkreuzarmbinde in einer Kirche. Gar der Stadtpfarrkirche. Er blickt in einem von Albert Birkle geschaffenen Glasfenster wenig anteilnehmend auf den gemarterten Christus hinunter, während neben ihm mit aufgerissenem Maul sein Artgenosse Mussolini zu sehen ist, der auch hier nicht verstummen konnte.

Fremde kommen von weither, den Bewohnern der ehemals, als Grenzstadt, stark vom Nationalsozialismus durchsetzten Stadt fällt's kaum auf. Wobei natürlich *klar ist,* daß die beiden Volkshelden *als* abschreckende *Beispiele, als Dämonen* zu verstehen sind, was aber ihre *Anwesenheit im geweihten Raum* nicht unbedingt legitimiert.

Dieses Gesetz kann nur ein Anfang der Korrektur sein – Der Bundestag berät die Novellierung der Besteuerung von Kunstbesitz

Das Bild an der Wand verrät die eigne Schand

Heute behandelt der Bundestag in *zweiter und dritter Lesung* die von den Fachleuten der CDU/CSU und der FDP überarbeitete Regierungsvorlage des „Steuerbereinigungsgesetzes 1986", die einen vom Bundesrat im März verabschiedeten Gesetzentwurf aufnimmt und vorsieht, Werke lebender Künstler von der Vermögenssteuer zu befreien.

Viele verfolgen das Verfahren mit grimmigem Achselzucken, andere merkwürdigerweise mit angewidert hochgezogenen Mundwinkeln. *Kunstwerke haben bei uns eben nach* weit verbreiteter und auch von *Kunstkritikern gepflegter Anschauung* in einem wertfreien, vor allem geldwertfreien Raum zu existieren. Dem Künstler, der an die Verkaufsmöglichkeiten für seine Werke denkt, wird gern das Etikett „kommerziell" als Synonym für mindere Qualität angeklebt – es sei denn, er schwebte bereits in den Höhen eines Beuys, Baselitz oder Kiefer. Und was die Sammler betrifft, so herrscht die Meinung vor, die Kunst werde von ihnen nur wegen ihres materiellen Wertes aufgehäuft.



Muß auch noch der Steuerberater hinzugezogen werden? – Alt-Bundespräsident Scheel mit Kölns Museumsdirektor Hugo Borger und Kunsthändler Gerd Reinz (von rechts) auf der „Art Cologne" FOTO: MESSE KÖLN

Daß jemand ein Bild oder eine Plastik nur deshalb kauft, weil sie ihm gefällt, wird gar nicht erst in Betracht gezogen. Deshalb ging das deutsche Steuerrecht bisher davon aus, daß *Kunstgegenstände* vor *allem* Wert- und Spekulationsobjekte seien. Das *kommt noch* in *aller Deutlichkeit in* einem Brief (vom 7. 8. 84) des Parla*mentarischen* Staatssekretärs *beim* Bundesminister der Finanzen, Hansjörg *Häfele, zum* Ausdruck, der es wahrhaftig wert ist, daß man ihn tiefer hängt.

Der Deutsche Kulturrat hatte in einem Schreiben an *das Finanzministerium* eine „vereinfachte Teilwertab*schreibung*" der *Anschaffungskosten* für Kunstwerke vorgeschlagen. Häfe*le sah darin nichts weiter als „eine* Förderung der privaten Vermögensbildung ... die auf erhebliche Bedenken stößt". Der Gedanke, daß eine solche *Erleichterung des Kunst*erwerbs der Förderung der Künstler *dienen könnte, also eine soziale und* eine kunstpolitische Funktion hätte, *ist den Beamten des Finanzministe*riums überhaupt nicht gekommen.

Bis zum 31. 12. 1973 hieß es im *Pa*ragraph 110, Abs. 1, Nr. 12 des deutschen Bewertungsgesetzes immerhin noch, daß „Kunstgegenstände ohne Rücksicht auf den Wert, wenn sie von deutschen Künstlern geschaffen sind, die noch leben oder seit nicht mehr als 15 Jahren verstorben sind", von der Vermögenssteuer ausgenommen seien. Die verflossene sozial-liberale Koalition sah darin einen unzumutbaren Vorteil für die kunstsammelnden Reichen und strich den Passus ersatzlos. Seitdem ist der Kunstbesitz in Deutschland uneingeschränkt vermögenssteuerpflichtig, soweit er 20 000 Mark (bei Verheirateten 40 000 Mark) übersteigt. *Das* ist *allerdings* nur eine Freigrenze, kein Freibetrag. Wer Kunst für 20 001 *Mark* besitzt, muß den ganzen Wert mit 0,5 Prozent versteuern.

Verbindliche Richtlinien, wie man Kunst steuerrechtlich bewerten soll, *gibt es aber nicht. Meist stützen sich* die Finanzbeamten auf ein Urteil des Reichsfinanzgerichtshofes vom 18. 9. 1930, das 26,6 Prozent eines späteren *Verkaufserlöses als* Wertansatz ansah. Doch wie bestimmt man den Zeitwert? *Die* Rekordmeldungen der Auktionshäuser lassen ein völlig falsches Bild entstehen. Ein Kunstwerk zu erwerben, kann zwar sehr teuer sein, aber es zu demselben Preis wieder zu verkaufen, ist meist unmöglich, nicht zuletzt wegen der Einlieferungsgebühr von zehn bis fünfzehn Prozent für den Verkäufer sowie der *Aufschläge* und *Mehrwertsteuer* von zusammen zwanzig bis 25 Prozent auf den *Auktionszuschlag* für den Käufer.

Abwegig ist es auch, den Versiche*rungswert als Maßstab zu nehmen.* Denn der Preis für die Wiederbe*schaffung eines gleichen oder gleich*artigen Stückes ist um ein Vielfaches höher *als* der Erlös, den man erzielt, wenn man von heute auf morgen zum Verkauf *gezwungen ist.* Sachverständige sprechen in diesem Fall von einem *„Krisenwert"*, der bei etwa zehn Prozent des Wiederbeschaffungswertes *liegt.* Kunst, die nicht am Markt ist, läßt sich also nur mit vielen Wenn und Aber bewerten.

Das ist allerdings noch das geringste Problem gemessen an den kunstfeindlichen Wirkungen der *Vermögenssteuer.* Museumsleute und Ausstellungsorganisatoren wissen ein Lied davon zu singen, wie schwierig es ist, private Sammler zu Leihgaben zu überreden. Wenn in den Katalogen in der Liste der Leihgeber steht: „Privater Sammler, der ungenannt bleiben möchte", so hat das gewöhnlich nichts mit Bescheidenheit, sondern alles mit der Furcht vor dem Finanzamt zu tun. Bei einer Berliner Ausstellung mit Kunstwerken aus Privatbesitz hat ein eifriger Finanzbeamter die Liste der Leihgeber ganz ungeniert mit den Vermögenssteuererklärungen verglichen. Und siehe da, bei einigen tauchte gar kein Kunstbesitz, dafür bald aber ein Finanzbeamter auf.

Solche Mißhelligkeiten fördern natürlich nicht *die Bereitschaft*, sich auf Zeit vom eigenen Kunstbesitz zu trennen, *um ihn einer Öffentlichkeit* bekanntzumachen. Das hängt oft auch mit der Frage zusammen, ob man sich den Kunstbesitz überhaupt erhalten kann. Typisches Beispiel ist die Witwe eines durchschnittlichen Künstlers, der einst mit den Expressionisten befreundet war. Als *diese* noch alle arm waren, hatten sie ihm (wie er ihnen) Bilder und Graphiken geschenkt. Die sind inzwischen so im Wert gestiegen, daß die Frau dafür mehr Vermögenssteuer zahlen müßte, als ihre Rente beträgt.

Die Vermögenssteuer – eine Erfindung der Deutschen – haben uns die Franzosen zwar nachgemacht, aber Kunstwerke nahmen sie davon ausdrücklich aus. Die neue Bundesregierung konnte sich dazu bisher nicht entschließen, der jetzige Entwurf bleibt deutlich hinter der Regelung, die bis 1973 galt, zurück. Er hebt zwar die Beschränkung auf „deutsche Künstler" auf – dazu zwingen die EG-Richtlinien –, führt aber die 15-Jahres-Frist nach dem Tode, die den nächsten Angehörigen zugute kam, die oft schlecht versorgt sind, nicht wieder ein. Und der ältere Kunstbesitz wurde – wohl *aus Feigheit* vor dem Vorwurf, die „Reichen" zu entla*sten – gar nicht* erst *in Erwägung* gezogen.

Dabei zeigt die Praxis, daß das purer Unsinn ist. Die großen Sammler *wie Peter Ludwig* oder *Lothar-Günther* Buchheim sind davon sowieso *nicht betroffen.* Sie *nutzen (fast zwangsläufig)* die Möglichkeit der Vermögens- und Erbschaftssteuerbefreiung, wenn die Kunstwerke als Dauerleihgabe einer öffentlichen Sammlung zur Verfügung gestellt werden (da genügt schon, wenn sie im Depot eines Museums lagern).

Deshalb bringt die Vermögenssteuer auf Kunstbesitz nach Schät*zungen der Finanzämter, hoch gegrif*fen, ganze zehn Millionen Mark pro Jahr ein. *Diese Einnahmen* stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand der Erfassung, vor allem aber *nicht* zu dem Schaden, den die Vermögens*steuer als Herausforderung zur Heim*lichkeit in Kunstdingen der Öffent*lichkeit zufügt.* Die jetzige Gesetzesnovellierung kann also nur eine erste *Etappe sein auf dem Weg zu einer* vernünftigen Besteuerung von *Kunstbesitz.* *PETER DITTMAR*

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Jubiläumsnummer von „The Public Interest"

Die von der Wirklichkeit Überfallenen

Seit es zum Job eines Parteisekretärs gehört, Begriffe zu besetzen und anzuschirren, füllt ein immer dichter werdender Nebel unsere Meinungstäler. Was „neo-konservativ" heißt, ist in deutschen Landen um so weniger auszumachen, je öfter Peter Glotz den Begriff in den Mund nimmt.

Da ist es ein Glücksfall, daß „The Public Interest" (10 East 53rd Street, New York, NY 10022), das vierteljährliche Leitorgan der amerikanischen Neo-Konservativen (der originalen also), seinen 20. Geburtstag mit einer Jubiläumsnummer begeht, in der die Koryphäen der Richtung – Irving Kristol, Nathan Glazer, Daniel Bell, Robert Nisbet, Daniel Patrick Moynihan – sich ein Stelldichein geben.

Eines wird aus der Jubiläumsnummer klar: Der Neo-Konservatismus ist aus einer emotionalen und einer rationalen Wurzel hervorgegangen. Die emotionale Wurzel war die empörte Zurückweisung der Studentenbewegung, die die frühen antistalinistischen Linken an die üblen Usancen ihrer stalinistischen Gegenspieler am New York City College erinnerte.

Die rationale Wurzel des Neo-Konservatismus war die Auseinandersetzung mit der „Great Society" des Präsidenten Lyndon B. Johnson (1963–1968), dessen Programm der Bekämpfung der Armut, der Verstädterung und der Rassendiskriminierung in „Public Interest" von skeptisch gestimmten Sozialwissenschaftlern mit wachsender Kritik verfolgt wurde. Es stellte sich heraus, daß die halbgare Sozialwissenschaft, die Johnsons Programm zugrunde lag, mehr Schaden als Nutzen stiftete. Die Armut wurde durch dieses Programm nicht etwa behoben, sondern erst geschaffen.

Als Irving Kristol und Daniel Bell 1965 „The Public Interest" gründeten, kamen sie aus dem Kampf gegen den antiwohlfahrtsstaatlichen Konservatismus Goldwaters.

Als 1973 der Marxist Harrington den Begriff „neo-konservativ" prägte, „hatte gleichsam eine unsichtbare Hand verschiedene Individuen zu einer übereinstimmenden Position geführt, die die teilweise Übernahme des konservativen Etiketts rechtfertigte" (Nisbet). Die Neo-Konservativen waren Sozialwissenschaftler, die zu aller Überraschung plötzlich Autorität, Tradition, bürgerliche Ordnung entdeckt hatten. „Die Liberalen, die von der Wirklichkeit überfallen worden waren" (Kristol), schwenkten in das konservative *Lager* ein.

Noch interessanter ist aber der Einblick in neue Differenzen, die sich zwischen den Neo-Konservativen resp. zwischen ihnen und den Konservativen aufgetan haben. Es ist vor allem der Graben zwischen Populismus und Elitismus. Bell schreibt: „Das Unvermögen der Eliten und Establishments – die für jede Gesellschaft unerläßlich sind –, moralische Autorität auszuüben, ist wohl das bedenklichste Erbe der 70er Jahre. Genau so bedenklich ist das populistische Unschmeicheln der Massen und der Angriff auf die Elite." So wie die 70er Jahre im Zeichen einer Revolte von „links" gegen die Autorität gestanden hätten, so stünden die 80er Jahre im Zeichen einer Revolte von „rechts" gegen die Modernität. Diese Revolte sei paradoxerweise nur durch mehr Autorität zu steuern.

Nach Nathan Glazer sind die Streitfragen (Abtreibung, Schulgebet etc.) erst dadurch entstanden, daß der dem Volksvotum entzogene Supreme Court sie bundesweit regelte und so die populistische Revolte entfachte. Der Populismus wolle lediglich lokale Verschiedenheiten erhalten, doch müsse die kosmopolitische Elite sich hüten, dem weitgehend religiösen und konservativen Volk weiter auf den Schlips zu treten.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Schallplatten-Edition: Neue Musik von österreichischen Komponisten

Wenn sich zwei Kontrabässe treffen

Zwei Österreicher mit dem Kontrabaß: Sie sitzen wohl nicht auf der Straße, aber sie erzählen doch was, das heißt, ihre Musik tut das. Österreich zeigt sich in der Musik als ein Land, das eine eher „gemäßigte Moderne" exportiert, und gar nicht ohne Erfolg, wie jetzt eine neue Platten-Serie mit österreichischer Musik der Gegenwart dokumentiert (Amadeo 415824-9).

Der 1957 geborene Wiener Gerhard Schedl errang mit seinen Kammeropern bei den Dresdner Musikfestspielen schon zum zweitenmal den Carl-Maria-von-Weber-Preis, zuletzt 1984 mit seinem Einakter „Der Kontrabaß" auf ein Libretto von Attila Böcs nach einer Erzählung von Siegfried Pietschmann. Der Uraufführungsort hatte mit der Handlung zu tun: Ein junges Paar, zum erstenmal gemeinsam auf Reisen, trifft in einem Bahnhofsrestaurant mit einem alten Kontrabassisten zusammen, der ihnen zunächst lästig fällt, bis sich aus Gesprächen zögernd Verständigung und Betroffenheit herstellt: Als er so alt war, kam seine Frau beim Bombenangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 um – die Erinnerung läßt sich nicht wegwischen.

Läßt sie sich vermitteln, lassen sich Erfahrungen vermitteln? Die Oper macht dies zu ihrem Thema – auf der Suche nach Sprache, die nicht poetisch sein muß, die skurril sein kann, aber auf jeden Fall ihre Hörer erreichen will und auch erreicht. Die Musik, die der Österreichische Musikrat auf seiner Dokumentationsserie vorstellt, grenzt in dieser Hinsicht an jene Sprache, wie sie Krzysztof Penderecki in Krakau oder Udo Zimmermann in Dresden versuchen: an die Rezeptionsgewohnheiten des Opern- und Sinfoniepublikums anknüpfend.

Was hat der Kontrabaß mit diesem Unterfangen zu tun? Es ist ein unförmiges Instrument, und man ist nicht gewohnt, daß es „spricht" – um so überraschter ist man. Es spielt auch im „Totentanz von anno neun" Gerhard Schedls seine skurrile Rolle, und geradezu hintergründig wird sie dann im Kontrabaßkonzert seines älteren Landsmannes Marcel Rubin, der, 1905 in Wien geboren, die Generation des alten Kontrabassisten verkörperte.

1938 mußte der Schüler Darius Milhauds, der in Paris seine ersten Erfolge feierte, die Heimat verlassen, und wie bisher in Wien wirkte er in Frankreich und Mexiko im Dienst der Neuen Musik, bis er 1947 nach Österreich zurückkehrte, auch als Musikkritiker und Organisator. Seine Musik spricht eine noble und diskrete Sprache, erzählend ohne Gewaltsamkeit mit Ironie oder auch Betroffenheit; mit Liebe und Betroffenheit, was seinen „Heiligenstädter Psalm" nach Beethovens Heiligenstädter Testament angeht.

Ein anderer Emigrant: Ernst Krenek ist aus Kalifornien nie zurückgekehrt, aber man hat ihn in Österreich nicht vergessen. Die Plattenserie dokumentiert seine erste, zweite und dritte Sinfonie aus der Aufbruchsstimmung der zwanziger Jahre: voll theatralischer Feierlichkeit die Bedeutung des Trivialen neu entdeckend, gegenüber der Spätromantik das Maß einer neuen Klassizität suchend – ein Weggenosse von Hindemith und Schostakowitsch.

Die Generation dazwischen vertritt der 1936 geborene Innsbrucker Erich Urbanner. Für diese war die Zwölftontechnik schon lernbares Handwerk, das nach Überwindung schrie. Die Sprache seines „Requiem" könnte man in ihrer stillen Anlehnung an den traditionellen Meßstil am besten neben der Pendereckis einordnen. Und sie macht deutlich: Irgendwo hat die k.u.k. neue Sprachlichkeit dieselben Wurzeln wie die Gläubigkeit eines Joseph Haydn ...

DETLEF GOJOWY

Düsseldorf: 400 Jahre Theatergeschichte im Dumont-Lindemann-Archiv

Größer als Max Reinhardts Haus

Als Erbprinz Johann Wilhelm von Jülich, Cleve *und* Berg 1585 seine Herzogin Jakobe von Baden ehe*lichte*, gab *man im neu eingerichteten* Hoftheater das opernhafte Singspiel „Orpheus und Amphion", mit einem Libretto von Johannes Oridryus, seines Zeichens Lateinlehrer am Düsseldorfer „Gymnasium Illustre". Damit begann eine 400jährige, ununterbrochene Theatertradition in Düsseldorf: die längste in Deutschland.

Auch gab es in Düsseldorf das erste ständige Hofballett, und man ließ sich, damals wie heute, die Kultur etwas kosten: Wurde das Begräbnis eines Reitknechtes bezahlt, kostete es sechs Taler, der Ballettmeister ging *seinen letzten Weg für immerhin* 47 Taler und 42 Albus.

Das Rechnungsbuch, in *dem das* aufgeführt ist, gehört zu den aufschlußreichen Ausstellungsstücken im Dumont-Lindemann-Archiv, dem Theatermuseum der Stadt Düsseldorf (Bilker Straße 12), das in einer reichhaltigen Ausstellung die 400jährige Theatergeschichte Düsseldorfs mit Stichen und Modellen, Dokumenten und Zeichnungen, Büsten und Kostümen, Plakaten und Fotos eindrucksvoll darstellt.

Die Theaterbegeisterung der Düs*seldorfer läßt sich* auch *an einem* Ratsprotokoll der Nachbarstadt Neuß ablesen, wo 1603 *amtlich festgehalten* wurde, daß Düsseldorfer Bürgersöhne und Junggesellen zu Neuß das Stück vom „Verlorenen Sohn" aufgeführt hätten.

1717 wurde das kurfürstliche Komödienhaus eröffnet, in der napoleonischen Zeit gab es das „Bergische Nationaltheater", welches der Staat Preußen 1818 der Stadt Düsseldorf als Stadttheater übergab. Und wieder gab es „Rekorde": 1833 gab es den „Fidelio" unter Direktor Joseph Derossi, dem Vorgänger Immermanns, und zwar als Gastspiel in Drury Lane: *das erste Mal, daß ein Stadttheater* dort gastieren durfte.

Eine überaus bemerkenswerte Epoche ist die langdauernde „Theaterehe" zwischen Duisburg und Düsseldorf, die in ihrer ersten Phase von 1887 bis 1921 dauerte, dann unterbrochen wurde, um 1956 wieder geschlossen zu werden. Überhaupt sind die Zwanziger auch für das Düsseldorfer Theater eine fruchtbare Periode gewesen. Das „Apollo-Theater" war damals das größte Theater Deutschlands – mit 3500 Sitzplätzen größer als Max Reinhardts Haus in Berlin *(3200 Plätze). Man gab* dort Büchners „Dantons Tod" und Tollers „Maschinenstürmer". Als aber die „Wiener Revue" aufgeführt wurde, schrieb der Bürgermeister an die Theaterdirektion: „Außerdem ersuche ich Sie, dafür zu sorgen, daß diejenigen Personen, die die Brüste nicht verdeckt haben, insbesondere bei den Kandelabern, vollständig marmorweiß geschminkt sind, so daß insbesondere Brustwarzen nicht zu erkennen sind."

Die Schau wird abgerundet durch Dokumentationen zur Geschichte des Düsseldorfer Schauspiels unter Gustaf Gründgens und Karl-Heinz Stroux *sowie zur Geschichte* der 1956 aus einer Fusion der Opernsparten in Düsseldorf und Duisburg entstandenen „Deutschen Oper am Rhein", die seit über zwanzig Jahren (und noch bis zum Ende dieser Spielzeit) unter der Leitung von Prof. Grischa Barfuß steht.

GERHARD CHARLES RUMP

Bis 15. 3. 1986; statt eines Kataloges erschien ein Klapptheater aus Papier mit Motiven des „Orpheus"-Singspiels (10 Mark); die Theatergeschichte Düsseldorfs von Heinrich Riemenschneider, dem Direktor des Theatermuseums, erscheint im Anschluß an diese Ausstellung.



Hohlwangige Hohepriesterin der neuen Sportlichkeit: Jamie Lee Curtis in dem Film „Perfect" FOTO: WARNER COLUMBIA

Film: „Perfect" *mit* Travolta und *Jamie* L. Curtis

Schüchterne Seifenoper

Als er sie zu harten Rock-Rhythmen tanzen sieht, ist es um seine Objektivität geschehen. Eigentlich sollte Adam Lawrence für das Magazin „Rolling Stone" einen ent*larvenden Artikel* über *den ausufernden* Körperkult in kalifornischen Fit*neßstudios schreiben.*

Aber der Anblick des gertenschlanken Gelenkigkeitswunders Jessie vernebelt seinen journalistischen Spürsinn. Adam hat sich in sein Thema verliebt. Doch wie das Leben, zumindest in diesem Drehbuch, so spielt, leidet Jessie noch an einem Alptraum: Als die Aerobic-Trainerin nämlich noch eine prominente Weltrekordschwimmerin war, bauschte ein Reporter ihre schüchterne Affäre mit dem Trainer zum nationalen Skandal auf.

Der Regisseur James Bridges nutzt *Themen wie journalistisches Ethos* und narzißtischen Schönheitswahn hier nur als Aushängeschilder eines auf Hochglanz polierten Fotoromans. Hier geht es einzig und allein darum, ein neues Hollywood-Traumpaar zu kreieren und in einer kassenträchtigen Liebesgeschichte spazierenzuführen.

So trifft also John Travolta, einst Vortänzer der inzwischen abgeflauten Disco-Welle, auf Jamie Lee Curtis als hohlwangige Hohepriesterin der neuen Sportlichkeit. Während man Travolta keine Sekunde lang den Starreporter *glaubt, beweist* die Tochter von Janet Leigh und Tony *Curtis, daß sie ihren Körper weit bes*ser beherrscht als ihre Gesichtsmuskeln. Damit auch die jungen Teenager zuschauen dürfen, verzichtete man vorsichtshalber auf schweißtreibende Erotik und hält die wechselvolle Romanze keimfrei wie ein frischgewaschenes Aerobic-Trikot.

Die Schizophrenie dieser eitel gestylten Seifenoper enthüllt sich insbesondere in der technisch virtuosen Kameraarbeit von Gordon Willis. Da mag sich Travolta sein schwarzlockiges *Haupt noch* so sehr mit der Frage zermartern, ob die Fitneßtempel nun *die neuen Treffpunkte einsamer* Herzen sind, die Linse saugt sich so fasziniert an den Wespentaillen hübscher Gymnastinnen und an den schwellenden Muskeln gebräunter Bodybuilder fest, *daß* man das Ganze für einen genialen Werbefilm der Freizeitindustrie hält. Der jedoch ist mit fast 120 Minuten entschieden zu lang geraten.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

New York bereitet PEN-Kongreß vor

dpa. New York

Eines der größten Schriftstellertreffen in der 64jährigen Geschichte von PEN, der internationalen Vereinigung der Dichter, Essayisten und Romanciers, findet Anfang nächsten Jahres in New York statt. Zum 48. Internationalen PEN-Kongreß vom 12. bis 18. Januar werden rund 300 Delegierte erwartet. Außerdem wurden 50 Ehrengäste eingeladen, die an den Diskussionen über das Kongreßthema „Die Vorstellungskraft des Schriftstellers und die Vorstellungskraft des Staates" teilnehmen sollen. Darunter sind Günter Grass, Hans-Magnus Enzensberger und Peter Schneider aus der Bundesrepublik, Heiner Müller aus der „DDR", der Franzose Eugene Ionesco, der Brite Harold Pinter und die Südafrikanerin Nadine Gordimer.

London verliert Kampf um Mantegna

AFP, London

Das Gemälde, das den höchsten jemals bei einer Auktion gezahlten Preis erzielte, „Anbetung der Heiligen Drei Könige" von Andrea Mantegna (1431–1506), wechselt aus Großbritannien in die USA. Das ist unumstößlich geworden, nachdem es der National Gallery of Scotland, wo sich das Kunstwerk derzeit befindet, in acht Monaten nicht gelungen ist, 8,1 Millionen £ (rund 32 Millionen Mark) aufzubringen. Das Meisterwerk des Malers aus Padua war am 18. April bei Christie's in London vom Getty-Museum für die Rekordsumme von 8,1 Millionen Pfund erworben worden.

Polens Armee als Mäzen der Künste

JGG. Warschau

Der *Kulturchef* und *stellvertretende* Chef der Politischen Hauptverwaltung der polnischen Armee, General Albin Zyto, hat jetzt mit sämtlichen Künstlerverbänden Polens einen Vertrag unterzeichnet, wonach die Armee noch mehr als bisher ihr Mäzenatentum über Polens Künstler ausdehnen werde. Gleichzeitig erhielten zahlreiche Künstler, *mit der Präsidentin* des neuen Schriftstellerverbandes, Ha*lina Auderska,* an der Spitze, „Medaillen für die Verdienste um das Verteidigungswesen des Landes". Die Medaillen erhöhen die Rente, die für Künstler mit dem 55. Lebensjahr beginnt, um etwa 25 Prozent.

Nachschlagewerk für Raabe-Forschung

dl. Braunschweig

Aus Anlaß des 75. Todestages des Braunschweiger Dichters Wilhelm Raabe ist *jetzt ein Gesamtverzeich*nis der archivarischen Bestände erschienen. *Es handelt sich um ein in* der jetzt vorliegenden Vollständig*keit noch nicht vorhandenes* Raabe-Verzeichnis. In ihm sind neben *den überaus reichen Beständen* des Stadtarchivs und der städtischen Bibliotheken Braunschweigs jetzt auch Raabe-Archivalien der Her*zog-August-Bibliothek und* des Staatsarchivs Wolfenbüttel sowie die des *deutschen Literaturarchivs* in Marbach aufgenommen worden.

Erster slowakischer ökologischer Roman

rst. Preßburg

Unter dem Titel „Arzén" erschien im Verlag des slowakischen Schriftstellerverbandes in Preßburg der erste slowakische ökologische Roman. Der Autor Ladislav Hagara schildert darin den Zwiespalt zwischen der Ökonomie und Ökologie, wie er sich bei den Erbauern eines Kohlekraftwerkes bemerkbar macht. Die Kritik in der Literaturzeitschrift „Slovenské pohledy" stellt allerdings fest, daß es Hagara nicht gelungen ist, ein so schwieriges Thema künstlerisch zu bewältigen.

Kewenig beruft Manfred Wilke

DW. Berlin

Berlins Wissenschaftssenator Kewenig hat jetzt endgültig den Gewerkschaftsexperten Manfred Wilke auf die Professur für Wirtschaftssoziologie mit dem Schwerpunkt industrielle Arbeitswelt an der Fachhochschule für Wirtschaft berufen. Damit ist der fast zweijährige Streit zwischen der Hochschule und dem Senator um diese Berufung beendet.

„Der Blaue Berg" zeigt Köln schwarz-weiß

DW. Köln

Die schweizerische Avantgarde-Kunstzeitschrift „Der Blaue Berg" hat ihr Heft 13 ganz einer derzeit in der Kölner Galerie Holtmann stattfindenden Ausstellung gewidmet: „Köln – Schwarz-weiss 1985". Die Ausstellung vereinigt Werke von 40 Künstlern der verschiedenen Kölner Kunstszenen: von Konzept- über Fotokunst bis zu neuer Malerei. Das Heft, das in einer Auflage von 630 Exemplaren erschienen ist, kostet 35 Mark.

Eine schwimmende Insel erreichte Kiel / Fünf Schlepper bugsierten die „Polycastle" an Ort und Stelle – eine stundenlange Zentimeteraktion

Zitterpartie im Morgengrauen

Von Dieter F. HERTEL

Nur sechs Seemeilen lang war die Reise, und doch dauerte sie fünf Stunden. Gestern im Morgengrauen zogen fünf bullige Schlepper die Halbtaucherplattform „Polycastle" von der Strander Bucht am Eingang der Kieler Förde zum Großdock der Werft Howaldtwerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel. Es war eine Zitterpartie, doch sie ging ganz ohne Schrammen ab.

Vor einer Woche bereits hatte der norwegische Versorger „Active Queen", ein Bulle mit 10 000 Pferdestärken, die 19 000 Tonnen wiegende Plattform aus Norwegen nach Deutschland geschleppt. In der Strander Bucht wurde sie mit vier Ankerketten für die Dauer der zur Dockung erforderlichen Vorarbeiten festgelegt. Jede der vier Ankerketten war 350 Meter lang und wog etwa 200 Tonnen. Hinzu kamen die je 20 Tonnen wiegenden Anker.

Vor der Dockung mußte das Ballastwasser aus den beiden mächtigen Stahlzylindern, auf denen die sechs mächtigen Beine der Plattform stehen, herausgepumpt werden. Es galt, den Tiefgang von 12,50 auf 7,50 Meter zu verringern. Damit nicht genug: Auch die vier unten aus den Auftriebskörpern ragenden Ankerbeinheiten mußten entfernt werden. Sie wären sonst beim Aufsetzen der „Polycastle" auf die Dockpallen unweigerlich abgebrochen. Ehe die kurze Schleppreise beginnen konnte, mußten die vier Anker eingeholt werden. Glied für Glied rasselten die Ketten, eine nach der anderen, in die riesigen Kettenkästen. Dabei wurden die Ketten mit gewaltigen Wasserkaskaden abgespült, um eine Verschmutzung der Kästen mit Schlick vom Fördegrund zu verhindern.

Dann begann der Schleppzug seine Fahrt – ganz langsam. Die Hauptlast lag dabei auf dem Haken der „Active Queen". Die beiden kleineren Schlepper „Stein" und „Hermes" halfen beim Ziehen. Achtern hatten „Holtenau" und „Bugsier 10" festgemacht. Die „Holtenau" trug dabei besondere Verantwortung. Ihr oblag es, die Plattform in das Dock 8 A hineinzubugsieren. Nur sie war ihren Abmessungen und ihrer Wendigkeit nach dafür geeignet. Es ging buchstäblich um Zentimeter: Von einer leichten Windbö erfaßt, drohte die „Polycastle" einen hohen Scheinwerfermast an der Dockeinfahrt mit der Backbordnocke ihrer Brücke zu erfassen. Doch der Kelch ging vorüber, die Berührung wurde mit genau dosierten Gegenbewegungen vermieden.

Zwischen den Lotsen auf der Plattform und den fünf Schlepperkapitänen herrschte während der Fahrt lebhafter Sprechfunkverkehr über UKW. Nicht weniger als drei Frequenzen wurden benötigt, um die gegenseitigen Abstimmungen sicherzustellen und Mißverständnisse zu vermeiden. Eine weitere Frequenz war für die Gespräche mit den Hafendienststellen an Land reserviert. Über sie wurde beispielsweise eine kurze Verlangsamung der Schleppfahrt abgesprochen: Ausgerechnet an der engsten Stelle des Fördefahrwassers kam dem schwerfälligen Schleppzug ein Konvoi von drei Frachtschiffen entgegen, die in Kiel-Holtenau aus dem Nord-Ostsee-Kanal ausgeschleust hatten.

Bei HDW soll die im Jahre 1982 in Japan erbaute Plattform, die der norwegischen Firma K/S Rasmussen Offshore A/S, Kristiansand, gehört, umgebaut werden. Unter anderem werden zusätzliche Auftriebskörper (Lufttanks) angebracht, damit die „Polycastle" die jüngst verschärften norwegischen Sicherheitsvorschriften erfüllen kann. Außerdem wird ihr Anstrich erneuert. Auch die alljährliche Klasseprüfung, der TÜV für Schiffe und Offshore-Geräte, wird bei dieser Gelegenheit erledigt. Bis zum 17. Januar 1986 wird die Plattform im Dock bleiben, in dem zur gleichen Zeit auch die neue Bundesbahn-Fähre für die Vogelfluglinie heranwächst.

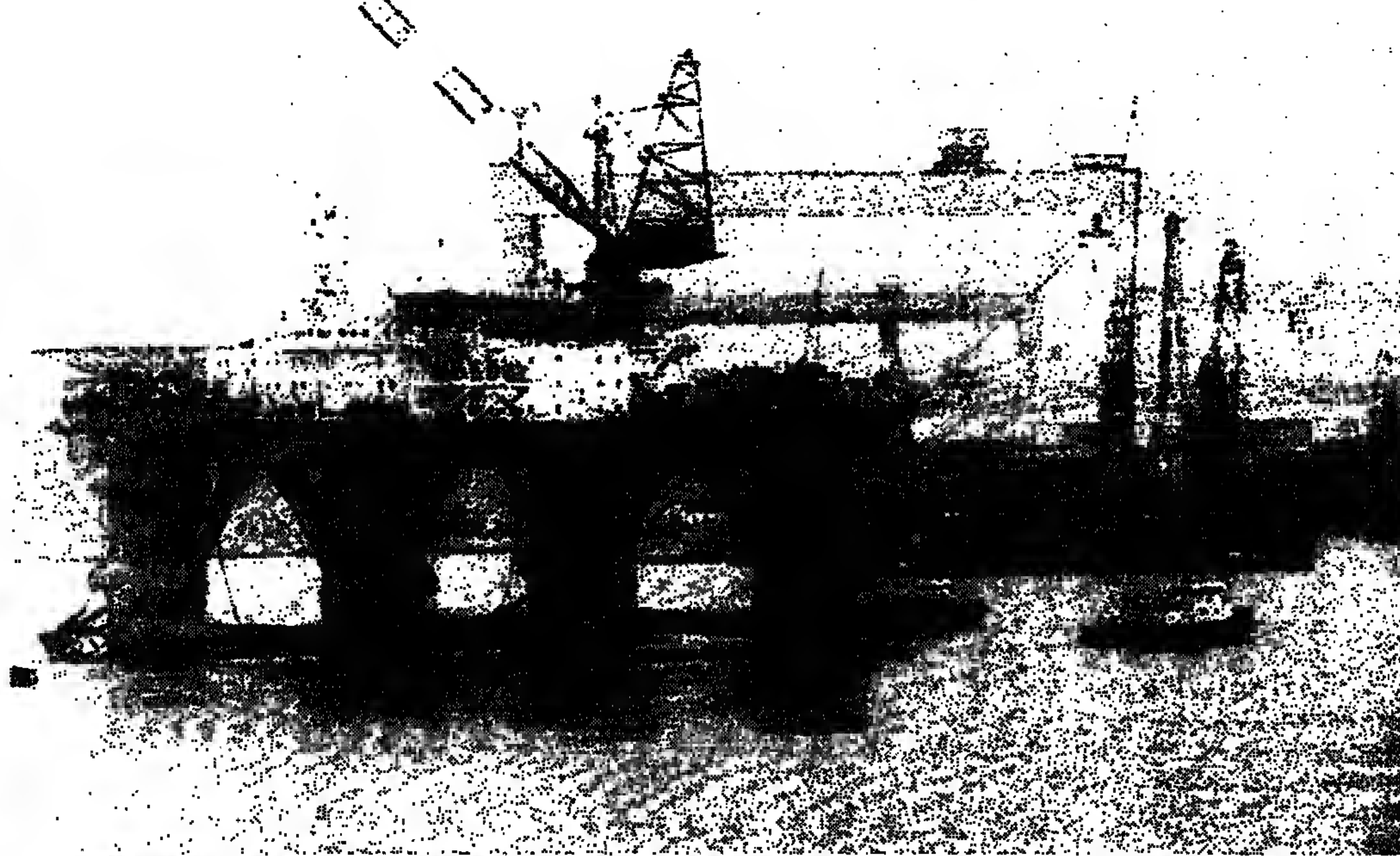
Die „Polycastle" ist keine schwimmende Bohr- oder Produktionsinsel, sondern ein „Flotel", eine Art schwimmendes Hotel. Sie entspricht in ihrer Ausstattung einem skandinavischen Hotel gehobener Klasse. Auf drei Decks sind 253 Doppelzimmer untergebracht. Dazu kommen auf einem weiteren Deck ein großer Speisesaal mit 253 Plätzen, eine Cafeteria, ein Kinosaal mit 190 Plätzen sowie mehrere Fernsehräume. Eine Sauna und verschiedene Sporträume vervollständigen das Raumprogramm.

Bei Bedarf können die meisten Doppelzimmer auch mit einem dritten Mann belegt werden. Maximal kann die Plattform dann 616 Personen beherbergen.

Strenger als in „normalen" skandinavischen Hotels sind auf der „Polycastle" die Bräuche: Im Speiseraum und im Kino darf nicht geraucht werden. Strengstes Alkoholverbot gilt sowieso. Wer dagegen verstößt, ist ohne Pardon sofort seinen Job los. Zu gefahrvoll ist die Arbeit im Offshore-Bereich, als daß man gewillt wäre, alkoholbedingte Unfallmöglichkeiten hinzunehmen.

Die beiden Schwimmrümpfe der Plattform sind 82,30 Meter lang. Das Hauptdeck erstreckt sich über 72,39 Meter Länge und 64,62 Meter Breite. Es liegt 32 Meter über dem Meeresspiegel. Die beiden Kräne, mit denen die „Polycastle" bestückt ist, können 100 beziehungsweise 40 Tonnen heben. Sie ragen 50 Meter hoch empor. Für die Reparaturen stehen auf Deck Nr. 5 diverse Werkstätten bereit. Hinzu kommen Lagerräume und Büros. Auch ein Hubschrauber-Landedeck ist für eine Plattform dieser Größe eine Selbstverständlichkeit.

Um den Hotelcharakter der „Polycastle" zu wahren, gelten hier strenge Kleidervorschriften. So dürfen die Zimmer und Gemeinschaftsräume nicht in Arbeitskleidung betreten werden. Ähnlich den Waschkauen im Bergbau gibt es großzügig dimensionierte Wasch- und Umkleideräume mit abschließbaren Schränken für jeden Bewohner. Auch die Gänge und Treppenhäuser sind streng getrennt für Benutzer in Arbeits- und solche in Freizeitkleidung. Und damit die Mitarbeiter nicht allzulange ihre verschmutze Arbeitskleidung tragen müssen, steht eine Wäscherei bereit.



Wie Gulliver unter den Zwergen nimmt sich die norwegische Versorgungsplattform im Kieler Hafen unter den Schleppern aus. FOTO: AP

Der „tanzende" Schlepper

Drei Jahre alt ist der Schlepper „Holtenau", der bei der Verschleppung der Plattform „Polycastle" die entscheidende Rolle spielte. Der bei der mittelständischen Werft Johann Ölkers KG in Hamburg gebaute Schlepper weist einen Schottel-Antrieb auf. Statt der üblichen Schiffsschrauben, die von Dieselmotoren angetrieben werden, besitzt er zwei Ruderpropeller von der Schottel-Werft in Spay am Rhein. Sie ragen nicht hinten aus dem Rumpf, sondern sind um 360 Grad drehbar unter der vorderen Hälfte des Schiffsbodens angebracht. Mit ihrer Hilfe kann der Kapitän sein Schiff förmlich tanzen lassen: Vor und zurück, nach rechts und nach links, und sogar Drehungen „auf dem Teller" sind möglich. Die meisten Hamburger Hafenschlepper sind nach diesem Prinzip konstruiert. Auch die Kieler Verkehrs-AG, die nicht nur den Personennahverkehr auf der Förde, sondern auch das Schleppgeschäft betreibt, hat sich mit diesem Schlepperantrieb angefreundet. Gerade in kniffligen Situationen – wie gestern bei der Einfahrt in das HDW-Dock – zeigen sich die Vorteile des neuartigen Antriebs. Die „Holtenau" hat vier Mann Besatzung. Neben Kapitän Ernst Mekess sind an Bord ein Maschinist (oder Chief) sowie zwei Matrosen. Während der Schleppfahrt wirkten sie vorübergehend „unbeschäftigt". Doch das täuschte: Beim Anleinen der Plattform und bei diversen Manövern waren sie hochgradig gefordert. Zwischendurch sorgten sie dafür, daß der Kaffeepott des Kapitäns nie lange leer blieb. (dfh)

Bomben am Grab des heiligen Franz

Anschläge auf zwei Kirchen in Assisi / Ein Sprengsatz explodierte / Geringer Schaden

DW. Assisi

Giovanni Bernardone, von allen nur Franziskus genannt, war ein Mann des Friedens. Er predigte, daß die Liebe zu jeglicher Kreatur stärker sei als alle Waffen. Gewalt lehnte der Sohn eines reichen Handelsherrn in Assisi aus tiefstem Herzen ab. Welche Absicht mögen wohl jene verfolgen, die jetzt in zwei Kirchen dieser Stadt Sprengsätze gelegt haben? Die Polizei tappt im dunkeln. War es ein Religionsfanatiker, oder spielt Politik eine Rolle? Die Bomben scheinen von Profis gefertigt worden zu sein. Demonstrativen Charakter haben diese Anschläge allemal.

Den ersten Sprengkörper entdeckte ein Mönch am Dienstag um 18 Uhr hinter einem Beichtstuhl in der Unterkirche der Franziskus-Basilika in Assisi. Das mit 350 Gramm Schwarzpulver gefüllte Eisenrohr war mit einem Zeitzünder versehen, der auf 3.15 Uhr eingestellt war. Der Mönch schlug Alarm. Daraufhin riegelten Karabinieri die Umgebung der 775 Jahre alten Kirche ab. Experten, die in aller Eile aus Florenz herbeigeholt wurden, konnten den Sprengsatz noch rechtzeitig entschärfen.

Wenige Stunden später, Mittwoch nacht, kurz nach drei Uhr, explodierte dann ein Sprengsatz derselben Bauart in der Kirche Santa Maria degli Angeli in einem Tal unweit von Assisi und richtete geringen Schaden an. Entdeckt wurde dieser Anschlag erst morgens, als der erste Mönch zum Gebet in der Kirche eintraf, die über der Portiuncola-Kapelle erbaut ist. In dieser Kapelle ist Franziskus 1226 gestorben, nach einem Leben in absoluter Armut, nach einem Leben, dessen faszinierende Schlichtheit nicht ohne Einfluß blieb auf die Mächtigen seiner Zeit – und auch auf die Kirche selbst.



Bildnis des hl. Franz (1181/2-1226) in der Basilika von Assisi FOTO: DIE WELT

Der nach dem Heiligen benannte Orden der Franziskaner hat sich in den vergangenen Monaten verstärkt den internationalen Friedensbemühungen zugewandt und Delegationen nach Moskau und Washington gesandt. Für den 19. Dezember erwarten die Franziskaner den Besuch des Sowjetbotschafters in Rom, Nikolai Lunkow. Es ist nicht auszuschließen, daß die beiden Rohrbomben mit diesen Friedensbemühungen in Verbindung stehen.

WETTER: Bedeckt oder neblig-trüb

Lage: Im größten Teil Deutschlands ist eine mitteleuropäische Hochdruckzone wetterbestimmend. Nur der Osten und Süden werden von schwachen Tiefausläufern beeinflußt.

Vorhersage für Donnerstag: In Bayern starke Bewölkung oder bedeckt, zeit- und gebietsweise Schneefall. Im übrigen Deutschland teils aufgelockerte Bewölkung, teils neblig-trüb, aber durchweg niederschlagsfrei. Temperaturen 1 bis 4, in Nebelgebieten kaum über null Grad. Tiefstwerte nachts null bis minus 5 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Fortdauer des zu Nebel neigenden Hochdruckwetters, nachts leichter Frost.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.19 Uhr*, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 10.24 Uhr, Untergang: 17.15 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 12. Dez., 7 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieselregen, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperatur in °C, Warmfront, Kaltfront, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	4	bd
Bielefeld	3	bw
Braunlage	-1	S
Bremen	3	bw
Dortmund	3	bw
Dresden	1	bw
Düsseldorf	2	Ne
Erfurt	1	bw
Essen	2	Ne
Feldberg/S.	-8	Ne
Flensburg	2	bw
Frankfurt/M.	4	bw
Freiburg	3	bw
Garmisch	0	he
Greifswald	4	R
Hamburg	2	bw
Hannover	2	bw
Kahler Asten	-3	Ne
Kassel	2	bw
Kempten	1	bw
Kiel	2	bw
Koblenz	3	bw
Köln-Bonn	3	bw
Konstanz	0	bw
Leipzig	2	bw
List/Sylt	1	bw
Lübeck	3	bw
Mannheim	3	bw
München	1	bw
Münster	2	bw
Norderney	3	Ne
Nürnberg	3	bw
Oberstdorf	2	bw
Passau	0	bw
Saarbrücken	4	R
Stuttgart	2	bw
Trier	2	bw
Zugspitze	-14	IW
Ausland:		
Algier	15	he
Amsterdam	2	bw
Athen	15	he
Barcelona	13	bw
Belgrad	5	bw
Bordeaux	7	bw
Bozen	9	he
Brüssel	3	bw
Budapest	6	bw
Bukarest	5	bw
Casablanca	14	he
Dublin	8	bw
Dubrovnik	14	bw
Edinburgh	5	bw
Faro	18	bw
Florenz	10	bd
Genf	3	he
Helsinki	-3	bw
Hongkong	12	a
Innsbruck	3	he
Istanbul	12	bd
Kairo	20	he
Klagenfurt	1	bw
Konstanza	4	bw
Kopenhagen	0	bw
Korfu	17	he
Las Palmas	20	bw
Leningrad	-5	bw
Lissabon	11	Sp
Locarno	7	wl
London	9	bw
Los Angeles	3	R
Luxemburg	-2	Ne
Madrid	4	bw
Mailand	7	bw
Malaga	17	he
Mallorca	15	he
Moskau	-2	bd
Neapel	12	R
New York	7	bd
Nizza	8	he
Oslo	-10	bw
Ostende	3	bw
Palermo	17	he
Paris	1	bw
Peking	–	–
Prag	3	Sp
Rhodos	18	he
Rom	12	Sp
Salzburg	3	bw
Singapur	–	–
Split	12	R
Stockholm	1	he
Straßburg	0	Ne
Tel Aviv	22	he
Tokio	–	–
Tunis	13	he
Valencia	14	he
Varna	5	bw
Venedig	8	bd
Warschau	3	bw
Wien	5	bw
Zürich	2	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; S = Schnee; Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

LEUTE HEUTE

Noble Geste

Der legendäre französische Pantomime **Marcel Marceau**, der in einem Moskauer Krankenhaus notoperiert wurde, konnte jetzt nach Paris zurückkehren – per Sonderflug, den die Air France eigens für den 62jährigen Künstler arrangiert hatte. Marceau hatte während seiner Moskau-Tournee am Wochenende einen Magendurchbruch erlitten. Unsterblich geworden ist er längst durch seine Figur „Monsieur Bip".

Geschmäcklerisch

Pierre Cardin und seine Träume: Im Januar eröffnet der Modezar direkt neben dem Elysée-Palast, dem Amtssitz des Staatspräsidenten, ein Luxushotel für Staatsgäste, Diplomaten und Geschäftsleute. Gleich neben diesem „Résidence Maxim's" soll ein kleiner, nobler Schnell-Imbiß entstehen: keine „Caféteria" – der Preisklasse entsprechend eher eine „Kaviarteria" – russischer Beluga und Wodka obligatoire.

Langweiler des Jahres

Was haben **Prinz Charles, Lady Di**, der Rambo-Darsteller **Silvester Stallone** und **Ruth Westheimer**, die in den USA frenetisch gefeierte deutschstämmige New Yorker Sex-Therapeutin, gemeinsam? Sie alle wurden zu den „Langweilern des Jahres" schlechthin gewählt. Nichts Unerhörteres als das wagte jetzt der amerikanische Public-Relations-Manager **Alan Caruba** zu behaupten. Ruth Westheimer, die ganz oben auf der zweifelhaften Ehrenliste steht, habe es verstanden, Sex zu einem höchst langweiligen Thema zu machen. Silvester Stallone habe sich mit der Rambo-Figur das Image eines verrückten Massenmörders aufdrücken lassen. Und das englische Kronprinzenpaar endlich erscheine einfach zu oft auf den Titelseiten – dabei wisse es noch nicht einmal, wie man sich seinen Lebensunterhalt verdient.

Äpfel – statt Birnen

Einen gut gefüllten Korb mit Äpfeln der diesjährigen heimischen Ernte überreichte Bundesernährungsminister **Ignaz Kiechle** (CSU) gestern Bundeskanzler **Helmut Kohl** und seinen Ministerkollegen vor Beginn der Kabinettssitzung, assistiert von Hostessen der deutschen Agrarwirtschaft. Als besonderen Gruß der deutschen Obsterzeuger erhielt der Kanzler eine Originalnachbildung des Paradiesapfels. Die Frucht dieses „Urapfels" ist etwa 6000 Jahre alt. Sie wurde bei Ausgrabungen im Neckarraum bei Heilbronn gefunden.

Verbeugung vor Kunden

Höflichkeit steht in japanischen Kaufhäusern obenan

EDWIN KARMIOL, Tokio

Für Japaner ist der Besuch eines Warenhauses wie ein Ausflug ins Paradies. Außer Verkauf und Service gilt dort die Devise: „Wir wollen unsere Kunden verwöhnen" – und zwar an allen sieben Tagen der Woche. Und so strömen von montags bis sonntags täglich Tausende und aber Tausende in die Kaufhäuser und lassen sich verwöhnen.

Es beginnt schon vor dem eigentlichen Einkauf. Zuerst werden die Kinder in liebevoll eingerichteten Spielanlagen, im Sommer auf dem Dachgarten, „abgegeben", wo sie beaufsichtigt werden, und sei es über Stunden. „Schlemmerstraßen" mit Restaurants, Bäckereien, Bratküchen und Bars laden zu einem Imbiß zwischendurch ein; und für den reinen Zeitvertreib sorgen Kunst-Ausstellungen, Video-, Spielräume und regelrechte Unterhaltungsshows.

Der zumeist drangvolle Enge und häufig mißmutige Bedienung gewohnte europäische Gast erlebt beim Besuch eines Warenhauses in Tokio überwältigende Beispiele japanischer Höflichkeit: Uniformierte Kaufhaus-Angestellte mit weißen Handschuhen begrüßen an den Eingängen jeden Kunden mit einer tiefen Verbeugung. Junge adrette Stewardessen geleiten den Besucher zum Fahrstuhl. In ihm verbeugt sich erneut höflich ein Liftgirl, sagt die Stockwerke an, berät über das Angebot und wischt mit einem Tuch immer wieder die Haltestangen im Lift ab.

Eine entnervende Suche nach zuständigem Personal kennt hier niemand: Verkäufer oder Verkäuferin stehen – sofort – zur Verfügung. Ob der Kunde etwa zwölf Paar Schuhe anprobiert und dann immer noch unentschlossen ist, ob er sich bei Hosen oder Kleidern noch schwerer entscheiden kann, ist überhaupt kein Problem. Um so freundlicher bemüht man sich, doch noch das Passende zu finden. Oder bestellt sofort nach und schickt es dem Kunden umgehend zu. Und wenn man sich trotz alledem nicht entscheiden konnte, gibt sich das Verkaufspersonal untröstlich. Mit einer Entschuldigung und vielen Dankeschöns wird man verabschiedet, natürlich nicht ohne das obligate „Bitte kommen Sie wieder zu uns, wir freuen uns auf Ihren Besuch".

Die Liste der höflichen Fragen läßt sich beliebig verlängern: Finden Sie nicht die richtige Unterhaltung? Setzen Sie sich doch in unseren gemütlichen klimatisierten Biergarten, waren Sie schon in unserem hauseigenen Zoo? Oder in unserer Kunstausstellung ? Möchten Sie einen Kochkurs besuchen, oder vielleicht turnen? Schönheitsberatung – oder lieber gleich einen Vorbereitungskurs für die Ehe? Ihr Kaufhaus hat alles für Sie da. Und wenn nicht: „ . . . bitte schenken Sie uns Ihr Verständnis für das Versäumnis, wir werden den von Ihnen gewünschten Kurs schnell in unser Angebot aufnehmen."

Eine Ausstellung in einem Tokioter Warenhaus mit Werken des französischen Malers Millet (1814–1875), der erdgebundene Bauerngestalten und Landschaften in schwermütiger Stimmung liebte, zog allein 380 000 Besucher – und damit Kunden – an.

Zweimal im Jahr, zur Geschenkzeit der sommerlichen Festtage und jetzt zu Weihnachten, richten Kaufhäuser ganze Stockwerke ein, die alle nur vorstellbaren Präsente anbieten. Versandkassen nehmen Bestellungen auf und sorgen für die rechtzeitige Übersendung an den Empfänger.

Wer bei einem solchen „Tagesausflug" hungrig wird und nicht in einem der Restaurants der „Schlemmeretagen" Platz nehmen will, braucht nur die Lebensmittelabteilung aufzusuchen. Die überall und ohne Kaufzwang erhältlichen Probe-Gerichte und Häppchen ersetzen garantiert ein volles Menü. (SAD)

Millionenbeute in Paketen in die „DDR" geschafft?

dpa, Hamburg

Die 5,9 Millionen Mark, die vor Wochen aus einem Geldtransportunternehmen in Hamburg gestohlen wurden, sind möglicherweise in Paketen in die „DDR" geschickt worden. Die Polizei bestätigte gestern Zeugenaussagen, wonach der inzwischen in Untersuchungshaft sitzende 31jährige Wachmann kurz nach dem Diebstahl ein schweres Paket in seine Wohnung brachte und später mit mehreren kleinen Paketen wieder herausgekommen sei. Die Polizei hält den Wachmann für den Drahtzieher des Millionen-Coups, bei dem in der Nacht zum 18. November 5,9 Millionen Mark aus dem Tresor der Borchert GmbH verschwunden sind. Der Wachmann saß aus nicht bekannten Gründen sechs Jahre lang in einem Zuchthaus der „DDR" und wurde im Mai 1984 freigekauft.

Flüchtiger Arzt gefaßt

rtr, Bochum

Der international wegen Verdachts des Rezeptschwindels gesuchte Arzt Reza E. aus Bochum wurde auf der Ranch seines Bruders in San José (Kalifornien) festgenommen. Der Mediziner iranischer Staatsangehörigkeit gilt als der „dickste Fisch" im Skandal um betrügerische Kassenabrechnungen. Der Arzt soll in den letzten sieben Jahren sechs Millionen Mark erschwindelt haben. Er ist seit dem 7. Oktober flüchtig.

Glykol in badischem Sekt

dpa, Stuttgart

In zwei Sektsorten der Gräflich von Kageneck'schen Erzeuger-Weinvertriebsgesellschaft mbH in Breisach (Hochschwarzwald) sind nach Angaben des Sozialministeriums bis zu 54 Milligramm pro Liter der Chemikalie Diethylenglykol festgestellt worden. 30 mg/l Diethylenglykol gelten bei Dauerzufuhr als „gesundheitlich nicht unbedenklich".

Beleuchtungsfehler

dpa, Bonn

Bei jedem dritten Fahrzeug in der Bundesrepublik Deutschland ist die Beleuchtungsanlage nicht in Ordnung. Das bewies nach Auskunft der Deutschen Verkehrswacht die Lichttestaktion dieses Jahres, an der 14,7 Millionen Autos beteiligt waren. Häufigster Mangel waren zu hoch eingestellte Scheinwerfer.

Hohe Mietrückstände

SAD, London

Die Zahlungsmoral englischer Sozialmieter hat einen absoluten Tiefstand erreicht. Die zuständigen britischen Kommunalbehörden können die Mietrückstände in Höhe von 730 Millionen Mark nicht mehr eintreiben. Allein in den Londoner Innenstadtbezirken schulden Sozialmieter 219 Millionen Mark Miete. Das entspricht durchschnittlich 511 Mark für jede Sozialwohnung.

Größter Edelstein

AP, New York

Den größten geschliffenen Edelstein der Welt – er hat die Ausmaße eines Autoscheinwerfers – erhielt jetzt das Amerikanische Museum für Naturgeschichte in New York von einem unbekannten Stifter. Bei dem „Brasilianische Prinzessin" genannten Juwel handelt es sich um einen hellblauen Topas mit einem Gewicht von 4,3 Kilogramm oder 21 327 Karat. Fachleute berechnen den Wert auf etwa 75 Mark pro Karat.

ZU GUTER LETZT

In der Programmankündigung der Zeitschrift „Hörzu" war im Bücherjournal als Kurzporträt von Ezra Pound zu lesen: „Der berühmte, aber umstrittene amerikanische Dichter wird 80 Jahre alt." – Der 1885 geborene Ezra Pound starb 87jährig am 1. 11. 1972 in Venedig.

Erweist sich Präsidiumssitz wieder als „heißer Stuhl"?

Streit im Untersuchungsausschuß Krankenhaus Barmbek

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Kontroverse um die Vorgänge in der orthopädischen Abteilung des Krankenhauses Hamburg-Barmbek zwischen 1962 und 1981 hat jetzt auch unter den Mitgliedern im parlamentarischen Untersuchungsausschuß für Zündstoff gesorgt: In der Nacht zum Mittwoch mußte der Ausschußvorsitzende, Sieghard-Carsten Kampf (CDU), einstweilen das Präsidium räumen und kurz nach Mitternacht auf dem Zeugenstuhl Platz nehmen.

Es ging um Unterlagen, die Kampf für den Ausschuß zugesandt worden waren und über deren Bedeutung für die Aufklärung der Affäre gestritten wird. Während Kampf die Papiere als unerheblich einstufte, sie mit einem Papierstapel im Arbeitsstab abheften ließ und vergaß, stufte Jan Jalass (SPD) die Unterlagen als wichtig ein. Inzwischen gibt es Gerüchte, daß der Ausschuß möglicherweise nicht in seiner derzeitigen Zusammensetzung weiterarbeiten wird.

Bei den umstrittenen Schreiben, die im Frühjahr an Kampf gesandt und erst jetzt den Ausschußmitgliedern zugänglich gemacht wurden, handelt es sich um die bisher einzige authentische Stellungnahme des ehemaligen Chefs der orthopädischen Abteilung, Professor Rupprecht Bernbeck, dem inzwischen 165 Patienten direkt oder indirekt Kunstfehler vorwerfen. Außerdem belegt dieses Schreiben, daß eine Zeugin ihren letzten Kontakt zu dem Professor betreffend die Unwahrheit gesagt hat. Und während Kampf in den Schreiben erhellende Fakten vermißt, liefert der Bernbeck-Brief nach Jalass' Meinung ein Bild vom Umgang des Professors mit Patienten und Mitarbeitern, das der Ausschuß in mühevoller Befragungen versuchte zusammenzusetzen.

In jedem Fall hat sich das Präsidium im Untersuchungsausschuß einmal mehr als „heißer Stuhl" erwiesen. In der Untersuchung über den Giftmüllskandal Georgswerder war in derselben Funktion Wulf Damkowski (SPD) ins Schleudern geraten. Ihm hatte man vorgeworfen, zu früh interne Fakten an die Öffentlichkeit gegeben zu haben.